PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Fur die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kuhl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 8.7.1975, fertiggestellt.

10. Juli 1975 Jg. 3 Nr. 27 50 Pfennig

Polizeiverfolgung auf Grund des Paragrafen 218

Letzte Woche hat es in Frankfurt einen Polizeiüberfall auf das dortige Frauenzentrum gegeben. Das Büro wurde gehaussucht, Karteien mitgenommen. Die Staatsanwaltschaft hat den Überfall angeordnet, und einen Richter, der ihn billigt, hat sie gleich gefunden. Das Frauenzentrum hat sich nämlich gegen den § 218 vergangen. Bis zu fünf Jahren Gefängnis kann "Beihilfe zur Abtreibung" einbringen.

Das ganze ist ein politisches Signal. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Machtwort gesprochen hat, will die Staatsmacht einer weiteren Erosion des § 218 nicht zusehen. Eine verschärfte Strafverfolgung von Verstößen gegen den § 218 hat bundesweit eingesetzt.

So lang die bürgerlichen Parlamentspolitiker rechneten, durch die Fristenlösung mit dem Mittel einfachen Betrugs die Bewegung gegen den § 218 zu entschärfen, wenn nicht gar auf ihre Mühlen zu lenken, hatten sie das Maul voller Reform des Paragrafen und Dialog mit Gegnern des § 218.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat den Raum für solche Manöver beseitigt. Folgerichtig vollzieht sich der Dialog von Gegnern des § 218 und der Staatsmacht vermittels Polizeiknüppel.

Wer gerechnet hat, die Sache ginge dahin aus, daß der § 218 als reine Formsache zwar bleibt, aber keine Anwendung findet, hat sich geirrt. Er wird verfolgt.

Von der Berechtigung des § 218 wird durch Polizei und Gerichtsverfolgung niemand überzeugt. Und auch "bis zu fünf Jahren Gefängnis" wird nicht von der Berechtigung dieses Paragrafen überzeugen.

Die Polizeimaßnahme ist angewendet, um Gegner des § 218 in einzelne Opfer des § 218 zu verwandeln. Die dann die ganze Wut der Staatsverfolgung einzeln zu ertragen haben.

Die Staatsmacht will demonstrieren, daß sie übermächtig ist und der Kampf für die Beseitigung dieses § 218 keinen Zweck hat, weil ohne Erfolgsaussichten.

Unerläßlich ist es, solchen Polizeischlägen entgegenzutreten. Dies wird auch von der Bewegung gegen den § 218 gesehen.

Was man erreichen kann, ist daß die Schläge der Staatsmacht auf Grund des § 218 bloß die Front zur Beseitigung des § 218 stärken.

In verschiedenen Städten haben die "Komitees gegen den § 218" umgehend Protestmaßnahmen gegen den Polizeiüberfall eingeleitet. Es hat sich herausgestellt, daß das Bekanntwerden solcher Polizeiverfolgung entschieden die Einsicht steigert, daß dieser Paragraf weg muß. Der § 218 ist ein Knüppel, der immer Einzelne trifft, aber bloß von allen zerbrochen werden kann.

M.F.



Arbeiter der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bissingen bei Ludwigsburg demonstrieren gegen die Streichung aller übertariflichen Zulagen. Arbeiter anderer Betriebe solidarisieren sich. Bericht auf Seite 4.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist gescheitert

Von Aufschwung keine Rede

Ende Juni 1975 gab es in der BRD 1.002.100 Arbeitslose. Das sind zwar 15.600 weniger als Ende Mai. Wenn man indes die Saisoneinflüsse ausschaltet, dann ist nach den Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit die Zahl der Arbeitslosen von 1.118.000 im Mai auf 1.278.000 im Juni gestiegen. Zum ersten Mal seit 10 Jahren weist zudem die Arbeitsmarktstatistik für den Monat Juni, wo alljährlich der Höhepunkt der Beschäftigung erreicht wird, eine Abnahme der offenen Stellen um 1.000 auf 263.300 aus. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich von Mai auf Juni um 117.400 auf 804.400 verringert, was aber nach den Erläuterungen der Bundesanstalt nur darauf zurückzuführen ist, daß viele Firmen mit den Betriebsferien begonnen haben.

In der Elektroindustrie nahm die Zahl der Kurzarbeiter sogar erneut um 900 auf 172.676 zu. Die 'Süddeutsche Zeitung' kommt zu dem Schluß, daß bei gleichbleibender Lage im Februar 1976, wenn die saisonale Winterarbeitslosigkeit auf ihrem Höhepunkt ist, mit mindestens 1,4 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden muß. Das sind mehr als 6 % der Lohnabhängigen, und unter dem Druck dieser seit 1955 stärksten Reservearmee werden die Arbeiter im kommenden Winter in die Lohnkämpfe gehen müssen.

Fortsetzung auf Seite 3

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten

Erklärung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

In der "Welt am Sonntag" vom 29.6.1975 hat der baden-württembergische Innenminister Schieß "enthüllt", die gegenwärtigen Protestaktionen in Heidelberg gegen eine 25 %ige Fahrpreiserhöhung seien "eindeutig kommunistisch gesteuert". Außerdem hat er bekanntgegeben, auf der nächsten Konferenz der Innenminister der Länder würde ein Verbot des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) beraten.

In Heidelberg haben in den letzten Wochen und Tagen Tausende gegen eine geplante Fahrpreiserhöhung von 25 % protestiert. Sie haben ihren Protest auf die Straßen getragen und haben durch Blockaden des Straßenbahnverkehrs zum Ausdruck gebracht, daß sie diese neuerliche Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat nicht hinnehmen wollen. Diese Protestaktionen konnten und können sich auf einen großen Teil der Heidelberger Bevölkerung, wenn nicht auf die Mehrheit der Heidelberger Bevölkerung stützen. Dieser Protest ist vollkommen gerechtfertigt, denn die wachsende Ausplünderung durch den bürgerlichen Staatsapparat und insbesondere die ständigen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr sind unerträglich.

Der bürgerliche Staatsapparat hat diese Proteste durch eine Polizeibesetzung von Heidelberg, mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeleinsätzen unterdrücken wollen. Dies ist nicht gelungen. Die Straßen gehören dem Volk und nicht der Polizei.

Innenminister Schieß "enthüllt" nun, diese Protestaktionen seien "eindeutig kommunistisch gesteuert". Ja und?, kann man da nur fragen. Selbstverständlich hat die Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) zu diesen Protestaktionen aufgerufen. Das ist allgemein bekannt. Ändert das etwas an der Gerechtigkeit der Protestaktionen gegen die Fahrpreiserhöhung? Nein, es ändert daran gar nichts. Es zeigt sich nur, daß die gerechten Forderungen der Volksmassen in den Kommunisten stets entschlossene Vorkämpfer finden. Die bürgerlichen Parteien dagegen treten diese gerechten Forderungen mit Füßen und lassen gegen die Volksmassen die Polizei aufmarschieren.

Ändert sich an der Gerechtigkeit der Protestaktionen etwas, weil die Massen vor der aufrückenden Polizei, ihren Wasserwerfer-, Tränengas- und Knüppeleinsätzen nicht gekuscht haben, sondern an ihren gerechten Forderungen festgehalten haben? Nein, es ändert daran gar nichts. Es zeigt sich nur, daß, wenn die Massen für ihre Interessen eintreten, der bürgerliche Staat die Polizei einsetzt. Es zeigt sich, daß die Massen vor der Polizei nicht einfach kuschen. Selbstverständlich stehen die Kommunisten in einem solchen Fall auf der Seite der Massen und nicht auf der Seite der Polizei. Was ist daran erstaunlich? Die Kommunisten haben zu den Protestaktionen aufgerufen, weil die Forderung: "Keine Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßenbahn!" gerecht ist. Innenminister Schieß versucht durch seine "Enthüllungen" diese Protestaktionen als ungerechte Aktionen darzustellen. Ist das nicht ganz und gar lächerlich? Selbstverständlich ist es lächerlich.

Innenminister Schieß gibt bekannt, daß die Konferenz der Innenminister der Länder über ein Verbot des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) beraten würde. Das wird eine Beratung werden! Die Innenminister der Länder werden dabei beraten, ob es "günstig" und "opportun" ist, den KBW gegenwärtig zu verbieten. Für ihre Beratung möchten wir den Innenministern einige Gesichtspunkte in Erinnerung rufen:

Erstens: Eine gerechte Sache wird niemals unterliegen. Die Sache der Arbeiterklasse ist nicht nur gerecht, sondern überall auf der Welt im Vormarsch. Die Sache der Arbeiterklasse, der Kommunismus, ist die Zukunft der Gesellschaft.

Zweitens: Der Marxismus-Leninismus läßt sich niemals verbieten. Darin sollten die Innenminister eigentlich Erfahrung haben. Oder hat das KPD-Verbot verhindern können, daß der Marxismus-Leninismus heute erneut auf dem Vormarsch ist? Es hat das nicht verhindern können. Der Marxismus-Leninismus ist die Wissenschaft der Arbeiterklasse und er entwickelt sich mit der Arbeiterklasse, ob er nun verboten ist oder nicht.

Drittens: Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es Widerstand. Durch ein Verbot des KBW werden Protestaktionen wie die in Heidelberg keineswegs verhindert werden können. Daß es zu solchen Protestaktionen ganz unvermeidlich kommt, ist die Folge der Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. Nicht weil es den KBW gibt, gibt es solche Protestaktionen, sondern weil es Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung gibt, gibt es den Klassenkampf. Im Klassenkampf wird sich jedoch stets eine kommunistische Vorhut herausbilden, die die Ziele des Klassenkampfes und den Weg zu diesen Zielen aufzeigt.

Die Androhung eines Verbotes versetzt die Kommunisten nicht in Furcht und Schrecken. In einem imperialistischen Staat, der die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes mit Füßen tritt, müssen die Kommunisten stets mit einem Verbot rechnen. Dies erst recht in der BRD, wo nach wie vor das KPD-Verbot herrscht.

Wenn der Feind uns bekämpft, sehen wir, daß wir Fortschritte machen. Wenn der Feind den KBW verbietet, wird dies die Arbeiterklasse und die Kommunisten nicht hindern, weitere Fortschritte zu machen. Sie werden schwerer zu erringen sein, das ist möglich.

Gegen diese Verbotsdrohungen werden wir den eingeschlagenen Weg weitergehen, wie er im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) festgelegt ist. Dieses Programm ist inzwischen in über 100 000 Exemplaren verbreitet. Im Kampf gegen die Verbotsdrohungen werden wir uns auf die Massen stützen, wie wir uns stets auf die Massen stützen, ob wir uns in der Legalität bewegen können oder ob uns der bürgerliche Staat in die Illegalität drängt. Der Feind verfolgt uns mit Gefängnisstrafen, und der Kampf geht dennoch weiter; er verfolgt uns mit Verbotsdrohungen, der Kampf wird weitergehen. Verfolgt er uns mit einem Verbot, auch dann wird der Kampf weitergehen. Der Kommunismus als Weltanschauung und proletarisches Kampfprogramm beruht auf den Verhältnissen der kapitalistischen Klassengesellschaft. Wie will ihn da die herrschende Klasse erfolgreich verbieten und unterdrücken?

Waldshut, den 29.6.1975
Vollzugsanstalt

Joscha Schmierer,
Sekretär des Zentralen Komitees
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland (KBW)

Rabin in der BRD

Die Bundesregierung unterstützt den aggressiven Zionistenstaat

Letzten Dienstag ist der israelische Ministerpräsident in Bonn eingetroffen. Sein Besuch hat nach eigenen Worten das Ziel die 'traditionelle Freundschaft' zwischen der BRD und Israel aufzufrischen. In seiner internationalen Isolierung hat es der zionistische Staat auch bitter nötig, sich seiner besten Verbündeten zu erinnern. Und das sind zweifellos vor allem die USA und die BRD.

Diese Isolierung mußte Rabin selber zugeben, als der Führer der PLO, Arafat, vor der UNO auftrat: 'Wir sind allein und isoliert auf der Welt in fast allen Fragen.' (al-Hurriyya, 14.11.1974)

Der zweite Grund für die Reise in die BRD ist die wirtschaftliche Krise, in der der zionistische Staat steckt. Israel steht vor dem Bankrott. Ohne Spenden und Kredite aus dem Ausland könnte es keinen Tag länger überleben. Es hat eine der höchsten Infaltionsraten der Welt: Das israelische Pfund wurde im letzten Jahr um 43 % abgewertet. Die Preise sind – gerade bei Grundnahrungsmitteln – um fast 300 % gestiegen. Die Auslandsverschuldung beträgt 6 000 US-Dollar pro Kopf – ebenfalls ein Weltrekord. Der Militärhaushalt verschlingt über 40 % des Volkseinkommens.

In dieser Situation ist ein Besuch in der BRD für Rabin nützlich, da die Bundesregierung aus ihren Sympathien für Israel nie einen Hehl gemacht hat. Brandt drückte das so aus: Israel gegenüber dürfe es keine 'Neutralität' des Herzens geben. Dieses 'Engagement' läßt sich am besten anhand einiger Zahlen aufzeigen: Aus der BRD fließen jährlich 140 Mio. DM als Kapitalhilfe an Israel. Die 'Widergutmachungszahlungen' belaufen sich auf 600 Mio. DM (Handelsblatt vom 19.3.1974).

Diese Wiedergutmachung, die von den BRD-Imperialisten zynisch als 'Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus' ausgegeben werden, werden an den zionistischen Staat bezahlt, nicht etwa an die Betroffenen selber und bestehen zu einem erheblichen Teil aus Flugzeugen, Panzern, Schnellbooten und Munition.

Durch die westdeutschen Zahlungen wurde die Wirtschaft Israles schon in den frühen fünziger Jahren kräftig gestützt. In der Hauptseite verhalf sie Israel zum Aufbau seiner Infrastruktur.

Die wirtschaftliche Unterstützung der Zionisten wird von der politischen Unterstützung flankiert:

Die BRD hat sich bei der UNO-Abstimmung über das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und die Anerkennung der PLO als seiner alleinigen rechtmäßigen Vertreterin enthalten. Der Vertreter der Bundesregierung, Rüdiger von Wechmar, hat sich nicht entblödet, dieses Abstimmungsverhalten damit zu rechtfertigen, daß die BRD-Regierung sich in dieser Frage kein Urteil erlauben könne, weil sie nicht nachprüfen könne, ob es wirklich stimme mit dem Selbstbestimmungsrecht und der Legitimation der PLO! Gleichzeitig aber legte er großen Wert darauf, das Recht Israels auf sichere Grenzen zu betonen. Mit diesem Argument haben auch die Zionisten jede ihrer Expansionskriege gerechtfertigt.

Für das palästinensische Volk kann es keine Sicherheit geben, solange der zionistische Staat existiert, weil das Weiterbestehen dieses Staates auf seine Unterdrückung und Vertreibung beruht. Nicht vom Selbstbestimmungsrecht der Völker läßt sich der westdeutsche Imperialismus leiten, sondern von seinen Interessen, gegenüber den arabischen Völkern eine aggressive imperialistische Bastion aufrecht zu erhalten.

–Nidal/Red.–



Das Lager Burgel Shamali nach einem israelischen Angriff. "Die zionistische Vision eines gemeinsam mit seinen Nachbarn in Frieden lebenden souveränen jüdischen Staates befindet sich weiterhin im Prozeß der Durchführung." (Israels Ministerpräsident Rabin) Tatsächlich setzt Israel die Politik fort, die schon zu seiner Gründung geführt hat. Nur die Vertreibung des palästinensischen Volkes und die Vernichtung seiner nationalen Existenz macht den zionistischen Staat Israel möglich. Um das zu erreichen, führt Israel regelmäßig Angriffe auf die Palästinenserlager im Libanon durch, wie Rabin sie in der Nacht zum Montag vor seiner Abreise in die BRD anordnete.



Aufgehängt gehört nach Meinung der argentinischen Arbeiter der Wohlfahrtsminister Jose Lopez Rega. In einem zweitägigen Generalstreik brachten sie das Verbot der Regierung gegen schon ausgehandelte Tariferhöhungen zu Fall und setzten 100 prozentige Lohnerhöhungen durch. Gegenwärtig liegen die Preissteigerungen bei jährlich 100 Prozent.

Strahlenschutzgesetz zunächst zu Fall gebracht

Nachdem der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) den Inhalt der geplanten Neufassung der Strahlenschutz-Verordnung aufgedeckt hatte (die KVZ berichtete darüber), gingen beim Bundesinnenministerium waschkorbweise Protestbriefe ein. Der BBU hatte aufgezeigt, daß die Grenzwerte für radioaktive Stoffe bis ums Zehntausendfache erhöht werden sollten. Das Bundesinnenministerium konterte: *"Diese Vorwürfe sind unrichtig und unhaltbar. Sie werden mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen."* Auf dem letzten Atomrechts-Symposium in Gießen mußten aber die Vertreter des Innenministeriums ihre Manipulation eingestehen. Als ersten Rückzieher deklarierten sie ihre geplante Neufassung als "Vorentwurf". Aufgrund der massiven öffentlichen Proteste hat das Innenministerium nun diesen Entwurf zurückgezogen. Es ist zu erwarten, daß nach der parlamentarischen Sommerpause ein neuer Vorstoß unternommen wird, um mit einer Erhöhung der Grenzwerte, den Interessen der Kernindustrie entgegenzukommen.

–n., Ludwigshafen–

Arbeitslosengeld nur noch für zwei Drittel der Arbeitslosen

Von den mehr als einer Million Arbeitslosen bekamen im Juni nur noch 683 300 Arbeitslosengeld. Der Rest ist ausgesteuert und muß sich von der Arbeitslosenhilfe am Leben halten. Im Mai waren es noch über 800 000, die Arbeitslosengeld bekamen. Ein immer größerer Teil der Arbeiterklasse wird mit rasch zunehmender Geschwindigkeit in den Pauperismus gestoßen.

Vorstandsmitglieder von Großkonzernen bekommen höhere Bezüge

Für zahlreiche Vorstandsmitglieder westdeutscher Konzerne war 1974 ein ausgezeichnetes Jahr. Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank steigerten ihre Bezüge von 1973 = 494.770 DM pro Jahr auf 661.460 DM im Jahr 1974. Das ist eine Steigerung um mehr als einem Drittel. Die Thyssen Manager bekamen statt 530.480 DM im Jahr 1973 im Jahr 1974 644.750 DM. Krupp: Von 575.385 DM auf 641.330 DM; Mannesmann: Von 423.000 DM auf 580.000 DM; Klöckner-Werke: Von 299.625 DM auf 369.430 DM; Klöckner-Humboldt-Deutz: Von 266.740 DM auf 326.670 DM.

Diese ohnehin unverschämt hohen Bezüge von Leuten, die die Ausbeutung der Arbeiter organisieren und berufsmäßig den Lohnverzicht predigen, sind selbst potentiell wesentlich stärker gestiegen als die Löhne (Angaben nach 'Die Zeit' vom 4.7.1975).

Streiks und Demonstrationen in Indien

Nach der Erklärung des Ausnahmezustandes und der drastischen Unterdrückung der Rechte des Volkes durch die indische Regierung sind Arbeiter in verschiedenen indischen Bundesländern in den Streik getreten. Arbeiter und Studenten führten Demonstrationen durch gegen die Maßnahmen der Regierung. In Haryans mußten Geschäfte und Regierungsgebäude wegen Streiks schließen. Streiks fanden statt in Bombay und in Poona, nördlich von Bombay. 1 000 Streikende in Poona führten eine Demonstration durch. In der Hauptstadt Kerala wurden Demonstrationen vor der Residenz des Provinstatthalters durchgeführt. Demonstrationen gab es auch in Ahmedabad und anderen Städten von Mujarat, ebenso in den Bundesstaaten Mysore und Bihar. In Muhsana führten Arbeiter einen Streik durch, ebenso in Patuc. Am 29. Juni gab es eine Massendemonstration auch in Neu Dehli. Beim Verusch, in die Vorhalle des Rathauses einzudringen, wurden 30 Demonstranten verhaftet.

(hsinhua 1.7.75)

Chilenische Junta läßt in Paris morden

Die Militärdiktatur in Chile streckt ihre Krallen jetzt bis nach Europa aus und zwar in Gestalt von Zivilkommandos, die vornehmlich aus Mitgliedern der chilenischen Armee bestehen. Letzte Woche wurde der chilenische Journalist Eugenio Lira Massi, ehemals Reporter der Zeitung "Clarin" und Subdirektor der Tageszeitung "Puro Chile" in seiner Wohnung in Paris tot aufgefunden. Außerdem wurde in einem Park in Paris eine Chilenin ermordet, über die im Moment noch keine genaueren Angaben vorliegen. Ein Versuch zweier Männer, einen chilenischen Genossen vor eine einfahrende Metro zu stoßen, konnte durch die Geistesgegenwart des Genossen verhindert werden.

–Cri/Westberlin–

Neuer Präsident Madagaskars für Blockfreiheit

Die Nachfolge des im Februar vermutlich durch ein rechtes Komplott ermordeten Präsidenten trat der frühere Außenminister Didier Ratsiraka an. Er vollzog den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Südafrikanischen Republik und Israel und nahm Beziehungen zur Volksrepublik China, Nordkorea und Nordvietnam auf. Madagaskar war eine französische Kolonie und hat große strategische Bedeutung im Indischen Ozean. Die letzten militärischen Verbände Frankreichs verließen mit drei französischen Kriegsschiffen die frühere französische Basis Diego Suarez an der Nordküste Madagaskars.

(nach Guardian 9.7.75)

RAF-Prozeß
Wachsende Widersprüche im bürgerlichen Lager

Mit vielerlei und immer neuen Schikanen versucht die Justiz im Stammheimer RAF-Prozeß zu einer Verurteilung der RAF-Mitglieder zu kommen. Die dabei angewandten Methoden führen aber auch im bürgerlichen Lager zu zunehmenden Reibereien. Der Stammheimer Prozeß wird wohl mit einer politischen Niederlage für die bürgerliche Justiz enden.

Fortgesetzt wurde in der letzten Woche der Versuch, die Verteidigung der Angeklagten zu zerschlagen. So leitete die Westberliner Staatsanwaltschaft gegen den Rechtsanwalt Schily ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beleidigung ein. Vorgeworfen wurde ihm, daß er die Verhaftung seines Kollegen Ströbele als "brutale und flagrante Rechtsverletzung" bezeichnet habe. Man sieht, nach welcher Methode die Justiz hier verfährt. Wo immer möglich, versucht sie die Grundlagen zu schaffen, die es ihr ermöglichen sollen, die noch verbliebenen Wahlverteidiger von Prozeß auszuschließen.

Mit Hilfe staatlicher Zwangsverteidiger hofft die Justiz, daß es ihr dann gelingen wird, das Verfahren rasch über die Bühne zu ziehen.

Eifrig beteiligt an diesem Geschäft hat sich inzwischen der Zwangsverteidiger von Gudrun Ensslin, Manfred Künzel: *"Künzel hatte in der vergangenen Woche bei der Berliner Rechtsanwaltskammer die Begründung von Rechtsanwalt Schily für dessen ersten Ablehnungsantrag gegenüber dem Vorsitzenden Prinzing gerügt."* (Süddeutsche Zeitung, 3.7.1975) Im Klartext: Der Zwangsverteidiger Künzel hat sich an die Berliner Rechtsanwaltskammer gewandt und diese unausgesprochen aufgefordert, zu überprüfen, ob man dem Rechtsanwalt Schily wegen dessen Verhandlungsführung im RAF-Prozeß nicht ein Berufsverbot erteilen könne, wie dies schon bezüglich des Rechtsanwaltes Groenewold geschah.

Die Methoden, derer sich die Justiz im RAF-Prozeß bedient, haben mittlerweile dazu geführt, daß auch ein Teil der bürgerlichen Presse über dieses Gerichtsverfahren nicht mehr glücklich ist: *"Ein Gericht setzt sich Zweifeln aus"*, hieß die Überschrift über einem Artikel in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (7.7.1975) und in der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 4.7. konnte man lesen: *"In Stammheim leidet der Rechtsstaat"*.

Der Vorsitzende der Jungdemokraten hat gefordert, das Verfahren müsse ganz von vorne begonnen werden.

Ziemlich offen gibt die "Zeit" von sich, was sie von dem Stammheimer Gericht hält: *"Nun weiß jeder, daß das Gericht von Stuttgart-Stammheim ein Sondergericht ist"*, schreibt sie dazu.

Auch der ehemalige Präsident des Oberlandesgerichtes Stuttgart, Richard Schmid, hat sich inzwischen öffentlich gegen das Treiben der Justiz im Stammheimer RAF-Prozeß gewandt, da hier inzwischen ein "Gesinnungsstrafrecht eingeschmuggelt" worden sei.

Bezüglich des Verteidigerausschlußgesetzes, mit dessen Hilfe die Justiz den Weg für das Wirken ihrer Zwangsverteidiger freimachen kann, stellte er fest: *"Daß das Prozeßgericht selbst über die Zulässigkeit des Auftretens eines zugelassenen Anwalts entscheiden darf, hat es seit dem Volksgerichtshof nicht mehr gegeben."* (Mannheimer Morgen vom 8.7.1975)

Daß der "Rechtsstaat leidet", wie die "Zeit" schreibt, drückt die Sorge der Bürgerlichen aus, daß die Justiz zu toll es treiben könnte. So toll, daß trotz aller Isolierung der RAF von den Massen diese an dem Prozeß die Erfahrung gewinnen, daß "dieser 'Rechtsstaat' kein gerechter, sondern ein Unterdrückerstaat ist".

Es erklärt sich die Sorge der liberalen Presse gegenüber dem Treiben der Justiz in Stammheim weiter daraus, daß auch die Presse im Ausland an diesem Prozeß kein gutes Haar mehr läßt. So schreibt die größte dänische Zeitung "Ekstrabladet" vom 23.5.: *"Westdeutschlands Abrechnung mit der Baader-Meinhof-Gruppe kann mit der Rückkehr zu manchen Idealen aus dem Dritten Reich enden."* Auch in Frankreich hat eine größere Gruppe Anwälte gegen den Verlauf des Prozesses und die Verhaftung der Anwälte Ströbele und Croissant protestiert.

So wird der RAF-Prozeß immer mehr in den öffentlichen Meinungsstreit einbezogen. Das ist gut so, und eine Niederlage für die bürgerliche Justiz, die darauf gehofft hat, sie könnte ihr Unterdrückungswerk ungestört vollziehen.

–e.r.–

Bruchsal. Sieben Gefangene des Gefängnisses Bruchsal erklärten in einer öffentlichen Stellungnahme ihre Solidarität "mit den sozialistischen Anwälten" im Stammheimer RAF-Prozeß. In ihrer Erklärung heißt es: "Wir wissen, zum Teil aus eigener Erfahrung, daß die verhafteten und unterdrückten Menschen solidarisieren und den Kampf der Gefangenen um ihre grundlegenden Menschenrechte zu ihrem Kampf gemacht haben." Der Gefangenenrat Frankfurt hat sich der Solidaritätserklärung angeschlossen.

Fortsetzung von Seite 1:

Von Aufschwung keine Rede

Vieles spricht dafür, daß die industrielle Reservearmee noch weiter anschwellen wird. Der Rückgang hat sich noch keineswegs stabilisiert. In den Monaten April/Mai ist die Produktion gegenüber den Vorjahresmonaten um 9 % geschrumpft, gegenüber Februar/März um 2 %, was aufs Jahr umgerechnet ein Absinken um 12 % bedeuten würde. Die Industriekapazitäten sind derzeit zu weniger als 75 % ausgelastet und die Tendenz ist fallend, wie das Wirtschaftsministerium in seinem letzten Monatsbericht mitteilte. Anzeichen für eine Änderung gibt es nicht. Vielmehr lagen die Auftragseingänge für die Industrie im Mai 1975 um 16,8 % unter denen des Vorjahres und von April auf Mai sind die Auftragseingänge saisonbedingt allein um 4 % zurückgegangen. Am stärksten ist der Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, wo er 20,4 % ausmacht, und bei der Investitionsgüterindustrie mit 16,4 %. Besonders stark betroffen sind diese beiden Bereiche auch vom Rückgang der Auslandsnachfrage. Für die Grundstoffe und Produktionsgüter schrumpfte sie um 26,2 %, für die Investitionsgüter um 23,2 %. Und bei der gegenwärtig in allen westlichen kapitalistischen Ländern herrschende Krise ist mit einer raschen Belebung der Nachfrage aus dem Ausland auch nicht zu rechnen.

Der Reallohn geht zurück

Was aber die Belebung über den inneren Markt angeht, so gibt es dafür ebenfalls keine Voraussetzungen. Die Nachfrage nach Verbrauchsgütern ist abhängig von der Lohnsumme. Über deren Entwicklung fehlen verläßliche Daten. Eine im 'Gewerkschafter' 6/1975 enthaltene Angabe über die Summe der Bruttoeinkommen aus "unselbständiger Arbeit" nennt für 1974 547 Milliarden DM und schätzt für 1975 580 Milliarden DM. Das wäre eine Erhöhung der Lohnsumme für das Heer der Lohnabhängigen von 6 % brutto, was real angesichts der Preissteigerungen gleich Null wäre und angesichts gestiegener Sozialabgaben eine Verringerung der Nettolöhne in den Taschen der Lohnabhängigen bedeuten würde. Gleichzeitig werden Angaben gehandelt von einer Steigerung der durchschnittlichen Individualeinkommen im ersten Quartal 1975 um 8,6 %. Das sind ebenfalls Brutto-Angaben, wobei für die Statistik günstig zu Buche schlägt, daß neben den Tarifabschlüssen vom Jahresbeginn 1975 noch höhere Tarifabschlüsse aus dem Jahr 1974 ab April sich auswirken.

Auf jeden Fall wird man davon ausgehen müssen, daß die Reallöhne der Arbeiter bestenfalls stagniert haben, eher aber ein Stück gesunken sind. Vor allem für die unteren Schichten der Arbeiterklasse mit dem schlechtesten Lohn ist das der Fall. Diese unteren Schichten sind auch von der Arbeitslosigkeit am härtesten getroffen. Wenn in dieser Lage die Bundesregierung mahnt, die Arbeiter sollen mehr Geld ausgeben, um damit die Konjunktur zu beleben, so ist das ein doppelt fauler Witz. Erstens, woher soll es genommen werden! Die Arbeiter und kleinen Angestellten haben nichts zuzusetzen. Zum anderen aber: Auch wenn mehr Verbrauchsgüter gekauft würden – ein Konjunkturaufschwung käme dadurch keineswegs zustande.

Durch höheren Konsum ist die Krise nicht zu überwinden

Gegenwärtig wird auf den oberen Etagen der Gesellschaft, unter höheren Angestellten und Beamten, in der kleinen und mittleren Bourgeoisie viel gespart, um privat vor der Krise und ihren Folgen zu sichern. Selbst wenn diese Spargelder für Gebrauchsgüter und Luxusgegenstände ausgegeben würden: Aus der Krise könnte sich damit die kapitalistische Wirtschaft nicht retten. Denn: "Geld ist genug da", schrieb die 'Süddeutsche Zeitung' und meinte damit natürlich das Geld in Händen der Kapitalistenklasse. Erst kürzlich hat die Bundesbank die Mindestreservesätze gesenkt, wodurch zusätzlich 10 Milliarden an Kreditgeld geschaffen wurden, die nur darauf warten, von Kapitalisten entliehen zu werden. Aber die Kapitalisten nutzen das ihnen zur Verfügung stehende Geld nicht, um damit neue Maschinen, Halbfabrikate, Rohstoffe zu kaufen und Arbeitskräfte, die daraus Waren herstellen, die höheren Wert haben als das ursprünglich vom Kapitalisten eingesetzte Kapital. Sie verwandeln ihr Geld nicht mehr in neues Kapital.

Den Kapitalisten sind die Profite zu niedrig

Das hat gerade eben die Bundesregierung erfahren müssen. Denn bevor sie zum individuellen Konsum aufforderte, hatte sie ja über ihr Konjunkturprogramm 8,5 Milliarden DM den Kapitalisten als Prämie gezahlt für jede Mark, die diese in Kapital verwandeln durch Investitionen. Das Ergebnis: Die Kapitalisten haben das Geld eingesackt. Aber im wesentlichen für Erneuerungsinvestitionen, die ohnehin gemacht werden mußten, um das angelegte Kapital auf dem alten Stand zu halten. Selten für Erweiterungsinvestitionen, die ja erst eine Ausweitung der Produktion in Gang setzen würden.

Durch den Schornstein gejagt

So macht sich eine Kapitalistenzeitung über die Bundesregierung lustig, die den Kapitalisten Milliarden für neue Investitionen geschenkt hatte.

HANDELSBLATT: Bensch

Zudem sind diese Gelder, wie eine Untersuchung über Rheinland-Pfalz feststellt, gerade von den kleineren und mittleren Kapitalisten auf halb private Weise vernutzt worden, fürs neue Auto zum Beispiel. Geld ist also bei den Kapitalisten genug da, aber es will sich nicht in Kapital verwandeln, das ist gegenwärtig die Lage. Die Vermehrung des Kapitals durch Einsaugung der lebendigen Arbeit des Arbeiters stockt also und die gesellschaftliche Produktion geht zurück, während Produktionsmittel brach liegen und gute Arbeiter untätig bleiben müssen.

Kapital muß vernichtet werden

Den Kapitalisten sind die auf das eingesetzte Kapital erzielten Profite, ihnen ist die Profitrate zu niedrig. "Die Ertragslage ist unbefriedigend", stöhnen sie. Unausgelastete Anlagen, volle Material- und Warenlager bedeuten für sie nicht nur, daß das darin angelegte Kapital sich nicht vermehren kann. Mehr noch: Es kostet den einzelnen Kapitalisten bares Geld: Maschinen und Rohstoffe sind auf Kredit gekauft, der jetzt zurückgezahlt werden muß; der Staat erhebt Vermögenssteuer auch auf stillstehende Produktionsanlagen. Viele Kapitalisten überstehen die Stockung nicht, sondern machen Pleite. Kapital muß vernichtet werden, um für das verbleibende die Profitchancen wieder zu verbessern. Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung', die kürzlich das "Lob der Rezession" sang, spricht dieses Lebensgesetz der Kapitalistenklasse aus, wenn sie von einer "notwendigen Reinigungskrise oder von Gesundschrumpfen" spricht. (30.6.1975)

So kommt es, daß die Zahl der Konkurse höher ist als je zuvor, wobei die Kapitalisten untereinander kein Pardon kennen. "Sterben und Werden gehört zur Regeneration und Gesundung der Volkswirtschaft" kommentiert die 'Frankfurter Allgemeine" die sich häufenden Pleiten.

Tatsächlich ist es so, daß Produkte menschlicher Arbeit, leistungsfähige Maschinen, Rohstoffe, die in mühseliger Arbeit aus der Erde geholt wurden, landwirtschaftliche Produkte massenhaft vernichtet werden müssen, damit die Kapitalistenklasse zu ihren Profiten kommt. Und das geschieht, während in der Welt Hunger in riesigem Ausmaß herrscht und Produktionsmittel dringend gebraucht werden.

Es handelt sich also nicht um einen natürlichen Vorgang von "Sterben und Werden", wie die 'Frankfurter Allgemeine' weismachen will, etwa durch Ersatz einer verbrauchten Maschine durch eine neue, sondern um höchst überflüssige Opfer, welche die Kapitalistenklasse mit ihrer Ausbeuterordnung der ganzen Gesellschaft aufzwingt.

Die Löhne der Arbeiter sollen gedrückt werden

Am schärfsten sind die Opfer, die sie der Klasse aufzwingt, die alle Werte geschaffen hat und erhält: der Arbeiterklasse. Denn nicht nur in Maschinen und Rohstoffen angelegtes Kapital ist zuviel da und muß vernichtet werden. Die Zahlung ihrer Lohnsklaven ist der Kapitalistenklasse zu teuer geworden und soll gedrückt werden. Denn die Kosten für Löhne und "Lohnnebenkosten", die ja ein der Verwaltung der Arbeiter vorenthaltener Teil des Lohnes sind, drücken auf die Profitrate. Trotz der zahlreichen Entlassungen und der Kurzarbeit, trotz der sehr niedrigen Lohnabschlüsse haben die Kapitalisten erklärt, noch nicht weit genug vorangekommen zu sein bei der Senkung der Lohnkosten. Das Institut der Deutschen Wirtschaft gab bekannt, daß die Lohnstückkosten im ersten Quartal 1975 noch um 17 % über denen des Vorjahres gelegen seien. Selbst wenn die Zusammensetzung dieser Zahl dunkel ist, steht dahinter doch ein realer Zusammenhang: nicht alle Arbeiter, deren Arbeitskraft von den Kapitalisten noch gekauft wird, werden voll eingespannt. Zum Teil halten sich die Firmen offenbar ihren Facharbeiterstamm beisammen, setzen ihn wohl um an schlechtere Arbeitsplätze und versuchen auch die Löhne zu senken, aber sie versuchen z. T. noch die Entlassung hinauszuschieben. Denn wenn eine neue Konjunktur beginnt, werden gerade in der Anfangsphase die höchsten Profite gemacht und dann muß man produzieren können. Für die Arbeiter bedeutet das, daß vielfältig innerbetrieblich Druck auf sie ausgeübt werden kann, daß ihnen die Gefahr der Entlassung angesichts des Arbeitsmangels in der Werkstatt direkt vor Augen steht. Genutzt wurde das schon im vergangenen Jahr zu einem Drücken der Effektivlöhne: Die Tariflöhne sind durchweg stärker als die Effektivlöhne gestiegen (bei den Männern die Tariflöhne um 11,6 % 1974 und die Effektivlöhne um 10 %, bei den Frauen um 12,9 % bzw. 11,4 %).

Rationalisierung erhöht den Ausbeutungsgrad

Um aus der Klemme zu niedriger Profitraten herauszukommen, werden die Kapitalisten fortfahren, Arbeiter zu entlassen, was die Lohnsumme einschränkt, die sie zahlen müssen. Sie werden die Löhne weiter drücken wollen, was für sie dieselbe Wirkung hat. Aber sie werden drittens auch darin fortfahren, den Grad der Ausbeutung bei den noch beschäftigten Arbeitern zu steigern, d. h. das Produktionsergebnis, das aus einem Arbeiter in einer bestimmten Zeitspanne herausgeholt wird. Mit dem, was sie in Richtung Produktivitätssteigerung erreicht haben, sind die Kapitalisten keineswegs zufrieden. Die Metallindustriellen geben die Produktivitätssteigerung für das erste Quartal 1975 mit nur 0,9 % an. Schon 1974 war die Arbeitsproduktivität wesentlich geringer gestiegen als im Jahr 1973.

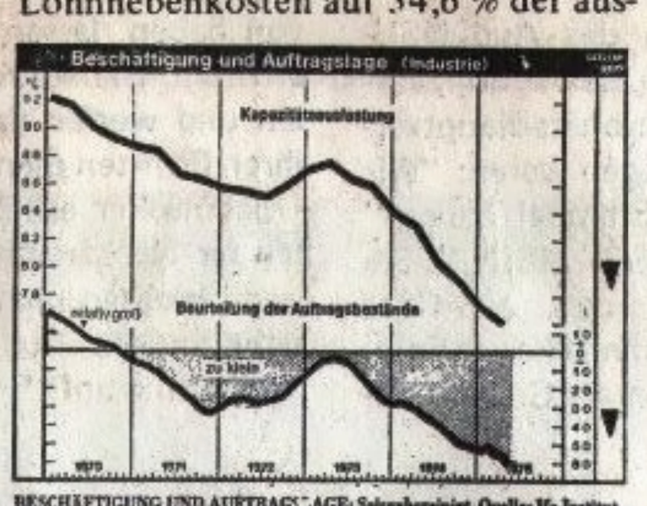
Aber die Zusammensetzung dieses Ergebnisses ist aufschlußreich. In den Investitionsgüterindustrie z. B.: das ist die gesamte Metallverarbeitung, ist die Arbeitsproduktivität pro **Beschäftigtem** von 1973 auf 1974 um 1,7 % gefallen. Das Produktionsergebnis je geleisteter **Arbeiterstunde** aber hat um 2,4 % zugenommen. Die einzelnen Arbeiter haben also weniger Stunden ihre Arbeitskraft verkaufen können, aber höhere Arbeitsleistung in gegebener Zeit bringen müssen. Das ist auch zweifellos gegenwärtig die Tendenz, verstärkt noch dadurch, daß der Druck der Arbeitslosigkeit immer stärker wird. Die von Gesamtmetall angegebene Zahl von 0,9 % Produktivitätssteigerung im ersten Quartal 1975 dürfte auch das Produktionsergebnis je Beschäftigten bezogen sein. Umso mehr an Antreibung der Arbeiter verbirgt sich hinter dem Sprung von 1,7 im Jahr 1974 auf eine übers ganze Jahr 1975 gerechnete Steigerung von + 3,6 %, die ja bei erheblich reduzierten Stunden pro Arbeiter wegen Kurzarbeit und Fortfall von Überstunden herausgeholt wurde. Und da neue Anlagen kaum in Betrieb genommen wurden, geht diese erhebliche Steigerung der Produktivität in der metallverarbeitenden Industrie hauptsächlich auf Kosten der Intensivierung der Arbeit.

Die Spaltung der Arbeiter soll verstärkt werden

Die Kapitalisten wollen sich diese für sie unentbehrlichen Erfolge bei der Erhöhung der Auspressung nicht dadurch wieder aus der Hand winden lassen, daß die Arbeiter für höhere Vernutzung ihrer Arbeitskraft auch höhere Bezahlung fordern und durchsetzen.

In Vorbereitung auf die kommenden Lohnauseinandersetzungen hat ein Mitglied des "Sachverständigenrates" schon geäußert, die Arbeiter könnten in diesem Jahr keine Lohnerhöhung bekommen, die auch nur soviel ausmacht wie Produktivitätssteigerung plus Preissteigerung. Verstärkte Auspressung der Arbeitskraft soll also ohne Bezahlung bleiben und das Niveau der Reallöhne gesenkt werden. Begründet hat das dieser Sachverständigenrat für Profitmacherei damit, daß sonst nichts mehr übrig bliebe für "Umverteilung und soziale Sicherung". Die Profite der Kapitalisten sind ihm da heilig.

Gegeneinander ausgespielt werden die Löhne und die von den Kapitalisten sogenannten "Lohnnebenkosten" für Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie für Urlaubsgeld usw.. 1972 waren diese Lohnnebenkosten auf 54,6 % der aus-



Zur Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt



Zwar hat die Zahl der Arbeitslosen im Juni (Ursprungswerte) geringfügig um 15 800 auf 1 002 100 abgenommen. Saisonbereinigt stieg die Arbeitslosigkeit jedoch, wie die Graphik der Bundesanstalt für Arbeit ausweist, von 1 188 000 im Mai auf 1 278 000 im Juni, d. h. um fast 8 %. Im Januar lag die saisonbereinigte Zahl noch bei 790 000. Die Zahl der offenen Stellen erreichte dementsprechend im Juni mit 230 000 nach 240 000 im Mai saisonbedingt den vorläufigen Tiefstand dieses Jahres.

Aufwärts geht es nur mit der Arbeitslosigkeit

gezahlten Löhne gestiegen, und für 1975 werden sie auf 59,5 % geschätzt. Die Kapitalisten argumentieren, daß bei so hohen Kosten für Versicherungen nicht auch noch die Löhne erhöht werden könnten. Jede Erhöhung der Löhne ginge zu Lasten der Armen, der Arbeitslosen, der Alten und Kranken. Sie wollen so die Spaltungslinie in die arbeitenden Massen und ihre Familien hineinbringen, um schließlich beide Teile des Lohns, den ausbezahlten wie den von ihnen und ihrem Staate verwalteten, zu kürzen.

Der westdeutsche Imperialismus betreibt verstärkt Kapitalexport

Noch mit einer anderen Maßnahme versuchen die Kapitalisten den Teil des für Löhne aufgewendeten Kapitals zu kürzen und damit die Profite zu erhöhen: Durch Kapitalexport, also durch Anlage von Kapital in Ländern mit billiger Arbeitskraft. Genutzt wird von den Kapitalisten die Spaltung der internationalen Arbeiterklasse entlang verschiedener Nationen und Staaten. Das geschieht gerade gegenwärtig verstärkt und beim VW-Konzern ist offensichtlich geworden, wie die Pläne zum Kapitalexport z. B. in die USA direkt eingesetzt werden, um den Widerstand der westdeutschen VW-Arbeiter zu brechen.

Ebenso wie zwischen den Konzernen in Westdeutschland wächst die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Das läßt sich unter anderem daran ablesen, daß eine der wenigen Branchen mit weiterem Wachstum der Anlagenbau ist. Die verschiedenen Mächte liefern sich einen erbitterten Kampf um Großaufträge, wobei sie immer stärker in die Länder der Dritten Welt und in das Geschäft mit den osteuropäischen Staaten einzudringen versuchen. Durch das Brasilien-Geschäft ist bewußt geworden, daß Westdeutschland in dieser Konkurrenz um Neuverteilung der Märkte und Kapitalanlagesphären und Rohstoffe eine sehr bedeutende Rolle spielt und dem USA-Imperialismus in seinem traditionellen "Hinterhof" Niederlagen beibringen kann. Man kann davon ausgehen, daß die Kapitalisten gemeinsam mit der Bundesregierung versuchen, die Arbeiter für den Imperialismus, speziell für den westdeutschen Imperialismus zu gewinnen, der ja immer noch weitaus am besten dasteht.

Wie das geschehen kann, das macht jetzt in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau der Bundeskanzler deutlich. Mittelfristig verheißt er glänzende Wachstumsperspektiven, kurzfristig hingegen sollen sich alle begnügen mit dem, was sie haben, da *"vertraut er auf die Solidarität der Masse der Arbeitnehmer mit ihrer eigenen Volkswirtschaft, mit ihrem eigenen Staat"*. Diese Sorte "Solidarität" wird starken Belastungen ausgesetzt sein. Der Kanzler kündigt in seinem Interview gleich für den Welt-Schiffbau eine tiefgehende Rezession an, was eine der wenigen noch nicht von der Krise getroffenen Branchen ist mit einem Wachstum von 14,3 % im 1. Quartal 1975 gegenüber dem Vorjahr. Lanfristig aber verheißt er: *"Weg von der konventionellen Industrieproduktion und hin zu Produkten, die ein hohes technologisches Niveau, eine hohe Verfahrenstechnik involvieren, bis hin zu solchen, die überhaupt keine Produktionstechnik mehr erfordern, sondern die nur Patente, Entwürfe, Verfahren an sich exportieren."* Gearbeitet werden soll dann offenbar in anderen, weniger entwickelten Ländern. Das ganze ist eine Art imperialistischer Utopie, die gegenwärtig unter der Bezeichnung "Antwort auf die Strukturkrise" verhandelt wird. Bei solchen sozialimperialistischen Ideen nimmt heute der Reformismus seine Zuflucht, nachdem real nichts mehr geht.

All diese Ideologien laufen darauf hinaus, die Arbeiterbewegung in Westdeutschland dafür zu gewinnen, gemeinsam mit ihren Ausbeutern an der Konkurrenz der imperialistischen Mächte teilzunehmen und die Bestrebungen der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie zu unterstützen, einen möglichst hohen Anteil der von den Arbeitern und Bauern in aller Welt produzierten Werte sich anzueignen und möglichst viele Arbeiter gegen möglichst geringen Lohn für sich arbeiten zu lassen. Dafür verspricht die westdeutsche Bourgeoisie, der westdeutschen Arbeiterklasse aus dem Munde ihres Kanzlers den Posten des Vorarbeiters, der sich die Finger nicht schmutzig zu machen braucht, während sie gleichzeitig ihr in der Krise das Fell über die Ohren zu ziehen versucht.

Für die Arbeiterklasse ist das keine Perspektive: Zusammenzugehen mit einer Klasse, die sie ausbeutet, wie sie kann, die von Krise zu Krise torkelt, die sich an der Herrschaft nur halten und die Produktion leiten kann um den Preis immer neuer Zusammenbrüche und Katastrophen, die Millionen von Arbeitern ins Elend stürzen. Die Arbeiterklasse braucht diese Klasse nicht, denn sie ist es, die die ganze Gesellschaft am Leben erhält und unter der Herrschaft der Arbeiterklasse werden die gesellschaftlichen Produktivkräfte sich reicher und rascher entfalten können, zum Wohle des arbeitenden Volkes.

–W.M.–

Volkswagen-Werke

Aufschwungpropaganda kann die Tatsachen nicht vertuschen

'Bild am Sonntag' kam am 6. Juli, zwei Tage vor der VW-Aktionärsversammlung, mit der Schlagzeile: "VW: Jetzt geht's aufwärts" raus.

Für die Zeitungen, die die Kapitalisten lesen, um sich zu verständigen, ist das noch lange nicht klar. 'Handelsblatt' und "Frankfurter Allgemeine Zeitung' warnen trotz der steigenden Aktienkurse vor der Lage des Konzerns. 'Bild' hat andere Aufgaben, als eine nüchterne Analyse zu liefern, sie wird für die Arbeiter geschrieben und bei ihnen soll jetzt der Eindruck erweckt werden, als wenn sich der VW-Konzern stabilisiert hat und die Roßkur für alle nützlich war. Die öffentliche Debatte über die Zukunft der Arbeitsplätze, die Unsicherheit über die Zukunft des Betriebes wirft bei den Arbeitern die Frage auf, wo das noch hinführen soll und wie es weitergehen kann.

Eine gewisse Unruhe unter den Arbeitern war den Kapitalisten eine Zeit lang recht, um sie für die Sanierungspläne gefügig zu machen. Wenn aber deutlich wird, daß der größte europäische Automobilkonzern es nicht schafft, die Krise zu überwinden, dann wirft das die Frage nach der Tauglichkeit des Kapitalismus auf.

Wenn der Konzern weiterhin Massenentlassungen durchführt, wenn die Massenarbeitslosigkeit in Wolfsburg ohne Sicht auf Änderung weiter zunimmt, wenn Maschinen und Anlagen ungenutzt herumstehen und schlichtweg verrotten, wenn gesunde Menschen arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden, dann beweist das schlagend, daß der Kapitalismus keinen Funken Fortschritt mehr hat.

Dann zeigt das, daß die Profitwirtschaft einerseits und die Entwicklung der Produktivkräfte und damit der Menschheit andererseits zwei ganz entgegengesetzte Dinge sind.

Das sind Tatsachen und Propaganda der 'Bild' sind Lügenmärchen.

Fest steht, daß bei Audi-NSU 2 000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen, in den Vertrauensleutekörpern der IGM spricht man sogar von 5 000.

So etwas heißt für 'Bild', es geht aufwärts, genauso wie der Bau des Werkes in den USA. Dem Konzern mag es durch den Bau des Werkes eine Zeit lang etwas besser gehen, für die Arbeiter heißt der Bau: Produktionsverlagerung und damit erneut Massenentlassungen. Die **Aufwärtspropaganda** soll Ruhe in den Belegschaften herstellen, ist das erst einmal gelungen, werden die Bedingungen für den Aufschwung gestellt: Die Arbeiter müßten noch einmal kräftig mithelfen und dürften den Konzern nicht zu stark belasten, wird es heißen. Damit wird dann gegen die Lohnforderungen angegangen. Aber weder geht es **aufwärts**, noch sind die Arbeiter zufrieden mit ihrer Lage. Der Bericht über die Entlassungen aus dem Hauptwerk in Wolfsburg zeigt, daß sich nichts an den Praktiken der Geschäftsleitung geändert hat. Die Demonstration der Audi-NSU-Arbeiter beweist, daß die Arbeiter kein Vertrauen in die Konzernleitung haben, sondern klare Antworten über ihre Zukunft verlangen.

–db–





Neckarsulm. Ungefähr 150 Kollegen des Audi-NSU-Werkes Neckarsulm zogen am Mittwich, den 2. Juli, vormittags vor das Gebäude, wo die Aktionärs-Hauptversammlung tagte. Die Parolen der Kollegen waren: "Wir wollen Autos bauen und nicht den Stempel hauen!" "Erst Kurzarbeiter! Dann Arbeitsloser? NEIN!" Sie zwangen durch ihre Kundgebung den VW-Chef Schmücker zu einer Stellungnahme. Schmücker meinte, daß "hier fleißig gearbeitet wird" Wenn sie Gewinn davon haben, lassen die Kapitalisten die Arbeiter für sich arbeiten. Bei Audi können sie nicht mehr genug rausholen und werfen daher tausende auf die Straße. Wenn es ihren Profiten dient, machen sie die Fabrik dicht.

Schmücker erklärte aber großzügig: "Der Tod auf Raten für Neckarsulm ist nicht meine Absicht." Einige Kollegen wollten nicht abwarten, bis er vielleicht seine Absicht ändert. Aus der Menge heraus wurde gefordert: "Hängt ihn auf!"

Seibel-Erwitte

Gericht verbietet Betriebsrat

Den Arbeitern wird das Recht auf Bildung von Betriebsräten durch das Betriebsverfassungsgesetz zugestanden. Daß das kein Recht ist, was die Belegschaften unabdingbar besitzen, zeigt der Beschluß des Arbeitsgerichtes in Paderborn: Es hat die Auflösung des Betriebsrates bei Seibel & Söhne in Erwitte beschlossen.

Dem Betriebsrat wurde vorgeworfen, gegen seine "gesetzlichen Pflichten" verstoßen zu haben. Was sind diese gesetzlichen Pflichten?

Die Belegschaft von Seibel und Söhne steht in einem monatelangen Kampf gegen die Stillegung des Zementwerkes in Erwitte durch den Kapitalisten Seibel. Alles mögliche hat der Kapitalist schon versucht, um sich gegen die Arbeiter durchzusetzen und die Massenentlassungen durchzuführen, aber er scheiterte immer wieder an dem einheitlichen Willen der Belegschaft, gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen.

Gerichtsurteil und Spaltungsmanöver haben nichts genutzt. Schließlich reichte er Klage gegen den Betriebsrat ein, wegen Unterstützung des Streiks der Belegschaft. Das kann er, weil gerade dies durch das gleiche Gesetz, in dem den Arbeitern das Recht auf Bildung von Betriebsräten zugestanden wird, verboten ist.

In einer für den Kapitalisten schweren Stunde sprang ihm das Gericht hilfreich zur Seite. Die gesetzliche Pflicht des Betriebsrats war es, in dem Kampf der Belegschaft sich auf die Seite des Kapitalisten zu stellen, weiter zu arbeiten und die Kollegen zur Arbeit anzuhalten.

Das sind aber nicht die Pflichten, die die Arbeiter von ihren Betriebsräten erwarten. Damit sie einheitlich handeln können gegen den Kapitalisten, brauchen sie den Betriebsrat. Er muß den einheitlichen Willen der Belegschaft gegenüber dem Kapitalisten vertreten und zur Geltung bringen. Sonst ist ein Betriebsrat nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich, weil er dem einheitlichen Willen der Belegschaft entgegenwirkt.

Die Arbeiter sind im Kapitalismus gezwungen, ihre Rechte zu gebrauchen, weil die kapitalistischen Verhältnisse sie immer wieder dazu zwingen, den Kampf gegen die Kapitalisten aufzunehmen. Aber dann verkehren sich die "Rechte" in ihr Gegenteil.

Aus dem Recht, Betriebsräte zu bilden, wird der Zwang des Betriebsrates, mit den Kapitalisten zusammen-

Belegschaft gegenüber dem Kapitalisten vertreten und zur Geltung bringen. Sonst ist ein Betriebsrat nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich, weil er dem einheitlichen Willen der Belegschaft entgegenwirkt.

Die Arbeiter sind im Kapitalismus gezwungen, ihre Rechte zu gebrauchen, weil die kapitalistischen Verhältnisse sie immer wieder dazu zwingen, den Kampf gegen die Kapitalisten aufzunehmen. Aber dann verkehren sich die "Rechte" in ihr Gegenteil.

Aus dem Recht, Betriebsräte zu bilden, wird der Zwang des Betriebsrates, mit den Kapitalisten zusammen-
zuarbeiten und gegen seine Kollegen. Macht er das nicht, erklärt ihn das Gericht für illegal und beschließt seine Auflösung.

Der Kapitalist wollte durch seine Klage dem Streik das Rückgrat brechen, das Gericht hat ihm dabei geholfen, indem es der Belegschaft das Recht nahm, einen Betriebsrat zu bilden.

Die Bourgeoisie versucht, wo es nur geht, Rechte der Arbeiterklasse einzuschränken oder rückgängig zu machen. In das Betriebsverfassungsgesetz hat sie von vorneherein allerlei Einschränkungen geschrieben. Ein Betriebsrat darf nicht sich an einem Streik beteiligen, den sozialen Frieden stören, berichten über Planungen des Kapitalisten, wie er zum Beispiel Entlassungen durchführen will. All das darf er nicht. Daran haben die Arbeiter kein Interesse, weil es ihre Position gegen den Kapitalisten schwächt.

Dieses Urteil ist ein Urteil gegen die Arbeiterbewegung; es trifft nicht nur die Seibel-Arbeiter, weil das Recht auf Bildung von Betriebsräten eines ist, das alle Belegschaften brauchen, und worin die Arbeiter keine Einschränkung hinnehmen können. Deshalb braucht die Seibel-Belegschaft die Unterstützung aller.

Der Betriebsratsvorsitzende hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Die Kapitalistenklasse hat durch das erste Urteil einen Versuch gestartet und sieht zu, ob die Arbeiterbewegung den Schlag schluckt. Gezeigt werden muß dem bürgerlichen Staat, daß die Arbeiter den Schlag nicht schlucken, indem sie die Belegschaft von Erwitte weiter unterstützen und die Rücknahme des Urteils fordern.

Die Streikleitung ist zu erreichen unter:

Streikleitung Seibel & Söhne, Erwitte/Westfalen, Tel. 0 29 43 / 33 56

Dort sind auch Fotosätze und Plakate zu erhalten. Ebenfalls kann dort ein Film über den Kampf der Seibel-Arbeiter bestellt werden. Die Streikleitung ruft dazu auf, in möglichst vielen Orten und Gewerkschaftskörpern Veranstaltungen mit dem Material zu machen, um den Kampf auch weiterhin zu unterstützen.

–d.b.–

Karmann Osnabrück

Statt Massenentlassungen – Dauerentlassungen

Osnabrück. Bei Karmann, wo der Scirocco gebaut wird, hatte die Geschäftsleitung Massenentlassungen geplant.

Dieser Plan war unter den Kollegen schnell bekannt geworden; die Karmann-Zelle des KBW hatte mit der Betriebszeitung "Bohrer" gegen die

Karmann Osnabrück

Statt Massenentlassungen – Dauerentlassungen

Osnabrück. Bei Karmann, wo der Scirocco gebaut wird, hatte die Geschäftsleitung Massenentlassungen geplant.

Dieser Plan war unter den Kollegen schnell bekannt geworden; die Karmann-Zelle des KBW hatte mit der Betriebszeitung "Bohrer" gegen die
Massenentlassungen Stellung genommen.

Für die Betriebsversammlung bereiteten sich die Kollegen vor, um gegen die Massenentlassungen aufzutreten.

Auf der Betriebsversammlung am 19.6.1975 teilte dann die Geschäftsleitung mit, daß die Massenentlassungen vorläufig zurückgenommen wurden. Stattdessen werden jeden Monat 49 Entlassungen vorgenommen.

Klarheit besteht von seiten der Geschäftsleitung darüber, daß Kurzarbeit und schleichende Entlassungen weiter durchgeführt werden sollen, daß dabei die Bandgeschwindigkeit bei steigender Kurzarbeit beibehalten werden soll bzw. noch gesteigert werden soll.

Um den Widerstand gegen die Maßnahmen der Kapitalisten zu organisieren, müssen die Forderungen verankert werden:

Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit!

Kontrolle der Akkordpläne durch Betriebsrat und Vertrauensleutekörper!

Weg mit den Dauerentlassungen der 49 Kollegen pro Monat!

(Ortsbeilage Osnabrück zur KVZ Nr.25/Red)

Berichtigung

In dem Artikel "Besetzungssperre für 6 000 Planstellen" in der KVZ Nr. 26 Seite 8 sind einige Fehler enthalten.

Es muß in der Überschrift heißen "Besetzungssperre für **40 000** Planstellen.

Weiter sind es nicht 20 % der Stellen, die ab 1. April zu sperren waren, sondern 25 %.

Bei den Anträgen auf Höhergruppierungen an der Technischen Hochschule Darmstadt handelt es sich um 400, von denen 386 abgelehnt und 14 zugestimmt wurden.

–Betriebszelle Darmstadt–

VW Wolfsburg

Entlassungen bei Angestellten

Angestellte sollen rausgesetzt werden: Der Personalarzt stellt „produktionsuntauglich" fest

Der VW-Vorstand hat vor, bis Ende 1976 die Zahl der Angestellten in der gesamten VW-AG um 1 698 Kollegen zu verringern. In Wolfsburg sollen 1 066 Kollegen rausgesetzt werden.

Dies hat der Vorstand bisher über die Auflösungsverträge zu erreichen versucht. Aber die Angestellten haben nicht so zahlreich Gebrauch davon gemacht, wie es der VW-Vorstand vorausgeplant hatte.

Insgesamt sind es bis jetzt 344 Kollegen.

Um den Personalabbau unter den Angestellten zu forcieren, hat der VW-Vorstand daher mit Zustimmung des Betriebsrates beschlossen, Entlassungen zum Quartal erstmals zum 30.6.1975 nur bei Angestellten durchzuführen. Das soll dazu dienen, die Kollegen einzuschüchtern und die Angst vor Entlassungen zu schüren, weil jeder Kollege von dieser Maßnahme betroffen werden kann.

Ich bin einer dieser Angestellten, die diese fristgemäße Kündigung zum 30.6. bekommen haben (6-wöchige Kündigungsfrist). In dem Schreiben wurde erwähnt, daß aus betrieblichen Gründen einer Reihe von Mitarbeitern wegen der schwierigen Lage bei VW gekündigt wird.

Von der Personalabteilung wurde mir aber noch der 'Weg' offengehalten, einen Auflösungsvertrag zu nehmen. Auch auf die Möglichkeit, eine Änderungskündigung zu machen, was eine Versetzung in die Produktion bedeutet, wurde ich ebenfalls aufmerksam gemacht.

Als ich mich beim Betriebsrat erkundigte, was man gegen die Kündigung machen kann, wurden mir eindringlich diese beiden Möglichkeiten vom Betriebsrat aufgezeigt. Von einer Klage beim Arbeitsgericht riet er mir ab, da ich damit keine Chance hätte, weil ich ledig und unabhängig bin, also als "sozialstark" eingestuft bin. Nach dem Gespräch reichte ich die Änderungskündigung schriftlich ein, da mir dieses von der Personalabteilung und vom Betriebsrat so erklärt wurde. Die Personalabteilung ließ sich mit der Bearbeitung sehr viel Zeit.

Betriebsärztliche Untersuchung

Erst nach ca. 4 Wochen wurde ich zur betriebsärztlichen Untersuchung geschickt, um meine Produktionstauglichkeit feststellen zu lassen.

Dies sollte eine 5-Minuten-Untersuchung leisten, bei der nichts weiter gemacht wurde als eine routinemäßige Überprüfung meines Gesundheitszustandes. Sechs Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist bekam ich den Bescheid, daß die betriebsärztliche Untersuchung ergeben hat, daß ich nicht in der Produktion eingesetzt werden könne. Somit bliebe die fristgemäße Kündigung zum 30.6. bestehen.

Aus diesem Beispiel wird klar, wozu diese betriebsärztlichen Untersucungen dienen und für wen diese Betriebsärzte entscheiden.

Sie entscheiden immer so, wie es die Personalabteilung will.

Will sie Leute raus haben, wird in einer nur routinemäßigen Untersuchung festgestellt, daß ich mich in diesem Falle für die Arbeit in der Produktion nicht eigne und wirklich ernsthaft Kranke werden am Band gesundheitlich verheizt. Zum Beispiel erzählte mir ein Kollege, daß am Passatband ein Kollege einen körperlich schweren Arbeitsgang machen sollte (Hängemontage, der Kollege muß also über Kopf arbeiten) obwohl er nach einem Autounfall eine so schwere Hüftverletzung hat, daß er nur auf einem Bein stehen kann, sich mit dem anderen lediglich abstützt und den linken Arm kaum heben kann.

In dem mir verbleibenden Tagen um die Kündigung unwirksam zu machen, habe ich mich beim Rechtsanwalt informiert, welche Aussichten ich beim Arbeitsgerichtsprozeß hätte.

Der erklärte mir, die Aussichten wären gleich Null, da die Amtsärzte auf dem Standpunkt stehen, die Betriebsärzt hätten den größeren Einblick in die Arbeitsbedingungen des jeweiligen Betriebes.

Selbst wenn sich jemand total gesund fühlt, spielt das keine Rolle. Solange die Kapitalisten das betriebliche Gesundheitswesen in der Hand haben, können sie jeden Kollegen auf diese Art rausschmeißen, ohne daß die Belegschaft selber darauf Einfluß nehmen kann. Daher ist es wichtig, daß die Arbeiter über ihre Vertreter das betriebliche Gesundheitswesen in ihre Kontrolle bekommen.

Mir ist nichts anderes übrig geblieben, als einen Auflösungsvertrag zu machen, was mir die Personalabteilung noch 'großzügig' zugestand um das soziale Mäntelchen zu wahren.

Arbeit werde ich in Wolfsburg mit ziemlicher Sicherheit in meinem Beruf nicht mehr bekommen.

–L., Wolfsburg–

Chemieindustrie

Jede dritte Fabrik wird im Ausland gebaut

Derzeit sind mehr als 10 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in der Chemieindustrie Kurzarbeiter, das sind etwa 60 000. Betroffen sind in der Hauptsache die Faser- und die Farbenindustrie.

Die Kurzarbeit soll noch weiter ausgedehnt werden. So hat der BASF-Vorstand für 4 200 Kollegen Kurzarbeit beantragt. Das hat der Betriebsrat abgelehnt, woraufhin der Vorstand mit weiterer Kurzarbeit für 5 600 drohte.

Wie hat sich die Chemieindustrie in der letzten Zeit entwickelt?

1974 schoben sich die Chemiekonzerne Bayer, BASF und Hoechst an die Spitze der hundert umsatzstärksten Konzerne, auf die Plätze 3 bis 5, und verdrängten dabei Volkswagen, Siemens und Daimler-Benz. Vor ihnen stehen nur die beiden durch Fusionen gebildeten Konzerne Veba/Gelsenberg und Thyssen/Rheinstahl.

Der Konzernumsatz bei den drei Chemiekonzernen stieg 1974 zwischen 36 und 38 Prozent. Ohne die gestiegenen Preise wuchs der Absatz um 6 % zum Beispiel bei Hoechst. Einen immer größer werdenden Teil der Produktion lassen die Chemiekapitalisten in ihren Werken im Ausland produzieren. Seit Jahren bauen BASF, Bayer und Hoechst jede dritte Fabrik im Ausland.

Besonders in den Ländern, wo die Löhne niedrig sind, legen die Chemiekapitalisten ihr Kapital an und bauen Fabriken, so zum Beispiel in Mexiko, Südamerika, unter anderem in Brasilien.

Wenn die Kapitalisten im Inland die Anlagen durch größere und rationellere Anlagen ersetzen oder neue Fabriken bauen lassen, müssen sie immer größere Mengen an Kapital anlegen. Dabei gingen ihre Profite, die Umsatzrendite, zurück: zwischen 1965 und 1973 im Inland von 7,3 % auf 4,9 % bei Hoechst, von 8 % auf 6,5 % bei Bayer und von 8,7 % auf 5,2 % bei BASF (Zahlen nach "Wirtschaftswoche" vom 6.6.75). In den Niedriglohnländern erzielen sie dagegen schneller höheren Profit.

So entfallen vom gesamten Anlagevermögen der Chemiekonzerne 30 bis 35 % auf Anlagen im Ausland. 1974 legte Bayer 37 % und Hoechst 44 % der neuen Investitionen im Ausland an. Die chemische Industrie legte 1974 1,12 Milliarden im Ausland an. Dazu kommen noch größere Beteiligungskäufe im Ausland. Am Bayer-Weltumsatz zum Beispiel ist das Auslandsgeschäft, das im wesentlichen auf den Auslandsprodukten beruht, mit 66 % beteiligt. Die Kollegen in Leverkusen sind von den Produktionsverlagerungen zum Beispiel nach Indonesien unmittelbar bedroht.

Für 1975 steigen die Sachanlagen-Investitionen bei der BASF von 1,4 auf 1,7 Milliarden DM, Hoechst plant 1,9 nach 1,7 Milliarden DM, Bayer investiert wie 1974 1,85 Milliarden DM. Bei Hoechst werden von den 1,9 Milliarden 800 Millionen im Ausland angelegt.

Alle diese Werte wurden von den Arbeitern produziert und der Absatz stockt. Jetzt, wo sich die kapitalistische Wirtschaftskrise entwickelt, lassen die Kapitalisten kurzarbeiten und haben seit September 1974 insgesamt 21 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Die Profite, die sie aus den Arbeitern herausgepreßt haben, legen sie verstärkt im Ausland an.

Im weltweiten Kampf um die Märkte stehen sie den anderen großen Konzernen gegenüber. Die westdeutschen Monopolkapitalisten wollen ihre Ausgangslage in diesem Kampf verbessern. Sie werden daher in der Bundesrepublik versuchen, mit gesteigerter Arbeitshetze, Kurzarbeit und Entlassungen und Lohnabbau im Lohnanteil zu streichen, damit sie ihre Profite sichern und steigern können.

Wenn die Chemiearbeiter ihre Lebensbedingungen nicht verschlechtern lassen wollen, werden sie den Maßnahmen der Profitschinder geschlossen entgegentreten müssen.

–g.b.–

BASF-Betriebsrat:

Kurzarbeit abgelehnt

Wie in der letzten KVZ gemeldet, hat der Betriebsrat von BASF die Kurzarbeit von 4 200 Beschäftigten abgelehnt. Am letzten Freitag fand

jetzt 700 Arbeitskräften. Zahlreichen Fremdfirmen wurde gekündigt. Die Arbeit soll von BASF-Kollegen zusätzlich gemacht werden.

BASF-Betriebsrat:

Kurzarbeit abgelehnt

Wie in der letzten KVZ gemeldet, hat der Betriebsrat von BASF die Kurzarbeit von 4 200 Beschäftigten abgelehnt. Am letzten Freitag fand
die erste Sitzung der Einigungsstelle statt. Die 4 200 Kollegen sollen für etwa zweieinhalb Monate durchschnittlich 25 % weniger arbeiten.

Mit Kurzarbeit für weitere 5 600 droht die Geschäftsleitung.

Durch Kurzarbeit soll der Lohnanteil gekürzt werden. Das fällt zusammen mit dem Abbau von bis

jetzt 700 Arbeitskräften. Zahlreichen Fremdfirmen wurde gekündigt. Die Arbeit soll von BASF-Kollegen zusätzlich gemacht werden.
Auf dem Rücken der Belegschaft wollen die BASF-Kapitalisten ihre Profite sichern.

Die Ablehnung der Kurzarbeit ist ein richtiger Schritt. Die Kapitalisten sprechen von einem Präzedenzfall. Sie fürchten mit Recht, daß auch in anderen Firmen die Kollegen ihren Maßnahmen entgegentreten.

Bayer-Leverkusen

Ein Bayer-Arbeiter berichtet

Bei Bayer-Leverkusen müssen 22 000 Kollegen kurzarbeiten.

Der Kollege arbeitet für 1 300 DM monatlich in C 2.

Bei der Hitze ist es jetzt besonders hart, in den Schutzanzügen und Masken an den Kesseln zu arbeiten:

"Die haben ganz schön Profite gescheppert. Aber wir – die Arbeiter – sind am Arsch gefickt. Mit dem Zwangsurlaub haben sie uns zuerst reingelegt. Das war alles Manipulation. Die sagten: Besser vorgezogener Urlaub als kurzarbeiten. Jetzt ist der Urlaub weg, aber 15 000 Kollegen müssen kurzarbeiten.

Dabei kloppen die Kollegen in anderen Abteilungen Überstunden – zum Beispiel Foto und Pharma –; die arbeiten sogar samstags und sonntags.

Einige Sparten haben sie ins Ausland verlegt, zum Beispiel Kunstfasern nach Holland, Luxemburg usw. Jetzt wollen sie sogar in Indonesien einsteigen. Da sind die Arbeitskräfte billig. Aber wir müssen das ausbaden: In A 13 haben sie vier Kollegen entlassen, sogenannte 'Bummelanten'. Für die anderen heißt es dann: noch mehr reinhauen, sonst fliegst Du raus. In einer Abteilung haben sie drei kleine Mühlen rausgenommen, dafür kam eine große Mühle rein. Einer macht jetzt die Arbeit für zwanzig; das ist körperlich keine schwerere Arbeit, aber man muß sich gewaltig konzentrieren. Mit dem Kurzarbeitergeld haben sie uns beschissen. Alle Kollegen müssen 2 % von ihrer Jahresprämie abgeben. Das sollten aber die Kapitalisten bezahlen."

(aus KVZ- Ortsbeilage Leverkusen)

Röhm Betriebsrat` Kurzarbeit abgelehnt

Darmstadt. In seiner Sitzung am 7.7. lehnte der Röhm-Betriebsrat den Antrag der Geschäftsleitung auf Einführung von Kurzarbeit bei den Angestellten im Monat August ab.

Die Begründung für die Einführung der Kurzarbeit war die schlechte konjunkturelle Lage. Dem vorausgegangen war die Zurücknahme von ca. 80 geplanten Entlassungen im Produktionsbereich seitens der Geschäftsleitung, nachdem sich in der Belegschaft Protest gegen diese Maßnahme entwickelt hatte. Mit der einstimmigen Ablehnung der Kurzarbeit durch den Betriebsrat ist eine gute Grundlage für die Belegschaft geschaffen worden, weiter gegen die Rationalisierungsmaßnahmen der Geschäftsleitung vorzugehen.

Streiks und Demonstrationen

Mailänder

Demonstration gegen die Streichung aller übertariflichen Zulagen

Gings nach den Plänen des Inhabers der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bissingen bei Ludwigsburg, so würden allen ca. 250 Kollegen der Firma sämtliche übertariflichen Zulagen gestrichen.

Das hat Mailänder auf einer Betriebsversammlung angekündigt. Was das für die Kollegen bedeutet, ist leicht auszurechnen: Kürzung des Stundenlohns um bis zu 2 DM oder 320 DM netto monatlich. Leicht läßt sich auch feststellen, was Mailänder damit erreichen will: er sagte, die beste Verkaufsförderung bestehe in Kostensenkung. Zur Sanierung seiner Profite setzt er also den Hebel am Geldbeutel der Kollegen an.

Auf der Betriebsversammlung ließ er weiter verlauten, daß sich die Kapitalisten im Kreis Ludwigsburg einig seien, diese Maßnahmen in allen Betrieben vorzunehmen.

Einer müsse den Anfang machen, und das sei die Firma Mailänder. Offenbar soll dies der Auftakt sein für weitere Angriffe in vielen Ludwigsburger Betrieben auf den Lohn der Kollegen.

Zunächst hat er von den Kollegen verlangt, sie sollten auf ihren tariflich festgelegten Urlaub verzichten, dann könne die Kurzarbeit entfallen. Die Kollegen sind natürlich nicht darauf eingegangen.

Jetzt will Mailänder direkt an den Lohn der Kollegen und ab August sämtliche übertariflichen Lohn- und Gehaltsbestandteile streichen. Auf der Betriebsversammlung sagte er, er wolle dafür auf Kurzarbeit "verzichten".

Das, was er vorher durch die Kurzarbeit weniger Lohn auszahlte, das will er jetzt durch die Streichung der Zulagen sparen.

Protestdemonstration

Daß die Kollegen da nicht mitmachen, haben sie deutlich zu verstehen gegeben. Nach der Betriebsversammlung fand eine Protestversammlung statt, auf der als erster Schritt für Montag eine Demonstration gegen die geplante Streichung der betrieblichen Zulagen beschlossen wurde. In Flugblättern wurden die Kollegen anderer Betriebe und die Bevölkerung von Ludwigsburg und Bietigheim informiert.

Am 7. Juli versammelten sich morgens um 6 Uhr ca. 300 Kollegen vor dem Werkstor von Mailänder. Auf vielen Plakaten brachten sie zum Ausdruck, daß sie den Lohnraub nicht hinnehmen werden.

Auf Plakaten und Transparenten drückten Kollegen anderer Betriebe ihre Solidarität mit den Mailänder-Kollegen aus. Nach einer kurzen Rede formierte sich ein Demonstrationszug durch das Bietigheimer Industriegebiet.



Die Kollegen von Hüller sind solidarisch gegen Lohnraub

Diese Demonstration kann nur der erste Schritt sein im Kampf gegen den Lohnraub. Das wesentliche wird sein, daß die Arbeiter von Mailänder eine harte Front gegenüber dem Kapitalisten aufbauen, und daß sie unterstützt werden von ihren Kollegen in anderen Betrieben.

–Ortsgruppe Ludwigsburg–

Zunächst hat er von den Kollegen verlangt, sie sollten auf ihren tariflich festgelegten Urlaub verzichten, dann könne die Kurzarbeit entfallen. Die Kollegen sind natürlich nicht darauf eingegangen.

Jetzt will Mailänder direkt an den Lohn der Kollegen und ab August sämtliche übertariflichen Lohn- und Gehaltsbestandteile streichen. Auf

dustriegebiet.

Diese Demonstration kann nur der erste Schritt sein im Kampf gegen den Lohnraub. Das wesentliche wird sein, daß die Arbeiter von Mailänder eine harte Front gegenüber dem Kapitalisten aufbauen, und daß sie unterstützt werden von ihren Kollegen in anderen Betrieben.

–Ortsgruppe Ludwigsburg–

Blaupunkt Herne



Herner Blaupunktarbeiterinnen im Streik

Herne. Gegen den Abbau von Arbeitsplätzen legte am Dienstag, dem 1. Juli, die Mittagsschicht des Herner Blaupunktwerkes die Arbeit nieder.

Vorausgegangen war dem Streik eine Vertrauensleutekonferenz am Montag, auf der die Personalplanung für das zweite Halbjahr 1975 besprochen wurde. Bekannt wurde, daß Teile der Belegschaft ihre gewohnte Arbeit verlieren sollen und in anderen Produktionszweigen eingesetzt werden sollen.

Als Grund für die Veränderungen wurde angegeben: Im Herner Werk werden bisher hauptsächlich Filter und Zubehör für Autoradios hergestellt. Durch eine neue Technologie im Filterbau würde dieser Zweig stark an Bedeutung verlieren. Die Betriebsleitung hatte, als seinerzeit bekannt wurde, daß der Filterbau verändert wird, der Herner Belegschaft eine teilweise Verlagerung der Produktion von Hildesheim nach Herne angekündigt.

So sollte der Zwiespalt zwischen die Hildesheimer und die Herner Belegschaft getragen werden. Die eine Belegschaft sollte sich darüber beklagen, daß bei der anderen nicht abgebaut würde. Die Geschäftsleitung würde dabei stehen und sich ins Fäustchen lachen. Wenn sich die verschiedenen Belegschaften streiten, wo abgebaut werden soll, können die Kapitalisten ihre Pläne ungestört verwirklichen.

In den verschiedenen Städten, z. B. Herne, Hildesheim, Landau wurden im vergangenen Jahr mehrere Hundert Kollegen entlassen.

Demnächst sollen in Herne wieder größere Entlassungen ins Haus stehen.

Die streikenden Kolleginnen und Kollegen haben die Betriebsleitung aufgefordert, daß sie offenlegen, was in Zukunft mit dem Herner Werk geplant ist.

Weniger Arbeiter und Angestellte in der Industrie

In der Industrie wurde die Zahl der Beschäftigten bis April um 6,4% gegenüber dem Vorjahr abgebaut. Insgesamt arbeiten in der Industrie jetzt 7,7 Millionen, am 30. April 1974 noch 8,2 Millionen. Der Abbau der Industriearbeiter betrug 7,9 Prozent.

Eine stark verringerte Zahl von Industriearbeitern produziert mehr als im Jahr zuvor, denn die Produktion pro Arbeitstag sank nur um 3 % bei einem Abbau der Beschäftigten um 6,4 %.

Lebenshaltungskosten

Die Lebenshaltungskosten in Nordrhein-Westfalen sind um 6,6 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die Lohn- und Gehaltszahlungen insgesamt werden nach Schätzungen der 'Frankfurter Rundschau', Freitag, den 4.7.1975, um etwa 5 % steigen.

Fusionen und Pleiten

1974 wurden 318 Fusionen geschlossen, die höchste Zahl seit 1966.

7 700 Unternehmen gingen pleite. 1975 stiegen die Pleiten in den ersten Monaten um weitere 30 % im Verhältnise zur selben Zeit 1974.

Kurzarbeit bei Klöckner-Georgsmarienhütte

Osnabrück. Bei Klöckner-Georgsmarienhütte wird vom 14. bis 19. Juli Kurzarbeit durchgeführt.

Klöckner-Georgsmarienhütte ist im Landkreis Osnabrück der größte Betrieb. Dort arbeiten 4 300 Arbeiter und Angestellte. Von der Kurzarbeit selber sind 3 000 Kollegen betroffen.

Die Geschäftsleitung rechnet damit, daß im August ebenfalls Kurzarbeit durchgeführt wird. Als Grund wurde angegeben, daß die Stahlhochkonjunktur beendet ist und daß der Export in den letzten Monaten um 50 % zurückgegangen ist.

In den Darstellungen von der Geschäftsleitung und vom Betriebsrat wird gesagt, daß Kurzarbeit besser sei als Entlassungen und insgesamt damit zu rechnen sei, daß auch langfristig Kollegen entlassen werden.

Die Kollegen von Kalldorfer Mannesmann-Demag

ist.

In den Darstellungen von der Geschäftsleitung und vom Betriebsrat wird gesagt, daß Kurzarbeit besser sei als Entlassungen und insgesamt damit zu rechnen sei, daß auch langfristig Kollegen entlassen werden.

Die Kollegen von Kalldorfer

Die Kollegen von Kalldorfer Mannesmann-Demag kämpfen weiter

Am 12. Juli wird die Belegschaft des Kalldorfer Werkes eine Demonstration in Düsseldorf vor der Hauptverwaltung des Konzerns durchführen. Diese Demonstration wird auf Beschluß der Belegschaft durchgeführt. Zu dieser Demonstration wird durch den DGB mobilisiert im Bezirk Düsseldorf.

"Gegen die Totengräber von Germania Zement"

Hannover. Im Miesburger Zementwerk Germania bei Hannover soll zum Jahresende die Klinkerbrennerei stillgelegt werden. 89 Arbeitsplätze sind unmittelbar bedroht. Aber es geht um mehr.

Vor Jahren wurde die Germania von den Zementwerken Hannoversche Portland Zement (HPC) und der Teutonia Miesburger Portland Zementwerk zu je 50 % übernommen. Die Teutonia soll jetzt die Klinkerproduktion allein übernehmen.

Gegen diese Maßnahme haben die Arbeiter bisher den Kampf für einen ausreichenden Sozialplan bei den Entlassungen aufgenommen. Unter anderem haben sie dazu in Miesburg und Umgebung Flugblätter verteilt und Plakate geklebt. Die Kapitalisten wollen einen Sozialplan durchsetzen, der sie so wenig wie möglich kostet.

Als am 20. Juni Schlichtungsverhandlungen um den Sozialplan in der Verwaltung bei Germania weitergeführt wurden, schloß sich die Frühschicht unter Transparenten und Sprechchören in einer Demonstration gegen die Kapitalistenvertreter vor den Türen der Verwaltung zusammen: "Gegen die Totengräber von Germania Zement!" Ein Almosen wurde abgelehnt.

G., U., Hannover–

Städtische Krankenanstalten Mannheim

ÖTV-Delegiertenwahlen in Mannheim

Mannheim. Am Montag und Dienstag vergangener Woche haben bei uns in den Städtischen Krankenanstalten die Wahlen für die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV stattgefunden.

Bei den Arbeitern, die von 8 Kandidaten 4 Delegierte wählten, lag die Wahlbeteiligung zwischen 60 – 70 %, bei den Angestellten, die von 15 Kandidaten 6 Delegierte wählten, nahm nur weniger als die Hälfte der Kollegen teil.

Die Betriebszelle hatte in der Betriebszeitung und in Diskussionen im Betrieb die wichtigsten Forderungen der Kollegen genannt. Die Forderungen waren unter anderem: Kein Abbau des Personals, für Lohnforderungen in Mark und Pfennig für alle gleich; 6 Wochen Urlaub, das Urlaubsgeld muß durchgesetzt werden; freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb; gegen Radikalenerlaß und für das Streikrecht im öffentlichen Dienst; weg mit den gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Diese Forderungen wurden noch ergänzt und auf der Mitgliederversammlung kurz vor der Wahl stellten sich aus dem Angestelltenbereich 4 Kollegen auf ein Programm, das diese Forderungen im wesentlichen beinhaltete. Ein Teil der anderen Kandidaten stimmte zwar den Forderungen zum großen Teil zu, doch war die Zeit zu kurz, sie dazu zu bewegen, sich offiziell auf das Programm zu stellen.

Die OTV-Kreisverwaltung tat kaum etwas, um die Namen der Kandidaten, die Aufgaben der Delegierten bekannt zu machen, und so läßt sich auch die relativ geringe Wahlbeteiligung erklären. Wie wurde gewählt?

Während bei den Arbeitern im wesentlichen wieder die alten Delegierten gewählt wurden, einfach weil auch echte Alternativen dazu fehlten, gab es bei den Angestellten einige Änderungen. Zwei der 4 Kollegen mit Programm wurden gewählt, die anderen beiden sind Ersatzdelegierte.

Trotz diesem relativ guten Ergebnis hat die Zelle nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Nur in einigen wenigen Abteilungen und in einigen Ausbildungskursen wurde das Programm und die Kandidaten diskutiert. Es blieben auch nur wenige Tage Zeit.

Die meisten Stimmen bekam ein fortschrittlicher Sozialdemokrat, dann folgte der Personalratsvorsitzende und dann zwei Abteilungsleiter, die ihre Wahl mehr ihrer Bekanntheit zu verdanken haben als ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten im Interesse der Kollegen. Dann folgten die 4 Kandidaten des Programms.

Daß drei der 6 Delegierten bei den Angestellten fortschrittliche Kollegen sind, ist ein guter Erfolg. Die Programmpunkte, die viele Kollegen für richtig halten, werden bei den kommenden Vertrauensleutewahlen noch stärker in die Diskussion gebracht werden müssen. Dann wird klar werden, wie sich jeder Kandidat dazu stellt, dann werden wir der Durchsetzung dieser Forderungen ein Stück näher kommen.

– k.h., Betriebszelle Städtische Krankenanstalten Mannheim

Die Frau eines VW-Arbeiters zum Paragraf 218:

„Man kann ja aufpassen"? – Trotz Pille schwanger

Wie sieht die wirtschaftliche Situation bei Euch aus, könnt Ihr ein drittes Kind überhaupt verkraften?

Herr A.: Bei 1 500 DM netto, bei monatlichen Abgaben, Miete, Heizung, Strom, Ratenzahlung verbleiben mir am Ende 600 bis 700 DM zur Verpflegung und für Kleidung. Ich könnte wirklich eine größere Wohnung gebrauchen, habe mich auch schon darum bemüht, aber man sagte mir, daß unter 450 Mark wirklich nichts zu machen wäre. Das kann ich mir bei meinen wirtschaftlichen Verhältnissen aber nicht leisten.

Ihr erwartet jetzt trotzdem ein drittes Kind. Aus welchen Gründen?

Frau A.: Bei regelmäßiger Einnahme der Pille mußte ich mich eines Abends übergeben und hatte auch starken Durchfall. Natürlich hatten wir nicht im Traum daran gedacht, daß ich schwanger werden würde, weil ich die Pille weiterhin regelmäßig eingenommen hatte. Am Ende des Monats war mir jedoch auf einmal immer komisch und ich sagte zu meinen Mann: 'Mensch Du, ich glaube, ich bin schwanger, mir ist immer so komisch, ich muß zum Arzt'. Als ich beim Arzt war, sagte ich ihm, daß meine Regel ausgeblieben ist. Er fragte mich, welche Pille ich nehme; als ich ihm die Marke nannte, meinte er, es wäre ausgeschlossen, daß ich schwanger bin.

Von dem Erbrechen wußte er noch nichts?

Frau A.: Nein, wußte er nicht. Er hat mir dann noch für einen Monat weiter die Pille verschrieben, danach sollte ich noch einmal hinkommen. Inzwischen sollte aber meine Regel durchgekommen sein. Nach einem Monat bin ich dann nochmal hin und sagte ihm, daß immer noch nichts wäre. Er meinte nur: 'Das kann gar nicht sein" und gab mir eine Spritze, wonach meine Regel noch am selben Tag eintreten sollte. Danach bekam ich dann noch Tabletten verschrieben für sechs Tage, jeden Tag eine. Jetzt sollte meine Regel nach sechs bis acht Tagen einsetzen. Es war aber wieder nichts. Als ich dann wieder zum Arzt ging, mußte ich eine Urinprobe abgeben, um eine Schwangerschaft festzustellen. Inzwischen waren schon zwei Monate vergangen. Dann bekam ich das Ergebnis vom Test, es fiel positiv aus. Daraufhin bekam ich beim Arzt einen Schreikrampf und er fragte mich, ob es für mich schwer sei, noch ein weiteres Kind zu haben, weil unsere Wohnung ja auch viel zu klein ist. Außerdem, daß ich es nervlich nicht verkraften würde, weil ich ja dazu noch gehbehindert bin.

Hat der Arzt nicht auch vermutet, daß durch die dauernde Spritzen- und Tabletteneinnahme das Kind vielleicht geschädigt sein könnte?

Frau A.: Ja, das kommt noch hinzu. Aber an diesem Tag wußte ich es noch nicht. Er fragte mich dann, ob ich mich übergeben hätte usw. Als er sah, daß ich völlig am Boden zerstört war, riet er mir zu einem Schwangerschaftsabbruch. Ich sollte mich allerdings mit meinem Mann absprechen und dann wiederkommen. Jetzt wurde alles in die Wege geleitet. Das dauerte jedoch wieder acht bis zehn Tage, bis wir Bescheid bekamen. Bei dem einen Arzt, es war der Nervenarzt, wurde mir die Unterbrechung sofort genehmigt. Er sagte: 'Mal sehen, was sich machen läßt', jedoch alleine könnte er nicht entscheiden, ich müßte noch einmal zum Frauenarzt. Am gleichen Tag noch ging ich dort hin.

Die Ärztekammer hat Euch also an zwei Ärzte überwiesen. Zwei Sachverständige oder wie?

Frau A.: Nein, an zwei Fachärzte, Nervenarzt und Frauenarzt. Was ich schon wieder beim Frauenarzt sollte, wußte ich nicht. Dort wurde ich dann ganz gründlich untersucht.

Herr A.: Ich nehme an, daß der Nervenarzt ihren seelischen Zustand überprüfen sollte und der Frauenarzt sie vom gynäkologischen Standpunkt.

Frau A.: Der Nervenarzt stellte aber gleich fest, daß ich nervlich nicht in der Lage bin, noch ein drittes Kind groß zu kriegen. Er stellte mir dann noch verschiedene Fragen über meine Ehe usw., aber er allein konnte nicht entscheiden. Die Untersuchung anschließend beim Frauenarzt dauerte eine Dreiviertelstunde, bis mir der Arzt dann sagte, daß ich inzwischen schon einen Monat weiter sein könnte.

Hat der Arzt das mit Sicherheit feststellen können?

Frau A.: Ja, er hat es mit Sicherheit gesagt. Bei der anschließenden Unterredung sagte er mir dann, daß meine Gebärmutter schon dermaßen groß wäre, daß ich wohl schon im vierten Monat wäre. Ich sagte ihm, daß das doch nicht sein könne und verwies ihn auf meine letzte Regelblutung. Er meinte aber, es wäre jetzt schon zu spät, bei einer Unterbrechung wüßte man jetzt nicht, ob es gut geht. So 50 zu 50 würde die Chance stehen. Er hat mich dann dermaßen beredet, daß ich dann sagte, ich würde dann eben das Kind austragen, weil ich nicht wußte, welche Art von Komplikationen bei einer Unterbrechung eintreten würden, und wenn man nicht weiß, was dann passiert ? Na ja, also habe ich das Kind behalten. Als ich dann wieder zu meinem Frauenarzt ging, und der mich ganz groß ansieht: 'Frau A., was ist denn mit Ihnen los, haben Sie es sich überlegt und wollen das Kind behalten?' Er konnte es sich nicht erklären, wie es dazu kam, und es wäre doch immer ein Unterschied, zu welchem Gutachter man ginge. Aber er könnte jetzt auch nichts mehr machen. Daraufhin mußte ich mich ja damit abfinden, und da es jetzt schon bald zum Schluß geht, muß ich mich ja schon auf das Baby freuen, was bleibt mir anderes übrig. Das Kind kann ja nichts dafür, daß die Ärzte es nicht erlaubt haben. Ich kann es ja später auch nicht verstoßen, nur weil ich es nicht gewollt habe.

Wenn es den § 218 nun nicht geben würde und die Abtreibung erlaubt wäre, hättet Ihr dann gleich eine Schwangerschaftsunterbrechung machen lassen, nachdem Ihr davon erfahren habt?

Frau A.: Ich hätte es machen lassen, weil es vor allem eine nervliche Belastung mehr für mich ist. Das finanzielle Problem kommt noch hinzu. Außerdem, wenn man schon zwei quicklebendige Kinder hat, gesunde Kinder, sollte man schon froh sein. Außerdem bekomme ich vom Staat keinen Pfennig dazu; ich habe es schon mehrmals beantragt, aber mein Mann verdient noch zu viel. Das einzige, was ich kriege, sind meine Schuhe, jedes Jahr zwei Paar.

Es geht jetzt um Deine Gehbehinderung?

Frau A.: Ja, das kommt auch noch dazu. Bis auf die Schuhe kriege ich keinen Pfennig, und die kriege ich nur, weil mein Mann sich dahinterklemmt. Von selbst schenken die einem nichts. Wir werden noch einmal versuchen, einen Antrag auf Unterstützung zu stellen, aber erst, wenn wir die neue Wohnung haben. Schließlich kommen wir dann nicht mit einer Miete unter 400 DM weg, ganz zu schweigen von Strom und Heizung. Für die größere Wohnung sind es im Monat bis zu 80 DM mehr Belastung. Eine Lohnerhöhung wird es in Zukunft auch nicht geben für meinen Mann (VW).

Ihr habt nun selbst die Erfahrung mit dem § 218 gemacht und kennt auch die Auseinandersetzung darum. Wie steht Ihr jetzt zu den Forderungen und den laufenden Aktionen: Weg mit dem § 218, das Volk selber soll entscheiden, Volksentscheid?

Frau A.: Ich bin der Meinung, daß man es bei Frauen, die schon fünf Kinder haben, auf alle Fälle erlauben müßte, ebenso bei finanziellen Schwierigkeiten oder wie bei mir, wo ich gehbehindert bin und mir die zwei Kinder schon zu schaffen machen. Wenn der Paragraf abgeschafft wäre, würden auch längst nicht so viele Frauen es unter der Hand machen lassen. Sie brauchten sich auch dann keine Sorgen mehr zu machen, ob alles gut geht oder eben die finanzielle Seite.

Herr A.: Die Familien müßten selber entscheiden.

Frau A.: Ja, das finde ich auch.

Redakteur wegen Gewerkschaftstätigkeit entlassen

"Stuttgarter Zeitung trennt sich von Dr. Richert"

So hieß es vornehm in der Ausgabe vom 1. Juli der 'Stuttgarter Zeitung', um die Kündigung des Redakteurs und Ressortleiters der Innenpolitik der 'Stuttgarter Zeitung', Fritz Richert, den Lesern bekannt zu machen.

Richert war zum Bundesvorsitzenden des Deutschen Journalistenverbandes gewählt worden. Zuvor war er der Geschäftsleitung unbequem geworden, weil er sich gegen die Pressekonzentration und gegen den Abbau von Arbeitsplätzen öffentlich geäußert hatte.

Richert hatte und hat keineswegs vor, dem Standpunkt der Arbeiterklasse in der Zeitung Geltung zu verschaffen. Seine Stellung zur Arbeiterklasse kommt u.a. in seiner Organisierung zum Ausdruck. Acht Jahre war er Vorsitzender des Südwestdeutschen Journalisten-Verbandes, und vor einigen Monaten wurde er zum Bundesvorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) gewählt.

Der Deutsche Journalisten-Verband ist eine ständische Vereinigung von Journalisten. Daneben besteht die 'Deutsche Journalisten Union' (DJU), die Teil der IG Druck und Papier ist. An sich können die Kapitalisten sehr zufrieden sein mit Organisationen wie der DJV und Menschen, die nichts mit der Organisation der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften zu tun haben wollen. Nicht zuletzt deshalb ist auch dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger die ganze Affäre so unangenehm, weil er den Bruch partnerschaftlicher Beziehungen befürchtet. Dazu gibt es im konkreten Fall Anlaß genug, trotz der distanzierten Haltung Richerts zur Gewerkschaftsbewegung: Der Konzentrationsprozeß im Pressewesen schneidet tief in die Interessen der lohnabhängigen Journalisten ein.

Die Kooperation zwischen den Zeitungen im Südwestdeutschen Raum ergreift mehr und mehr auch die redaktionellen Teile der Zeitungen. Die 'Stuttgarter Nachrichten' liefern vielen regionalen Zeitungen den 'Mantel' – die regionalen Zeitungen behalten nur noch die örtliche Berichterstättung. Die 'Stuttgarter Nachrichten' übernehmen regelmäßig die Reisebeilage der 'Stuttgarter Zeitung'. Korrespondentenberichte werden gleichzeitig für die 'Stuttgarter Zeitung', die 'Rheinpfalz' und 'HAZ' (Hannover) erstellt.

Dieser Konzentrationsprozeß bringt viele Redakteure in Bedrängnis, weil sie stärker in Konkurrenz zueinander geraten. Voluntärsplätze (zur Vollendung der journalistischen Ausbildung) sind nur noch in Ausnahmefällen zu bekommen; bei der 'Stuttgarter Zeitung' und den 'Stuttgarter Nachrichten' besteht Einstellungsstopp. Plätze von Redakteuren, die kündigen, werden oft nicht wieder aufgefüllt. Dafür steigt die Zahl der 'freien Mitarbeiter', die nur die gedruckte (nicht etwa die gelieferte) Zeile bezahlt bekommen. Der Prozeß der Zeitungskonzentration ist keineswegs beendet; er wird auch weiterhin die journalistischen und technischen Abteilungen unter Druck setzen.

Dieser wachsende Druck bringt aber nicht nur Konkurrenz unter den Lohnabhängigen hervor Er fördert auch die Einsicht in die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Diese Verhältnisse erzwangen, daß auch die Journalisten im 'Deutschen Journalisten-Verband' um ihrer Interessen willen Protest gegen den Konzentrationsprozeß im Zeitungswesen erhoben. Fritz Richert ist als Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes Exponent dieses Protestes. Auf einer gemeinsamen Kundgebung der IG Druck/Deutschen Journalisten Union und dem Deutschen Journalisten-Verband trat er als Redner gegen die Pressekonzentration auf. Auch in einer Fernsehdiskussion wandte er sich gegen die Auffassungen seines Arbeitgebers, des Geschäftsführers Kurz.

"Uns lag alles andere am Herzen, als öffentliches Aufsehen zu erregen" (Stuttgarter Zeitung, 5.7.75).

So die Aussage der Geschäftsleitung, die sich darüber beklagt, daß ihre Praktiken zur Einschüchterung von Journalisten in die Öffentlichkeit getragen und diskutiert werden.

Als die Arbeiter in den technischen Abteilungen der Turmhaus-Druckerei von der Kündigung Richerts erfuhren, machten sie aus der Kündigung keinen Hehl.

Auf der Betriebsversammlung der 'Tuha' würde im Namen der Vertrauensleute unter starkem Beifall per Resolution die sofortige Wiedereinstellung Richerts gefordert. Einhellige Meinung der Belegschaft der 'Stuttgarter Zeitung' und der Turmhaus-Druckerei ist, daß diese Kündigung das Ziel hat, die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb durch Einschüchterung zurückzudrängen.

Es geht aber noch um etwas anderes: Es geht der Verlagsleitung darum, sich solche Zeitungsschreiber frei wählen zu können, die unter allen Umständen für ihre Interessen als Kapitalisten eintreten. Das machte die Verlagsleitung in ihrer Stellungnahme vom 5. Juli deutlich: *"Wie steht es um diese Unabhängigkeit, wenn ein leitender Redakteur dieses Hauses den Vorsitz einer Gewerkschaft übernimmt, wenn er auf zwei Hochzeiten tanzt: Einmal als Spitzenfunktionär eines Verbandes, der seinen Sitz in Bonn hat, und dann wieder als Ressortleiter Innenpolitik der 'Stuttgarter Zeitung', des Ressorts also, für das unter anderem auch die Gewerkschaften und die Medienpolitik Gegenstand kritischer Betrachtung sein müssen?* " Die Redakteure sollen also "unabhängig von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften" sein und nur abhängig von dem Kapitalisten, der sie einstellt. Das ist die Vorstellung der Kapitalisten von Pressefreiheit. Diese Abhängigkeit vom Kapitalisten wird direkt zur Zensur verwendet. Der Chefredakteur Fehrenbach schreibt zwar: *"Niemals in den vergangenen Jahren hat es auch nur den geringsten Einfluß der Verlagsleitung auf die Meinungsbildung der Redaktion gegeben. Sollten wir es zulassen, daß diese unabdingbaren Spielregeln von außen willkürlich gebrochen werden können?* " Indes ist bei der 'Stuttgarter Zeitung' bekannt, daß derselbe Chefredakteur Fehrenbach als Wachhund seines Herrn in der Verlagsleitung sich persönlich in der Textmettage bemühte, einen bereits gesetzten und in die Seite montierten Bericht über eine Betriebsversammlung anläßlich der Entlassungen bei der 'Deutschen Verlagsanstalt' im letzten Herbst wieder herauszuholen. Ebenso maßregelte er einen Redakteur, (durch die Versetzung von der Lokal- in die Kreisredaktion), weil dieser über die Versammlung der IG Druck/DJU/DJV am 11. Januar 1975 berichtet hatte.

Die Empörung über die Maßnahmen der Geschäftsleitung fand unter den Journalisten nur in der Form von Protesten Widerhall. Die Konferenz am Dienstag, den 1. Juli, verurteilte bei vier Gegenstimmen das Vorgehen der Geschäftsleitung. Zu Maßnahmen konnten sich die Journalisten nicht entschließen – dafür fehlt die Geschlossenheit unter ihnen, dazu hängen sie noch zu sehr am 'Betriebswohl' und an ihren Karrierewünschen. Die fehlende Erfahrung in der Herstellung einer gemeinsamen betrieblichen Kampffront unter den Journalisten führte dazu, daß die Auseinandersetzung gegenwärtig auf Polemiken in der Presse, und auf die Entscheidungen von Arbeits- und Verwaltungsgericht reduziert und verlagert wurde.

– w, Ortsgruppe Stuttgart/Red. –

Springer: Weiter gegen Entlassungen

Darmstadt. Mit einer Demonstration und Ständen in der Stadt wehrten sich die Drucker bei Springer gegen geplante 150 Entlassungen.

Eine weitere Demonstration forderten 120 Kollegen auf der IG Druck-Mitgliederversammlung am 3. Juli. Sie soll mit Unterstützung der IG Druck auf weitere Betriebe ausgedehnt werden.

Für den Betrieb sprachen sich die Kollegen einstimmig für einen Dienst nach Vorschrift aus

Es wurde vereinbart, daß während der halbstündigen unbezahlten Pause immer eine Maschinenbesatzung in die Kantine geht und die Maschinen "runtergefahren" werden. Jahrelang wurde nämlich während der Schichten ohne Unterlaß durchgedruckt und die Kollegen gingen im fliegenden Wechsel zur Pause.

– d./Red. –

Die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung in der Lehrlingsausbildung

Schlechter und einseitiger wird ausgebildet

Die zunehmende Rationalisierung und Automatisierung der kapitalistischen Produktion, die nicht verläuft nach den Interessen der Arbeiter und Angestellten, sondern vorgenommen wird unter dem Gesichtspunkt der Steigerung des Profits, schlägt sich auch in der Ausbildung nieder.

Beispielhaft kann man das sehen an der Entwicklung der Ausbildung in der chemischen Industrie.

Ausbildung bei Röhm

Wenn rationalisiert und automatisiert und dies vorgenommen wird unter dem Gesichtspunkt des Profits bedeutet das nicht Arbeitserleichterung, sondern Zerlegung des Arbeitsgangs in viele einzelne Arbeitsgänge.

Zum Verrichten dieser einzelnen Arbeitsgänge ist nicht notwendig der Überblick über den Produktionsprozeß für den einzelnen Arbeiter, sondern ist notwendig die Beherrschung dieses einzelnen Arbeitsganges und möglicherweise noch, daß dieser Arbeitsgang auch in seinem Hintergrund verstanden wird.

Die Wirkung, die diese Anforderung auf die Ausbildung hat, wird bei den Kollegen in dem mittlerweile gängigen Satz "Die Stifte werden immer dümmer" zusammengefaßt.

Die Firma Röhm, die eine chemische Fabrik ist, bildet vorwiegend Arbeitskräfte für die Arbeit in den Labors aus.

Waren es vor einigen Jahren noch vorwiegend Chemielaboranten, die eine 3 1/2-jährige Ausbildung hatten, so ist die Firma mittlerweile dazu übergegangen, mehr und mehr Chemiejungwerker auszubilden. Dies ist ein Beruf, der ähnliche Fähigkeiten wie die des Chemielaboranten erfordert, die Ausbildung ist jedoch eineinhalb Jahre kürzer und weniger fundiert.

Den Vorteil, den die Kapitalisten haben, ist der, daß sie für die Arbeitskraft weniger bezahlen müssen.

Die zunehmende Einstellung von Jugendlichen zur Ausbildung als Jungwerker statt Chemielaborant ist das eine Symptom dafür, daß die Ausbildung schlechter und einseitiger wird. Das andere Symptom ist das, daß die Ausbildung der Chemielaboranten in zunehmendem Maße darauf ausgerichtet wird, nicht mehr den Hintergrund der Arbeitsprozesse zu vermitteln, sondern so auszubilden, daß später nur ein bestimmter Arbeitsgang verrichtet werden kann.

Diese Entwicklung drückt sich bei beiden Ausbildungsgängen in der Veränderung der Prüfungsanforderungen aus, die von den IHK gestellt werden. Die Veränderungen der Prüfungsordnungen sind dergestalt, daß in den Prüfungen dazu übergegangen wird, daß in raschem Tempo programmierte Fragen angekreuzt werden müssen.

Die Fragen sind so, daß ein Lehrling nur bestimmte Formeln getrimmt haben muß, Verständnis und Überblick über den Produktionsprozeß sind nicht erwünscht und werden in der Ausbildung auch nicht gelernt.

Wie wirkt sich das auf die betriebliche Ausbildung aus?

Zunehmend wird der Werksunterricht programmiert, zunehmend wird auch Unterricht in der Berufsschule programmiert. Weiterhin führt die zunehmende Arbeitshetze im Betrieb dazu, daß die Lehrlinge in den Labors keine großen Möglichkeiten haben, ihre Arbeitskraft auszubilden. Denn wenn die Kollegen in den einzelnen Abteilungen stärker zur Arbeit angetrieben werden, haben sie nicht mehr groß Zeit, Ausbildung mit dem Lehrling zu betreiben.

Sie sind entweder dazu gezwungen, ihn für Hilfsarbeiten heranzuziehen, oder ihm zu sagen, daß er ins Buch gucken soll, um sich auszubilden, weil sie keine Zeit haben, sich mit ihm zu beschäftigen.

So ist es durchaus anzutreffen, daß man 3 Monate (solange dauert der Einsatz in den einzelnen Abteilungen) denselben Arbeitsgang macht oder tatsächlich nur herumsitzt und ins Buch guckt – was nicht gerade dazu beiträgt, die handwerklichen Fähigkeiten zu steigern.

Oder was bei dem kaufmännischen Lehrling oft vorkommt: man lernt mal das ABC dadurch, daß man monatelang Schriftverkehr nach dem Alphabet ablegt.

Zufrieden sind die Lehrlinge nicht mit der Ausbildung

Schon durch die Ausbildung bekommt man einen guten Eindruck dessen, was später kommen wird. Nach der Ausbildung, wo man sich keine Kenntnisse über den Produktionsprozeß hat anschaffen können, wird man in die Lage kommen, stupide Arbeiten zu verrichten. Die Entwicklung ist also die, daß auch die früheren Fachkräfte lediglich noch Anhänger der Maschinen sind. Zudem kann man schnell feststellen, daß die Früchte dieser Arbeit letzten Endes nur den Eigentümern der Fabrik zufließen. Den Interessen der Kapitalisten nach der Ausbildung möglichst billiger Arbeitskraft steht gegenüber das Interesse der Jugendlichen nach möglichst umfassender Ausbildung, die sie in die Lage versetzt, die Produktion zu überblicken und die Fähigkeit zu erwerben, sie zu beherrschen.

Bei diesem gegensätzlichen Interesse von Jugendlichen und Kapitalisten ist es kein Wunder, daß es zu Reibereien und zu Auseinandersetzungen kommt. Gegen die zunehmende Einstellung von Chemiejungwerkern, also gegen die Verkürzung der Ausbildung, hat die Jugendvertretung von Röhm bei ihrer Wahl die Forderung nach Aufstockung aller Jungwerker nach Wunsch gestellt, wenn diese weiter ausgebildet werden wollen. Diese Forderung kam zum Tragen, als vor einigen Monaten ein Jungwerker Lehrjahre auslernte, und die meisten dieser Kollegen weiter ausgebildet werden wollten.

Die Geschäftsleitung hat dies abgelehnt und mittlerweile die Jungwerker an Arbeitsplätze eingesetzt, die früher zum großen Teil von Laboranten besetzt wurden.

In einigen Fällen genügt die Ausbildung als Jungwerker, um die Anforderungen dieses Arbeitsplatzes zu erfüllen, in einigen genügt sie nicht. Nach wie vor steht die Forderung nach Aufstockung. Durchgesetzt kann sie nur dadurch werden, daß über die Reihen der direkt Betroffenen hinaus diese Forderung von der Belegschaft gegenüber der Geschäftsleitung vertreten wird. Dazu sind die Voraussetzungen gut. So haben sich die Betriebsräte und Jugendvertreter durch Besuche am Arbeitsplatz der Kollegen über die Bedingungen, Anforderungen und Bezahlung der Kollegen informiert - und es stellt sich heraus, daß auch unter den älteren Kollegen die Notwendigkeit dieser Forderung verankert werden kann.

Ein weiterer Schritt ist der Kampf zur Verbesserung der Ausbildung in den einzelnen Abteilungen.

Auf der letzten Jugendversammlung wurde dazu die Geschäftsleitung aufgefordert, eine Liste der Kollegen zur Verfügung zu stellen, die in den Abteilungen für die Ausbildung der Lehrlinge verantwortlich sind.

Die Geschäftsleitung ist offensichtlich an einer wunden Stelle getroffen, weigert sich diese Listen herauszurücken.

Ziel muß sein, durchzusetzen, und das ist von den Jugendlichen auch schon gefordert worden, daß in jeder Abteilung ein Kollege einen Teil seiner Zeit freigestellt wird, um sich um die Ausbildung zu kümmern und dem Lehrling Kenntnisse beizubringen.

M. Darmstadt



Frankfurt. Um auf die Gefährdung der auf dem Hessenplatz spielenden Kinder durch den Straßenverkehr – fast täglich ereignen sich hier Unfälle – aufmerksam zu machen, führten Betreuer und Kinder der "Spielplatzaktion" eine symbolische Sperrung dieser Straße durch. Nachdem die Sperrung bereits längere Zeit aufgehoben worden war, rückte ein Aufgebot von ca. 20 bis 25 Polizisten mit einem scharfen Hund an. Zwei zuvor erschienene Polizeibeamte waren beim Versuch, das Seil zu entfernen, den im Tauziehen geübten Kindern unterlegen. Ohne daß ein Grund bestanden hätte, ging die Polizei mit dem Kampfgas "Chemical Mace" gegen die diskutierenden Kinder und Erwachsenen vor. Mindestens 16 Kinder wurden dabei getroffen und verletzt. In ersten Stellungnahmen haben sich die Belegschaften verschiedener "Spielplatzaktionen" mit den Betreuern des Hessenplatzes solidarisiert.

Zunehmende Verfolgung türkischer Arbeiter

Ständige Schikanen der Kapitalisten und der Polizei gegenüber türkischen Arbeitern und dem türkischen Arbeiterverein

Darmstadt. In den letzten Nummern der KVZ ist berichtet worden über den Streik der Arbeiter von Dynamit Nobel, der Zerschlagung dieses Streiks durch die Polizei und die Abschiebung von fünf türkischen Arbeitern.

Der Staatsapparat geht auch in anderen Städten mit schärferen Maßnahmen gegen türkische Arbeiter vor. Jetzt in der Krise der Kapitalisten kommt es ihm darauf an, alle Möglichkeiten der Spaltung zwischen den Arbeitern zu nutzen und vor allen Dingen ausländische Arbeiter, die den Kampf gegen ihre Ausbeuter aufgenommen haben, abzuschieben. So waren denn auch in Darmstadt viele Türken die ersten, die von Entlassungen betroffen waren.

Die türkischen Arbeiter in Darmstadt und Umgebung haben schon Anfang des Jahres begonnen, den Widerstand gegen die Folgen der kapitalistischen Krise und die Folgen der Arbeitslosigkeit aufzunehmen. Im Januar demonstrierten 300 Türken gegen Rationalisierungen und Arbeitslosigkeit. Aufgerufen hatte zu dieser Demonstration der Türkische Arbeiterverein von Darmstadt und Umgebung.

Auch gegen Angriffe des Staatsapparates haben die Türken gelernt sich zu wehren. So organisierten sie vor ca. einem Jahr eine öffentliche Kampagne gegen die von den deutschen Ausländerbehörden geplante Ausweisung des ehemaligen Vorsitzenden des Türkischen Arbeitervereins in Darmstadt, Vahap Aslan, mit einer abschließenden Demonstration, an der sich etwa 400 Türken beteiligten und etwa 100 deutsche Kollegen.

Die Ausweisung konnte verhindert werden.

Dieser Umstand ist sowohl den einzelnen Kapitalisten als auch dem Staatsapparat nicht verborgen geblieben und beide beginnen Maßnahmen zu organisieren:

Die einzelnen Kapitalisten entlassen ihnen nicht genehme türkische Arbeiter.

Die Chemiegesellschaft Gundershausen hat Anfang Juni einen türkischen Arbeiter, der Anfang des Jahres in den Betriebsrat gewählt wurde, gekündigt.

Begründung: Der Kollege hat von seinem Arzt bestätigt bekommen, daß er aus gesundheitlichen Gründen die derzeitige Arbeit nicht verrichten kann. Die Geschäftsleitung hat sich geweigert, diesen Kollegen innerhalb des Betriebes zu versetzen und hat ihm gekündigt.

Die IG Chemie strengt einen Arbeitsgerichtsprozeß an.

Franz Hoffmann KG in Oberdarmstadt:

,Von 110 Beschäftigten sind ca. 60 Türken. 11 Kollegen wurde gekündigt. Acht davon waren Türken. Die Arbeit, die sie gemacht haben, soll jetzt unter denen, die noch beschäftigt sind, aufgeteilt werden. Als sich ein Kollege weigerte, wurde ihm empfohlen, sich seine Arbeitspapiere zu holen.

Gegen die Kündigungen führt die IG Chemie ebenfalls einen Prozeß.

Die staatlichen Behörden in Darmstadt sammeln momentan Materialien, um ein Verfahren wegen Landesfriedensbruch gegen Arbeiter, die dem Türkischen Arbeiterverein angehören, in Gang zu setzen.

Vorwand soll dazu sein eine Schlägerei auf der Jahreshauptversammlung des islamischen Kulturvereins, an der der Generalkonsul der Türkei in Westdeutschland teilgenommen hat. Auf dieser Versammlung kam es zu Auseinandersetzungen, als die türkischen Arbeiter die Durchführung einer Gedenkminute für den türkischen Patrioten Aktürk verlangt und eine Abstimmung darüber nicht gewährt wurde.

Gleichzeitig geht die Polizei immer willkürlicher vor. Sie holt türkische Arbeiter ohne jeden Haftbefehl oder Vorladung aus ihren Wohnungen, schleppt sie auf die Polizeibehörde, unterzieht sie Verhören und behandelt sie erkennungsdienstlich.

Türkische Arbeiter werden einfach auf der Straße von der Polizei angehalten, ihre Taschen durchsucht und sie werden ausgefragt.

Täglich schnüffelt Zivilpolizei in den Räumen des Türkischen Arbeitervereins herum, notiert sich Namen, nach denen sie dann andere Türken versucht auszufragen.

Türkische Arbeiter, denen die Polizei glaubt nachweisen zu können, daß sie antifaschistische Parolen an öffentlichen Gebäuden angebracht haben, wird mit der Ausweisung gedroht.

Auch die Ermittlungen, die anläßlich der Schlägerei eingeleitet wurden, dienen ganz offensichtlich nicht der Untersuchung der auf dieser Versammlung vorgefallenen Begebenheiten, sondern sie dienen dazu, die Mitglieder dieses Vereins, die türkischen Arbeiter insgesamt, einzuschüchtern und abzuschieben.

Daß dies in trauter Zusammenarbeit mit den Vertretern der Türkischen Regierung in Westdeutschland geschieht, liegt auf der Hand. Beweismaterial zur Einleitung des Verfahrens sind die Aussagen des türkischen Generalkonsuls.

Die im türkischen Arbeiterverein organisierten Kollegen haben gegen diese Maßnahmen Protest erhoben und sich an die Presse gewandt.

In einer Presseerklärung des Türkischen Arbeitervereins heißt es: "Wir halten das Vorgehen der Polizei für

e Unterstützung des türkischen Generalkonsuls. Das türkische Genralkonsulat hier in Westdeutschland versucht schon seit Jahren, die demokratischen Zusammenschlüsse türkischer Arbeiter zu kriminalisieren. Bisher waren die Mittel die des Paßeinzugs bei türkischen Arbeitern und Studenten, die wegen ihrer fortschrittlichen Tätigkeit dem Generalkonsulat im Auge waren. Jetzt versucht es überall, solche Vorfälle zu provozieren (gemeint ist die Schlägerei auf der Versammlung des islamischen Kulturvereins), damit die anders denkenden Menschen kriminalisiert werden können. Zum Beispiel wurde vor einiger Zeit der Paß eines DGB-Mitarbeiters eingezogen – ohne jeglichen Grund. Und Vahap Aslan erhielt ein Schreiben, aus dem hervorgeht, er müsse sich innerhalb von 3 Monaten in die Türkei begeben, sonst würde seine Staatsangehörigkeit aberkannt. Jedes unserer Mitglieder muß befürchten, daß sein Paß nicht verlängert wird. Wir protestieren schärfstens gegen die Maßnahmen der Polizei. Das Ermittlungsverfahren der Polizei, das offensichtlich Material liefern soll zu einer Anzeige wegen Landesfriedensbruch, muß sofort abgebrochen werden."

In einem Brief des Türkischen Arbeitervereins, in dem er sich an alle Interessensvertretungen der Belegschaft der Darmstädter Betriebe wendet, um sie zur Solidarität gegen die Ausweisungen in Nürnberg aufzurufen, heißt es:

"Kollegen, die Solidarität von ausländischen und deutschen Arbeitern ist notwendig, um auch in der Krise gemeinsam gegen die Maßnahmen der Kapitalisten zu kämpfen. Deswegen ist es notwendig, auch gegen solche Maßnahmen, die unseren Kampf schwächen, gemeinsam vorzugehen. Wir treten an Euch heran, daß ihr die Lage der türkischen Arbeiter Euren Kollegen bekannt macht. . . . Wir sind bereit, auf Eure Versammlungen zu kommen, um Euch die Lage nochmals näher darzustellen und darüber hinaus nochmals die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens von ausländischen und deutschen Kollegen zu diskutieren."

A. Darmstadt

Kapitalistische Produktion und industrielle Reservearmee

Ziel kann für die Arbeiterklasse nur sein, diese Ausbeuterordnung zu stürzen

Die Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik auch in den Sommermonaten nicht unter eine Million gesunken. Trotz der vielfach schon begonnenen Betriebsferien liegt auch die Zahl der Kurzarbeiter noch über 800 000. Das bedeutet einen Grad von Arbeitslosigkeit und eine Dauer der Arbeitslosigkeit, wie sie seit den fünfziger Jahren in der BRD nicht mehr existiert hat. Die Arbeitslosigkeit ist bei weitem höher als während der Krise von 1966/67, wo die Arbeitslosenrate nur knapp über 2 % gestiegen ist. Auch das hatte freilich bereits ausgereicht, um gegen die Arbeiterklasse einen Lohnstopp in den Tarifauseinandersetzungen und einen beträchtlichen Abbau des realen Effektivlohns durchzusetzen. Die Kapitalisten werden auch jetzt die Lage nutzen, um die Lage der Arbeiterklasse weiter zu verschlechtern und die Löhne weiter zu drücken.

Sie werden die Arbeitslosigkeit dazu nutzen, so gut es nur irgend geht und soweit dies die mangelnde gewerkschaftliche Gegenwehr der westdeutschen Arbeiterklasse nur irgend zuläßt.

Dabei ist die Ursache für diese mangelnde gewerkschaftliche Gegenwehr nicht ein geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Arbeiter und Angestellten. Dieser ist im Gegenteil in den wichtigsten Wirtschaftszweigen und den wichtigsten Betrieben ziemlich hoch und nimmt weiter zu.

Die mangelnde gewerkschaftliche Kampfkraft hat ihre Ursache darin, daß die Gewerkschaften beherrscht werden von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und daß in der Gewerkschaftsmitgliedschaft selber noch sozialdemokratische Illusionen über den Kapitalismus und eine angeblich mögliche Sozialpartnerschaft zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse herrschen. Danach sind Krise und Arbeitslosigkeit nicht unvermeidliche Konsequenz der kapitalistischen Ausbeutung, sondern bloße Ausrutscher im normalen Gang der kapitalistischen Produktion. Dies ist eine falsche Auffassung.

Wie kommt es zur kapitalistischen Krise und wie wirkt die Arbeitslosikkeit in der Krise?

Nehmen wir einen bestimmten Betrieb, einen Automobilbetrieb. Die

trieb, einen Automobilbetrieb. Die

Arbeiter produzieren täglich und jährlich für den Kapitalisten eine große Zahl Autos, die dem Kapitalisten gehören, weil ihm die Fabrik gehört, weil er die Rohstoffe mit seinem Kapital eingekauft hat, weil er die Arbeitskraft der Arbeiter gekauft hat. Der Kapitalist verkauft diese Autos und schlägt aus diesen Autos seinen Profit.

Dieser Profit ist entstanden aus der Mehrarbeit, die die Arbeiter aufbrachten über die Arbeit hinaus, die ihnen bezahlt worden ist als Preis für ihre Arbeitskraft. Sind die Marktaussichten günstig und die Profiterwartungen gut, dann steckt der Kapitalist einen großen Teil des Geldes, das er für die Autos erhalten hat, wieder in die Produktion. Es wirkt wieder als Kapital: Der Kapitalist verfrißt es nicht, legt es auch nicht auf die Bank, sondern kauft dafür erneut Rohstoffe, Maschinen und Arbeitskräfte. Das macht er nicht nur mit dem Geld, das er ursprünglich als Kapital für die Produktion vorgeschossen hat, sondern das macht er auch mit einem Teil seines Profites, den er aus den Arbeitern herausgeschlagen hat.

Ihm kommt es darauf an, möglichst viel Autos zu produzieren, denn mit diesen Autos kann er Profit machen. Also wird er sein Kapital nutzen, um die Produktion zu steigern. Dies macht er, indem er durch Rationalisierungsinvestitionen die bereits vorhandene Produktion steigert, und dies macht er, indem er neue Hallen baut, neue Maschinen aufstellt und die Produktion erweitert.

Wie dieser Kapitalist machen es aber alle Kapitalisten, die sich auf die Produktion von Autos geworfen haben und die aus den Arbeitern dadurch Profit ziehen wollen, daß sie Autos produzieren lassen.

Früher oder später muß dies dazu führen, daß die Kapitalisten in ihrem Profittrieb mehr Autos von ihren Arbeitern haben produzieren lassen, als sie nachher auf dem Markt verkaufen können. Einen Teil der Autos können sie nicht, oder zumindest nicht direkt und sofort losschlagen. Sie können diese Autos also nicht in Geld verwandeln, können die Arbeit, die in diesen Autos vergegenständlicht ist, auch nicht erneut in Kapital zurückverwandeln, mit dessen Hilfe sie die Produktion weiter steigern könnten.

Aber auch das Geld, das sie für die noch verkauften Autos bekommen, benützen sie jetzt nicht mehr mit derselben Begeisterung, um durch die Arbeiter ihrer Fabrik weitere Autos produzieren zu lassen. Sie wissen jetzt, daß mit Autos gegenwärtig auf dem Markt nicht mehr soviel geholt werden kann.

Also werden sie die Produktion nicht mehr erweitern. Sie werden keine neuen Arbeiter einstellen, sondern werden ihr Geld nur noch in Kapital verwandeln, um durch Rationalisierungen aus den bisherigen Arbeitern mehr herausholen zu können.

Einen Teil der Arbeiter werden sie entlassen, und mit der Drohung der Entlassung werden sie den anderen Teil zu noch mehr Arbeit anzutreiben versuchen – auch ganz ohne jede wirkliche Rationalisierung, durch einfache verschärfte Auspressung der Arbeitskraft.

Durch diese verschärfte Auspressung der Arbeitskraft von weniger Arbeitern, für die weniger bezahlt werden muß als für die vorherige Belegschaft und denen weniger gezahlt wird als vorher, versucht der Kapitalist auch bei einer verschlechterten Absatzlage für sich möglichst viel Profit herauszuschlagen.

Stellen wir uns nun diesen Vorgang nicht in einem Betrieb oder in einer Branche vor, sondern in zahlreichen Betrieben und in verschiedenen Wirtschaftszweigen, dann haben wir die kapitalistische Krise. Die von den Automobilkapitalisten hinausgeworfenen Arbeiter können auch keinem anderen Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen, weil der mit seinen Arbeitern genauso verfährt wie der Automobilkapitalist mit den seinen. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter

Die Folge davon ist, daß die Arbeiter

nicht nur in ihrer bisherigen Branche nicht mehr unterkommen, sondern überhaupt nicht unterkommen.

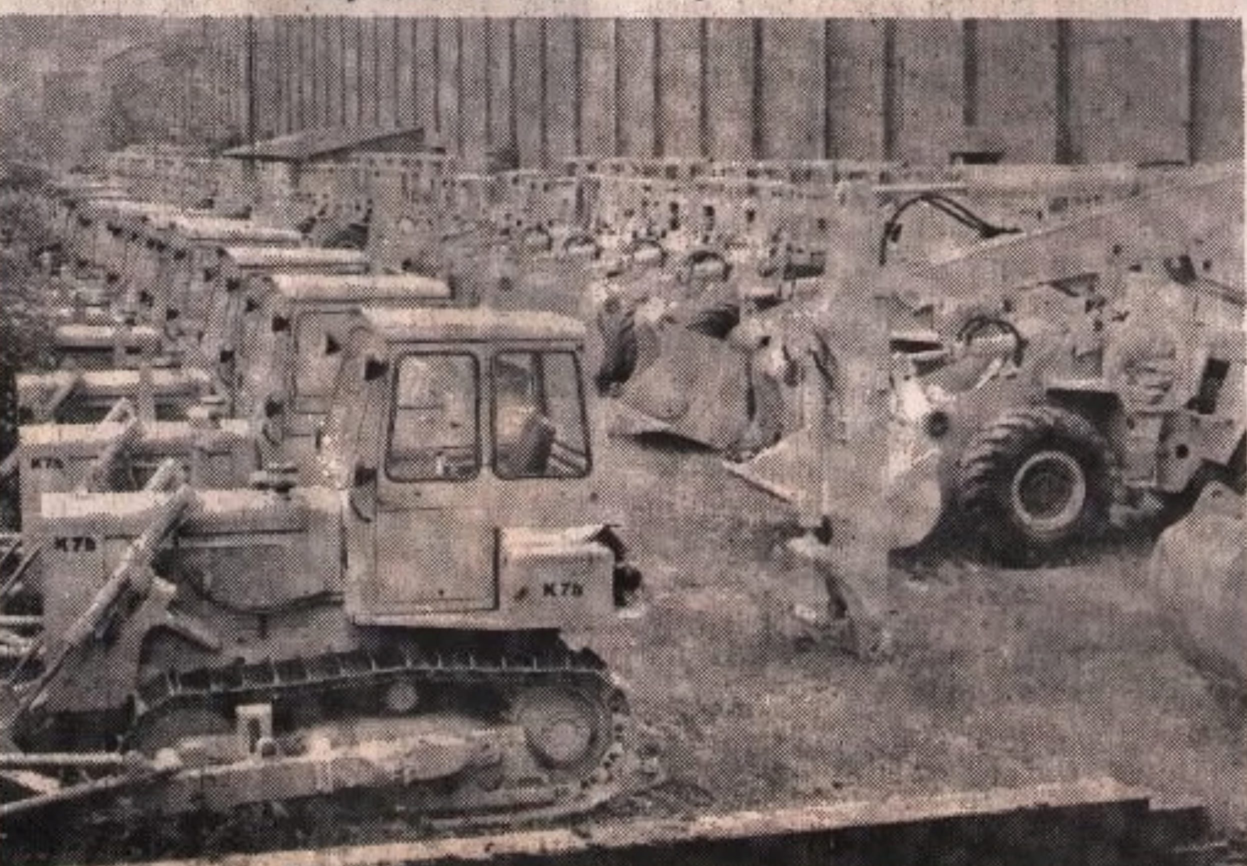
Was ist die Ursache für diese Krise? Die Ursache dieser Krise ist, daß die einzelnen Kapitalisten ihre Ausbeutung der Arbeiter soweit getrieben haben und die Ausbeutung auf soviele Arbeiter ausgedehnt haben, daß die Produktion dieser Arbeiter an die Schranken des Marktes stößt, daß sie nicht mehr vollständig oder nicht mehr zu ihrem Wert abgesetzt werden kann, daß es dem Kapitalisten also nicht mehr gelingt, die Früchte seiner Ausbeutung wirklich zu ernten. Dann verliert er den Spaß an der Freud und schränkt die Produktion ein und wartet auf bessere Zeiten.

Diese besseren Zeiten bereitet er dadurch aktiv vor, daß er die Arbeiter, die er noch in der Produktion hält, mehr als vorher und für weniger Lohn als vorher arbeiten läßt, um seinen Profit trotz der Krise möglichst zu halten.

Während der Kapitalist die Produktion in seinem eigenen Betrieb im Interesse seines Profites so planmäßig wie möglich organisiert hat, denn Ausbeutung bedarf der Organisation, und die anderen Kapitalisten das ganz genauso gemacht haben, ist die gesellschaftliche Produktion, soweit sie über den einzelnen Betrieb oder den einzelnen Konzern hinausgeht, anarchisch geblieben. Diese Anarchie der gesellschaftlichen Produktion in der kapitalistischen Ausbeuterordnung kommt in der Krise zur Erscheinung. Sie entspringt dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung fremder Arbeitskraft durch die kapitalistischen Privateigentümer.

Eine solche planmäßige Produktion und Ausbeutung im einzelnen Betrieb und im einzelnen Konzern bei gleichzeitiger Anarchie der gesellschaftlichen Produktion insgesamt kann auch im einzelnen Betrieb und selbst zu normalen Zeiten ungestört nur dann erfolgen, wenn stets eine überschüssige Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, die es den einzelnen Kapitalisten im Aufschwung erlaubt, die notwendigen Arbeitskräfte stets auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden. Eine solche im einzelnen Betrieb oder Konzern planmäßige, insgesamt aber anarchische Ausbeuterordnung braucht also eine industrielle Reservearmee. Diese industrielle Reservearmee bringt die kapitalistische Produktionsweise selber hervor, weil sie auch in "normalen" Zeiten nicht gleichmäßig verläuft, so daß in der einen Branche Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, während in anderen Branchen die Produktion erweitert wird, so daß mehr Arbeiter benötigt werden. Führt die Textilbranche Entlassungen durch, dann haben die Textilarbeiterinnen vielleicht das Glück, nach einer Zeit der Arbeitssuche in der Elektroindustrie unterzukommen, die gerade ihre Produktion erweitert. Wird die Krise aber allgemein, bzw. werden in mehreren Branchen keine Erweiterungen der Produktion mehr vorgenommen, sondern nur Rationalisierungsinvestitionen, dann schwillt die industrielle Reservearmee an und die Arbeitssuchenden finden zu Hunderttausenden für lange Zeit keinen Ausbeuter, der es wert findet, sie auszubeuten. Dies ist gegenwärtig der Fall.

Umgekehrt kommt der Kapitalist selten in die Verlegenheit, in Zeiten des Aufschwungs keine Arbeitskräfte zu finden. So hat in der Bundesrepublik die Vernichtung der Bauernschaft durch die kapitalistische Produktionsweise den Kapitalisten einen



Maschinen, die nicht abgesetzt werden können und verrotten.

Maschinen, die nicht abgesetzt werden können und verrotten.

großen Nachschub von Arbeitskräften für die Zeiten des Aufschwungs geliefert, so hat das Hineinpressen der Frauen der Arbeiter in die kapitalistische Produktion stets erlaubt, Nachschub für die kapitalistische Ausbeutung zu sichern. Als sich zu Beginn der sechziger Jahre dennoch Nachschubschwierigkeiten abzeichneten, haben die Kapitalisten ihre Werber in mehr oder weniger entfernte Länder geschickt und sich dort Arbeitskräfte unter den verelendeten Bauern oder schlechter bezahlten Arbeitern beschaffen lassen. Alle irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte sind für das Kapital nichts weiter als industrielle Reservearmee und das Kapital macht sich nicht nur die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung im eigenen Land als Arbeitskraft verfügbar, sondern schwärmt aus in fremde Länder, behandelt deren Bevölkerung als seine industrielle Reservearmee, macht sich die dortigen Arbeitskräfte für die Ausbeutung verfügbar, sei es, indem das Kapital sie ins eigene Land holt oder daß das Kapital selbst in ihr Land eindringt und sie sich unterwirft. Solange sich die Produktion ausdehnt und die Arbeiter verhältnismäßig günstige Bedingungen haben, Lohnerhöhungen durchzusetzen, sorgt die Existenz einer industriellen Reservearmee dafür, daß die Lohnforderungen niemals die Grenze erreichen, wo es ernsthaft an die Profite der Kapitalisten gehen würde. In der Krise schwillt die industrielle Reservearmee an und wird zu einem Arbeitslosenheer. Die allgemeine Lohndrückerei wird jetzt durch die Kapitalisten mit aller Macht betrieben.

Hatten die Kapitalisten in Zeiten des Aufschwungs alles getan, um die Arbeiterfrauen in die Fabriken zu zwingen, so werfen sie jetzt die Frauen oft als erste hinaus. Doch reicht jetzt der Lohn des Arbeiters schon nicht mehr, um die Familie richtig zu ernähren und für die Ausbildung des Nachwuchses zu sorgen.

Hatte das Kapital in der Zeit des Aufschwungs alles daran gesetzt, die Bauern von den Feldern in die Fabriken zu pressen, so wirft es sie jetzt wieder hinaus. Freilich haben nun die Bauern keine Felder mehr und keine Möglichkeiten, sie zu bebauen.

Hatten die Kapitalisten alles getan, um die ausländischen Arbeiter ins Land zu locken, haben sie ihnen das Blaue vom Himmel heruntergelogen, um sie in ihre Fabriken zu locken, so werfen sie sie jetzt am schnellsten hinaus, indem sie ihre Rechtlosigkeit ausnützen. Es sei denn, sie ziehen es vor, gerade die ausländischen Arbeiter zu halten, weil es gelungen ist, ihre Rechtlosigkeit zu nutzen, um sie zum billigen Verkauf ihrer Arbeitskraft zu zwingen und sie gegen die deutschen Arbeiter auszuspielen.

Die Herausbildung einer industriellen Reservearmee geht Hand in Hand mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktion. Wie die Arbeiterheere in den Fabriken, die für den Profit der Kapitalisten produzieren, gehören zum Kapitalismus auch die verschiedenen Abteilungen der industriellen Reservearmee, die in Zeiten der Krisen zu Arbeitslosenheeren anwachsen. Im Aufschwung der kapitalistischen Produktion verhindert die Existenz einer industriellen Reservearmee, daß die Lohnforderungen für die Kapitalisten erträgliche Grenzen übersteigen, in der Krise ermöglicht sie es den Kapitalisten, den Lohn erbarmungslos zu drücken und aus den Arbeitern herauszuholen, was physisch nur geht.

Das wichtigste ist deshalb für die Arbeiterklasse, die industrielle Reservearmee gewerkschaftlich zu organisieren, das Zusammenwirken zwischen allen Teilen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu erreichen und zu verhindern, daß in der Krise das Arbeitslosenheer ein Heer der Kapitalisten gegen die Arbeiter in den Betrieben wird, sei es, daß es direkt zu Streikbrecherdiensten mobilisiert wird oder daß Teile der Arbeitslosen, die ins Lumpenproletariat abgesunken sind, direkt als Truppen der Konterrevolution organisiert werden.

Die Arbeiterklasse produziert den gesellschaftlichen Reichtum. Aber sie produziert ihn als fremdes Eigentum, als Eigentum der Kapitalistenklasse. In der Hand der Kapitalistenklasse wird dieser gesellschaftliche Reichtum zu einem immer mächtigeren Hebel der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Vollendet wird diese Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse durch die Existenz einer industriellen Reservearmee, die im Kapitalismus gleich mitproduziert wird. Je mehr die Arbeiter für die Kapitalisten arbeiten, je mehr Reichtum sie in seinen Händen produzieren, je mehr die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, desto mehr untergraben sie ihre eigene Existenz als Arbeiter. In der Überproduktionskrise kommt dies zum offenen Ausdruck und gleichzeitig wird die Überproduktionskrise für die Kapitalisten nur zu einem weiteren Anlaß, aus den in der Produktion verbliebenen Arbeitern noch mehr auszupressen als bisher.

An diesem perfekten System der Ausbeutung gibt es für die Arbeiterklasse nichts zu kurieren und zu reformieren, wie die Sozialdemokraten der Arbeiterklasse einzureden versuchen und wie immer noch viele Arbeiter glauben. Ziel kann für die Ar-

beiter glauben. Ziel kann für die Ar-

beiterklasse nur sein, diese Ausbeuterordnung zu stürzen, die gesellschaftliche Produktion selber in die Hand zu nehmen und nach Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse den Sozialismus aufzubauen. Um diese große gesellschaftliche Umwälzung zustandebringen zu können, muß sich die Arbeiterklasse jedoch bereits in der kapitalistischen Gesellschaft zusammenschließen, muß sie ihre Einheit herstellen und ihre politische Selbständigkeit gegenüber der Kapitalistenklasse. Dazu muß sie insbesondere die Spaltung in Arbeiter in der kapitalistischen Produktion und in industrielle Reservearmee verhindern, bzw. überwinden. Die dazu nötigen Forderungen müssen zum Ziel haben die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse. Organe hierfür müssen die Gewerkschaften sein. Die treibende Kraft bei der Herstellung der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse müssen die Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter sein.

–G.S.–

Koreanische Bergleute setzen sich zur Wehr

Gegen die Drohungen und Einschüchterungen durch den Geheimdienst KCIA haben die südkoreanischen Bergleute in der BRD sich zu wehren begonnen. Dieser Geheimdienst treibt seit Jahren sein Unwesen in der BRD, mit Unterstützung westdeutscher Behörden. Am 12.5. haben die koreanischen Bergleute auf der Zeche Walsum bei Duisburg in einem Brief an den Personaldirektor Schneider, der auch an die Presse ging, gegen die Entlassung ihres Kollegen Byung-Kun Choe protestiert. Choe hatte die Spitzeltätigkeit des KCIA unter den Bergleuten aufgedeckt und war, wie ein weiterer Kollege, Mu-Ue Kang, von den Geheimdienst-Häschern im Wohnheim blutig geschlagen worden. In diesem Brief heißt es unter anderem:

"**Herr Schneider, Sie haben die fünf Würgeflecken am Hals von Herrn Kang gesehen und haben die ärztliche Behandlung angeordnet. Die Zeugen wurden ihnen genannt. Sie haben damals Herrn Kang gesagt, daß er von** diesem Terror den Heimbewohnern nichts erzählen soll. Ebenfalls solle er Herrn Pfarrer Chung, S.H., und anderen Außenstehenden nichts erzählen. Sie wollten die Sache alleine erledigen.

– Es ist uns daher höchst unverständlich, wieso Sie jetzt den Angreifer (den Spitzel B.H. Chung, die Red.) und den Geschlagenen gleichzeitig entlassen... Außerdem ist es unverständlich, daß Sie bislang keine Antwort auf unseren offenen Brief vom 3.4.1975 gegeben haben. In diesem Brief zeigten wir die Spitzeltätigkeit und die Bedrohungen im Kettlerheim an und baten Sie um Ihre Hilfe...

Nach der Übersetzung von Herrn Dolmetscher Lee, Mun-Sam, haben Sie wörtlich gesagt: 'Wenn die Koreaner wegen dieser Entlassung noch weitere Unruhe machen, werde ich alle Koreaner entlassen und nach Hause schicken.' Haben wir kein Recht, bei dieser ungerechten und grundlosen Entlassung zu protestieren? ... Die Spitzeltätigkeit und Nötigung einer Gruppe im Kettlerheim, die bestimmt ein Verstoß gegen die deutsche Verfassung und gegen das Strafrecht ist, muß polizeilich und gerichtlich untersucht und erledigt werden. Unser Freund Choe, Byung-Kun, der mit gutem Willen und Zivilcourage das Unrecht bloßgestellt hat, darf nicht entlassen werden...

Wenn die Antwort auf unsere Appellation und Anzeige nur Terror, Schlägereien und Entlassungen wären, und wenn die Angezeigten sich ohne polizeiliche Kontrolle willkürlich mit allen Mitteln revanchieren dürfen, müssen wir leider daran zweifeln, daß in der deutschen Gesellschaft Gesetz und Gerechtigkeit funktionieren. Unsere Angst und Einschüchterung hat nicht abgenommen, sondern zugenommen."

Der hier auszugsweise wiedergegebene Brief wurde bis zum 11.5. von 127 der 145 koreanischen Bergleute der Zeche Walsum unterschrieben.

Mehrheiten gegen den Paragraphen 218

Von den in der Produktionshalle des neuen Werkes der Firma Hellige Freiburg arbeitenden 180 Kolleginnen und Kollegen haben sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt 92 in die Listen des Komitees gegen den § 218 eingetragen, davon in 6 Abteilungen die Mehrheit. In einer Abteilung gab es während der Arbeitszeit eine Kurze Versammlung von 10 Kollegen!

Wuppertal. Die ÖTV-Kreisjugendkonferenz, an der 30 Kollegen teilnahmen, verabschiedete mit nur einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen eine Resolution, in der gefordert wird, daß das Volk über den § 218 entscheidet und die Gewerkschaften aufgefordert werden, selbst gegen den § 218 Aktivitäten zu ergreifen.

Karlsruhe. Die Mitgliederversammlung der Fachabteilung Sozialarbeit in der ÖTV hat die Unterstützung der Forderungen der Komitees beschlossen und unterstützt die Unterschriftensammlung und die zentrale Demonstration am 21. September.

Hanau. 30 von 40 Delegierten der Kreisjugendkonferenz des DGB-Kreises Hanau vom 14.6. haben die Forderungen der Komitees unterschrieben.

Frankfurt. Die Mehrheit der 44 Kollegen, die zur Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Uni-Kernbereich gekommen waren, haben die Forderungen der Komitees unterschrieben.
schrieben.

Bremen. Auf der AG-Weserwerft sind bisher 95 Unterschriften gesammelt worden. In zwei Bereichen mit ca. 40 Beschäftigten unterschrieb jeweils die Mehrheit.

Waiblingen. Das Waiblinger Komitee hat in dem Neubaugebiet Korber Höhe, wo 546 Wahlberechtigte wohnen, innerhalb kurzer Zeit 296 Unterschriften gesammelt. Die Mitglieder des Komitees gingen durch die Wohnblocks und sammelten zugleich an einem Stand im Zentrum des Viertels.

Düsseldorf. Das Studentenparlament der Universität Düsseldorf unterstützt den Aufruf der Komitees, gegen die Stimmen des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und des 'Liberalen Hochschulverbandes' und wird eine entsprechende Resolution der nächsten Vollversammlung der Studenten zur Abstimmung stellen.

Bochum. 250 von 300 Schülern an der Oberstufe des Lessing-Gymnasiums in Langendreer haben unterschrieben.

Von den 50 Arbeitern und Angestellten des tierpsychologischen Instituts der Ruhr-Universität haben 30 unterschrieben.

Lampertheim. Mehrheitlich haben sich die 30 Teilnehmer an einem Fest der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft in die Unterschriftenliste eingetragen.

Jungsozialisten unterstützen Unterschriftensammlung.

Auf Einladung der Jungsozialisten im Unterbezirk Aschaffenburg sammelten Mitglieder des Frankfurter Komitees am Samstag, den 5.7. in Miltenberg und in Aschaffenburg.

In einer gemeinsamen Presseerklärung an die örtliche Presse wurde von der Aktion berichtet und zu einer Versammlung am 11. Juli in Aschaffenburg eingeladen.

600 kamen zur Podiumsdiskussion

Freiburg. 600 Menschen kamen zu einer Podiumsdiskussion zum § 218 am 2. Juli, zu der die Fachschaftsräte Klinik und Vorklinik an der Freiburger Universität eingeladen hatten. Auf dem Podium saßen u. a. auch hartnäckige Befürworter des Abtreibungsparagrafen. So behauptete der Psychiater Professor Degwitz, daß soziale Gründe bei Abtreibungen kaum eine Rolle spielten, immerhandele es sich um "menschliche" Probleme, die die Frau dazu brächten, "ihrer Pflicht zur Austragung des Kindes nachzukommen". Dr. Dänzer-Vanotti vom Gesundheitsamt sorgte sich bei der Diskussion vor allem um die Staatssicherheit und forderte die Versammelten auf, sich dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu "beugen". Für die Versammelten war es sehr nützlich, den Gegner genau studieren zu können.

„Augenzwinkern" mit den Reichen

Im Organ der SPD, dem 'Vorwärts', versucht in der Ausgabe vom 26.6. Florentine Hoffmann das neue Indikationsmodell als "zweitbeste Lösung" im "zweiten Anlauf" zu verkaufen.

"Die zweite §-218-Reform wird zwar keine Fristenlösung sein. ... Aber es wird eine Reform, die letztlich doch dazu führen wird, daß in einiger Zeit keine Frau mehr gezwungen sein wird, ein Kind gegen ihren Willen auszutragen." Die SPD verspricht als auch nach dem reaktionären Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das sogar die Fristenlösung ablehnte, doch noch eine Reform des Abtreibungsparagraphen. Sehen wir zu, wie das gehen soll!

Zuerst wird die 'medizinische Generalklausel", auf die sich SPD und FDP geeinigt haben, ins Feld geführt. F. Hoffmann schreibt: *"Die medizinische Generalklausel ... läßt mit ihren Unterindikationen (psychische, soziale, eugenische und ethische Indikation – Red.) weiteste Interpretationsmöglichkeiten zu."* Die Frauen müßten ihren Willen zwar *"medizinisch bemänteln"* und die Formulierung *"... um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann"* sei eigentlich *"umständlich"*, aber es lasse sich *"praktisch jeder Schwangerschaftsabbruch legali-*
lich", aber es lasse sich "praktisch
jeder Schwangerschaftsabbruch legalisieren".

Jede Abtreibung legalisierbar?

Das hört sich vielversprechend an. Ist dem jedoch so? Das 'Deutsche Ärzteblatt Nr. 20a/75 gibt eine deutlich Antwort. Dort steht: *"Es muß auch die Indikation einer 'allgemeinen Notlage' abgelehnt werden, weil auch sie zwangsläufig auf die subjektive Einstellung der Schwangeren ... abzielt."* Was Frauen zur Abtreibung zwingt, ist für die Ärzteschaft nichts anderes als die *"subjektive Einstellung"* zur *"Veränderung der Lebensverhältnisse"*. Wer aus sozialer Not abtreibt, ist ein Drückeberger. Soviel zu den von F. Hoffmann beschworenen "Interpretationsmöglichkeiten".

Kümmern tut das unsere Schreiberin von der SPD allerdings wenig. Schon im nächsten Abschnitt ihres Artikels tönt sie: *"Die Generalklausel wird durch das Beratungs-/Begutachtungsmodell ergänzt und beides zusammen macht die zweite Reform doch noch zu einem fast befriedigenden Gesetz."* Untersuchen wir, ob das Beratungsmodell wirklich 'fast befriedigend' ist.

Wer sich eine Abtreibung genehmigen lassen will, muß zu einer staatlichen Beratungsstelle gehen. Deren Hauptaufgabe ist es aber – und da sind sich alle Parteien einig – die Schwangere von der Abtreibung abzubringen. Bleibt die Frau standhaft, muß sie einen Arzt finden, der ihr ein Gutachten besorgt. Nach einer 'Karenzzeit' darf sie sich an einen Arzt wenden, der die Abtreibung besorgt. Von diesem muß sie aber auch erst wieder ein Attest bekommen. Und das alles soll in 6 Wochen erledigt werden! Doch sehen wir uns an, mit welchen Argumenten Florentine Hoffmann diese Tortur verteidigt. Sie schreibt: *"Sie geht zum 'Arzt ihres Vertrauens', der sie sowohl beraten als auch ihren Fall begutachten kann. Vornehmen darf er den Eingriff allerdings nicht. Wenn die Frau bei der ersten Anlaufstelle kein in ihrem Sinn positives Gutachten erhält, kann sie einen zweiten, sogar einen dritten Arzt aufsuchen und auf mehr Verständnis hoffen."* Man traut seinen Augen nicht, daß dies als Argument für das Beratungsmodell gebracht wird. Vollends zynisch wird es dann, wenn F. Hoffmann das Modell noch lobt, weil damit der Frau ein *"langer Instanzenweg"* erspart bleiben soll.

"Befriedigend" ist diese Lösung höchstens für die Reichen

Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn Frau Hoffmann zu guter Letzt meint: *"In der Praxis wird es so sein. daß sich schon sehr bald nach*
Letzt meint: "In der Praxis wird es so sein, daß sich schon sehr bald nach
dem Inkrafttreten des Gesetzes Abtreibungskliniken etablieren werden." Sie seien die logische Konsequenz daraus, daß *"bereits jetzt in Baden-Württemberg Abtreibungsverbote über staatlich subventionierte Kreiskrankenhäuser verhängt wurden"*. Der Clou des als Reform verkauften Gesetzes wird also sein, Abtreibungen in Privatkliniken, die teuer sind und von den Werktätigen nicht bezahlt werden können.

Das ganze Bemühen der Schreiberin im 'Vorwärts' geht dahin, dem Leser weismachen zu wollen, eine möglichst weite Auslegung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes sei eine "befriedigende Lösung". Doch die Reform, von der die SPD schwärmt, besteht darin, die Unterwerfung unter das Diktat der Bourgeoisie nicht so schlimm erscheinen zu lassen, weil man ja auf "Verständnis hoffen" kann. Sicher, die Bourgeoisfrau wird sich leicht "augenzwinkernd" mit dem "Arzt ihres Vertrauens" verständigen können, daß sie die "seelische" Belastung einer weiteren Schwangerschaft nicht aushalten wird und für sie hat die SPD/FDP-Vorstellung tatsächlich den Nutzen, daß sie nicht mehr illegal nach London oder in die Schweiz reisen muß, was ja doch lästig war.

Auf diese "Reform" kann sich die SPD was einbilden.

Die Massen können von so einer "Reform" nichts halten.

–H.W., Kommunistische Hochschulgruppe Heidelberg–

"Mensch Alois, geh wieder bei den Dachdeckern und mach was Vernünftiges"

Göttingen: Vor einigen Tagen hatte die Initiative gegen den % 218 auf dem Marktplatz einen kleinen Stand aufgebaut und forderte die Passanten auf, sich in die Unterschriftenlisten einzutragen. Der Polizei war das ein Dorn im Auge und nachdem zwei Beamte keinen Erfolg erreicht hatten, kam Verstärkung. Weil keine Genehmigung vorlag, sollte der Stand, so die Polizei, geräumt werden.

Als gefragt wurde, wer dafür sei, daß der Stand bleibe, hoben fast alle inzwischen Versammelten die Hand. Eine Frau schoß auf die Polizisten zu: "Nun lassen Sie das mal. ... Machen Sie lieber etwas vernünftiges, regeln sie den Verkehr."

Auf die Frage, wer meine, daß die Polizei nicht länger stören solle, gingen wieder fast alle Hände hoch. Der eine Polizist bat um Verständnis, die Vorschriften! "Meine private Meinung muß ich ja rauslassen, die darf ich ja nicht sagen ..." "Das wissen wir, daß sie geschickt sind, von den anderen, die in der warmen Stube sitzen." "Mensch Alois" rief schließlich einer, "ich hab' Dir gleich gesagt, geh' da nicht hin. Geh' wieder bei den Dachdeckern und mach' was vernünftiges!" Schließlich zogen die Polizisten ab. Vom Sinn dieses Einsatzes waren sie nicht überzeugt, das war klar.

–B., Göttingen–



Göttingen: Protestkundgebung gegen die Polizeiaktion in Frankfurt gegen das Frauenzentrum in der Innenstadt. Wie in Göttingen fanden in mehreren Städten Kundgebungen statt, die bei der Bevölkerung viel Unterstützung fanden. In Hamburg hat das Komitee gegen den § 218 kurzfristig 200 Menschen für eine Demonstration mobilisieren können. Auf der Schlußkundgebung beteiligten sich 500 Menschen. Als einzige Organisation hatte der KBW die Aktion des Komitees unterstützt.

Auch bei der Kundgebung in Hannover wurden in der Bahnhofstraße 400 Unterschriften gesammelt. Auch der stellvertretende Oberbürgermeister Barche (SPD) wandte sich über Megaphon an die Versammelten und erklärte, daß er für die ersatzlose Streichung des § 218 eintrete und die Forderung der Komitees unterschrieben habe. In Aachen hat das Komitee einen Stand in der Innenstadt aufgebaut, den die Polizei mit viel Zivilen abräumen wollte. Damit erlitten sie aber Schiffbruch. Viele Menschen sammelten sich am Stand und beschimpften die Polizisten als sie anfingen, wild herumzufotographieren. Sie mußten den Rückzug antreten.

Unterschriftensammlung

Unterschriftensammlung

Zwei nachahmenswerte Beispiele

Ich bin LKW-Fahrer in der Nahspedition, d. h. ich liefere Waren an Firmen im Landkreis Gießen aus. Zur Arbeit nehme ich auch Unterschriftenlisten der Komitees gegen den § 218 mit.

Wenn Zeit dazu ist, spreche ich mit den Arbeitern und Angestellten über den Paragraphen und erkläre die Forderungen der Komitees.

Über zwei Beispiele von den durchweg guten Erfahrungen, die ich gemacht habe, möchte ich berichten:

Bei einer Firma in Reiskirchen sprach ich mit einer kaufmännischen Angestellten, die "nur darauf gewartet hat, daß wieder was geschieht, bevor die Sache einschläft", über die Bedeutung des Volksentscheids, die diesen Weg auch als einzig richtigen einschätzte. Danach bat sie mich, die Liste dabehalten zu dürfen, um bei ihren Kollegen und Kolleginnen Unterschriften zu sammeln.

Das andere Beispiel:

In einem Datenverarbeitungsbetrieb in Bersrod diskutierte ich mit einem Angestellten. Ich mußte ihm versprechen, die § 218-Broschüre vorbeizubringen. Auch er sammelte selbständig Unterschriften; diese Liste hat er mir neulich mit der Post zurückgeschickt. Das Ergebnis: von 9 Beschäftigten hatten 7 unterschrieben.

Diese und andere Beispiele zeigen mir, wie tief der Unmut über den Paragraphen in der Bevölkerung steckt.

–B., Gießen–

Ich bin im Münchner Komitee für den Volksentscheid gegen den § 218 und möchte berichten, wie ich in kurzer Zeit viele Unterschriften gesammelt habe. Da ich mit der S-Bahn in die Schule fahre, nehme ich die Gelegenheit war und sammle dort Unterschriften gegen den § 218. Ich fange mit den Leuten, die im Gang stehen, an: "Würden Sie etwas dagegen haben, eine Liste gegen den § 218 zu unterschreiben?" Erstaunlich viele unterschreiben. Dann lese ich den Sitzenden unsere Forderungen vor und frage, ob sie unterschreiben: "Und Sie?" 25 % der Gefragten ignorieren mich einfach. Man tut so, als hätte man mich weder gesehen noch gehört. Ältere Leute sagen oft: "Ach Fräulein, das geht uns doch nichts mehr an." Worauf ich ihnen erkläre, daß der § 218 das ganze Volk betrifft und sie sich deshalb solidarisieren müssen. Wenn jemand unterschreibt, wird er oft von seinem Sitznachbarn befremdet angeschaut. Was mich in der Meinung bestärkt, daß wir noch viel tun müssen, um die Menschen in den Kampf gegen den § 218 einzubeziehen.

Erst wenn ich dabei bin, den Wagen zu verlassen, fangen die Leute an, darüber zu diskutieren. Ich werde beschimpft, aber auch verteidigt.

Bis ich in der Schule bin, habe ich ungefähr 70 Unterschriften gesammelt.

–S.S., Komitee für den Volksentscheid gegen den § 218 München–



Soeben erschienen
Preis ,50 DM

Bezug über den

Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218

6800 Mannheim
Glasstr. 4
Tel. 0621 379934
c/o A.Bilger

und über den

Buchvertrieb Mannheim

Auf der IG-Metall-Bezirksfrauenkonferenz Mühlheim

Mühlheim. Auf der Bezirksfrauenkonferenz der IG-Metall am 7. Juni in Mühlheim/Main wurde unter den anwesenden rund 150 Delegierten aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Saar mit der Liste der Komitees Unterschriften gegen den § 218 gesammelt. Der Erfolg war zunächst ausgezeichnet. Nachdem die Liste durch ein Drittel der Reihen gegangen war, hatten bereits ca. 40 Kolleginnen unterschrieben.

Dann wurde man vom Präsidiumstisch her auf die Aktion aufmerksam. Das Präsidium erklärte, dies sei eine von der Konferenzleitung nicht autorisierte Aktion und nahm die umlaufende Liste an sich.

Die Absicht des Präsidiums, die "illegale" Liste endgültig verschwinden zu lassen, konnte jedoch verhindert werden. Am Ende der Konferenz mußte die Konferenzleitung die Liste wieder rausrücken.

Kolleginnen sind dabei, Schritte einzuleiten, um das Votum auch jener Delegierter einzuholen, die sich aufgrund der Manipulation des Konferenzpräsidiums nicht mehr äußern konnten.



Frankfurt: Samstag, den 5. Juli, auf der Zeil

Frankfurt: Rücknahme der Tariferhöhungen gefordert

Frankfurt: Der Kampf gegen die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Fahrpreiserhöhung von ca. 30 % ist in der vergangenen Woche einen Schritt weiter gekommen, obwohl der Magistrat alles versucht, um zu verhindern, daß sich die Bewegung verbreitern kann. Schon am Montag letzter Woche waren wieder 14 Menschen verhaftet worden, die für eine Demonstration am Samstag agitiert hatten. Aus den Betrieben und Gewerkschaften sind erneut Proteste gekommen gegen die unverschämten Erhöhungen. So haben z. B. bei der Firma Hartmann und Braun 400 Kollegen durch ihre Unterschrift gegen die Erhöhung protestiert. Der Magistrat weiß, daß die Bevölkerung die Erhöhung nicht will. Rudi Arndt, der Oberbürgermeister, hat im ZDF die Erhöhung damit zu verteidigen versucht, daß sonst Kürzungen bei den sozialen Einrichtungen nötig seien. Obwohl doch die Schulen und das Gesundheitswesen sowieso schon aus den Fugen krachen.

Für Samstag hatte die Ortsgruppe des KBW zu einer Demonstration in der Innenstadt aufgerufen. 500 Menschen beteiligten sich an dem Demonstrationszug. Die Polizei war mit allem aufgefahren, mit Schildern, den neuen langen Knüppeln und Wasserwerfern. Am Ende der Zeil, der Hauptgeschäftsstraße, fand eine Kundgebung statt. Die Menschen wurden aufgerufen, für die Rücknahme der beschlossenen Tariferhöhungen zu kämpfen und sich nicht das Recht nehmen zu lassen, dafür auf der Zeil aufzutreten. Es wurde vorgeschlagen, sich im Gänsemarsch auf der Zeil zu bewegen, ausgerüstet mit kleinen Pappschildern mit der Aufschrift: Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen und gegen die Erhöhungen zu agitieren. Eine ganze Reihe der Umstehenden machte mit. Die Polizei war verblüfft. Immer wieder bildeten sich große Diskussionsgruppen und wurden Parolen gerufen.

Wenn die Polizei eingreifen wollte, löste man sich auf und versammelte sich anders. Zum Schluß wurde noch eine Ansprache gehalten mit der Aufforderung, am nächsten Samstag den Protest fortzusetzen. Insgesamt ist die Aktion auf Unterstützung gestoßen. Es gab viele Menschen, die unsere Flugblätter und Schilder verteilten.

Daß die Aktion den Zweck hat, die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen, ließ sich nicht vertuschen und wo die Polizei eingriff, war immer allen klar, worum es ging. Deshalb haben viele sich gegen die Schlgstockeinsätze der Polizei zur Wehr gesetzt und mehrere Male konnten auch Verhaftungen so verhindert werden. Lediglich zum Schluß, nach vier Stunden, wurden zwei junge Leute grundlos von der Straße weg verhaftet. Für die Demonstration am 12.7.1975 hat die Aktion bessere Voraussetzungen geschaffen.

–Ortsgruppe Frankfurt–



Heidelberg: Auswertung der Erfahrungen

Nachdem am Samstag, 28.6., die breite Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßenbahn durch ein Riesenaufgebot Polizei zum Stillstand gebracht worden ist, haben in der letzten Woche in Heidelberg 2 Versammlungen zur Auswertung der in den Kämpfen gesammelten Erfahrungen stattgefunden.

Am Montag, 30.6., wurde öffentlich über den Abbruch der Kampfaktionen beraten. Einige Stimmen forderten die Fortsetzung der Aktionen in den Stadtteilen, obwohl klar war, daß die Massenaktionen auf der Straße gegen die Fahrpreiserhöhung beendet sind. In der Diskussion wurde herausgearbeitet, daß es unter diesen Bedingungen falsch ist, weiterzumachen wie bisher. Diese Bestrebungen rühren aus mangelnder Klarheit über die herrschende Situation, in der es darauf ankommt, die an zahlreichen Anlässen sich entzündende Empörung der Massen in ihrer Bereitschaft zum Kampf weiterzuentwickeln und zu führen gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat insgesamt. Für Mittwoch, 2.7., hatte der KBW zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema: "Über die Taktik in den bürgerlichen Parlamenten" aufgerufen.

Hier wurde als Erkenntnis aus den vergangenen Kämpfen in Heidelberg herausgestellt, daß die bürgerlichen Parlamente Orte des Massenbetrugs sind. Sie bedeuten Demokratie allein für die Fabrikbesitzer und Reichen; Ausschluß von der politischen Willensbildung, Entrechtung und Entmündigung bedeuten sie für die breiten Volksmassen.

Die rund 500 Versammelten forderten in einer Resolution: "Die Versammelten fordern die sofortige Rücknahme des Ausschlusses von Helga Rosenbaum (aus dem Gemeinderat), damit sie den Willen ihrer Wähler entsprechend die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes in diesem Parlament zur Sprache bringen kann.

Der Beschluß des Gemeinderats, die Fahrpreise zu erhöhen gegen den breiten Widerstand der Heidelberger hat klargemacht, daß die gerechten Forderungen des Volkes in diesem Gremium nicht durchgesetzt werden können. Deswegen wird die Aufgabe der kommunistischen Stadträtin sein, die volksfeindlichen Machenschaften der bürgerlichen Parlamente zu entlarven. Die Versammelten wenden sich weiterhin dagegen, daß die Stadtverwaltung sich geweigert hat, dem KBW einen Veranstaltungsraum zur Verfügung zu stellen."

Während diese Resolution auf einer Versammlung unter freiem Himmel verabschiedet wurde, tagte gleichzeitig der Gemeinderat, abgehoben und losgelöst vom Volk, unter Ausschluß der kommunistischen Stadträtin, und faßte erneut volksfeindliche Beschlüsse. Beschlossen hat er u.a. die Zusammenlegung von Straßenbahn und Stadtwerken, die die Entlassung von 90 HSB Kollegen zur Folge haben wird.

–R., Ortsgruppe Heidelberg–

Köln: Fahrpreiserhöhung bis zu 50% geplant

Köln. Auch in Köln will der Stadtrat am Freitag, den 11.7., über Fahrpreiserhöhungen beschließen. Dabei will er's nicht kleinlich machen. Der Einzelfahrschein soll von 1 DM auf 1,50 DM erhöht werden, also um 50 % und die Monatskarte für Senioren von 12,50 auf 18 DM.

Dabei sind in den letzten Jahren die Leistungen der Kölner Verkehrsbetriebe immer mehr auf den Hund gekommen: Linien wurden gestrichen, Verbindungen zwischen äußeren Stadtbezirken gibt es kaum noch, der Fahrplan ist "ausgedünnt", die Fahrpläne gestrafft, so daß die Fahrer ständig durch die Stadt hetzen müssen, um sie einzuhalten.

In 8 Jahren wurden 2 000 Kollegen bei den Kölner Verkehrsbetrieben auf die Straße gesetzt. Die Stadtväter klagen über ein Defezit, während sie gleichzeitig den Kölner Kapitalisten Millionen in den Rachen werfen, wie zuletzt dem Schokoladenfabrikanten Imhoff, der 35 Millionen für ein Grundstück von der Stadt kassierte, dessen Wert 6 Millionen beträgt.

Inzwischen haben sich in Köln sieben politische Organisationen, darunter die Ortsgruppe des KBW, zu sammengeschlossen zu einer Aktionseinheit unter der Forderung: "Keine Fahrpreiserhöhung bei der KVB!". Sie rufen zu einer Demonstration am Tag der Stadtratssitzung auf. Die DKP und die SPD wollen einen Tag früher auf die Straße gehen. Offenbar wollen sie sich nicht direkt gegen den Stadtrat stellen.

Verschiedene betriebliche und gewerkschaftliche Körperschaften haben inzwischen gegen die geplanten Erhöhungen protestiert, darunter die Vertrauensleutekörper von Felten & Guillaume, der Betriebsrat der Linde AG, die ÖTV-Kreis-, jugendkonferenz u.a.

Wyhl: Die Landesregierung kommt nicht durch

Die Landesregierung verlangt als Voraussetzung für Verhandlungen die Räumung des Platzes

Nach dem ungeheuren Propagandaaufwand, den die Landesregierung und das Badenwerk für den Bau des Kernkraftwerkes Wyhl betrieben haben, hielten sie den Zeitpunkt für gekommen, mit den Bürgerinitiativen *"über alles zu reden"*. Voraussetzung für sachliche Gespräche sei allerdings, daß die illegale Bauplatzbesetzung beendet würde. Ihr Ziel ist nach wie vor, den Bau des Kernkraftwerkes Wyhl durchzusetzen. Das ist der einzige Grund, warum der Platz geräumt werden soll. Für die Bevölkerung am Kaiserstuhl ist der besetzte Bauplatz das Symbol des Sieges über die Landesregierung und das Badenwerk. Deshalb geht die Bevölkerung dort oft und gerne hin. Der Bauplatz dokumentiert den Willen des Volkes: Kein KKW in Wyhl. Deshalb ist der besetzte Bauplatz der Landesregierung ein Graus.

Für den CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden Späth ist dieser Bauplatz so widerlich, daß er nicht auf ihm diskutieren wollte. Man solle vor dem Platz diskutieren. Mit diesem Vorschlag erntete er große Empörung. Späth schafft das nicht, was die Polizei nicht geschafft hat, hieß es. Die Landesregierung versucht, Teile der Bürgerinitiative für ihren Vorschlag, das Gelände zu räumen, zu gewinnen. Das wird was werden. Haben die Initiativen doch gerade deshalb großes Ansehen, weil der Platz besetzt wurde. Gewiß ist es so, daß die Propaganda der Landesregierung bei den Initiativen Wirkung zeigt und sie verunsichert. In ihrer Antwort haben sie erklärt, daß neue Gutachten notwendig sind, die ganzen Angelegenheiten bis zum Hauptverfahren ruhen sollen und sie sich vorbehalten, nach dem Gerichtsurteil zu entscheiden, was sie tun.

Die Landesregierung ist mit dieser Antwort nicht zufrieden, hält aber neue Gespräche für möglich. Sie weiß, daß die neuen Gutachten, über deren Erstellung sich die Parteien einigen sollen, sicher berichten werden, das Kernkraftwerk habe keinen Einfluß auf die Landwirtschaft. Über die Neutralität des Gutachtens soll das Verwaltungsgericht Freiburg entscheiden.

Das beruhigt die Landesregierung, weil das Gericht vor dem Zugriff des Volkes geschützt ist und mit den Interessen des Volkes nichts zu tun hat. Es muß das Privateigentum an Produktionsmitteln schützen.

Es kann der Landesregierung gelingen, einzelne Vertreter der Initiativen durch Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen, dafür spricht, daß sie Kenntnis davon hatten, daß am letzten Donnerstag bei der Besprechung der Initiativen ein Vorschlag vorlag, der in seiner Konsequenz die Räumung vorsah. Sie bedauerte, daß dieser Vorschlag nicht durchgekommen ist. Auf einer Versammlung am Sonntagabend auf dem besetzten Gelände ist klargelegt worden, daß man keine Regelung akzeptieren wird, die hinter dem Rücken der Bevölkerung beschlossen wird.

Die Bevölkerung ist wachsam

Was der Landesregierung sicher nicht gelingt, ist, das Kernkraftwerk in Wyhl zu bauen. Alle bürgerlichen Parteien, die sich nach der Propaganda der Landesregierung wieder an den Kaiserstuhl trauen, erlebten Pleiten. Auf einer dieser Veranstaltungen rief ein Landwirt: "Wenn die Polizei wiederkommt, werden wir noch mehr sein als das letzte Mal, und wir haben noch mehr Maschinen zum Mistwerfen wie die Polizei Wasserwerfer."

Zuletzt war Eppler, der Landesvorsitzende der SPD, auf dem Bauplatz. 400 waren gekommen. Er sprach über Wyhl und die Demokratie. Der Widerstand der Kaiserstühler müsse jetzt wieder in geordnete Bahnen kommen. Deshalb habe die SPD im Landtag vorgeschlagen, alles bis zum Hauptverfahren zu verschieben. Wäre dieser Antrag durchgekommen, hätte er dazu aufgefordert, das Gelände zu räumen. Hier wurden seine finsteren Pläne offensichtlich. Ihm wurde erwidert , daß nur durch den Kampf der Kaiserstühler das Kernkraftwerk nicht gebaut wird, und deshalb hier niemand vom Platz geht.

Ein Bauer meinte, daß er langsam jedes Vertrauen verlieren und ihm klar geworden sei, daß nur der Zusammenschluß der Bevölkerung das Kernkraftwerk verhindern wird. Wenn die Landesregierung Optimismus zeigt, hat das den Zweck, die Menschen, die nicht unmittelbar an diesem Kampf beteiligt sind, zu verunsichern. Denn es ist sicher, daß es der Landesregierung nicht gelingen wird, das Kernkraftwerk zu bauen.

Die Landesregierung mag darauf hoffen, daß ihr Vorgehen von der Bevölkerung nicht genau verfolgt wird, da es in der Landwirtschaft im Moment sehr viel zu tun gibt. Sie täuscht sich. Wenn sie kommen, dann können die Kartoffeln im Boden bleiben, dann sind wir da, sagte eine Bäuerin aus Sasbach schon bei der Platzbesetzung in Marckolsheim.

–Hu., Emmendingen

Belastung durch "öffentliche Gebühren und Entgelte"

Auf eine Anfrage mehrerer Abgeordneter der CDU/CSU hat die Bundesregierung jetzt Zahlen über die durchschnittliche "Belastung durch öffentliche Gebühren und Entgelte für kommunale Dienstleistungen" bekanntgegeben.

Obwohl vollständige Daten nicht erhoben sind, sondern nur Stichprobenerhebungen, zeigen die Zahlen doch, daß der Staat bei der Preistreiberei weit vorn liegt und die Ausplünderung der Werktätigen rapide zugenommen hat.

Nimmt man die Tarife von 1970 als Ausgangspunkt, so sind die Tarife bis zum März 1975 folgendermaßen gestiegen:

Strom	auf **148,9 %**
Gas	auf **132,2 %**
Wasser	auf **170,5 %**
öffentliche Verkehrsmittel	auf **147,0 %**
Kultur- und Freizeiteinrichtungen	auf **141,2 %**

Der Preisindex für die gesamten **Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte** ist auf **131,3 % des Wertes von 1970 gestiegen. Hinzu kommen noch starke Gebührensteigerungen** bei der **Abwasserbeseitigung** – Steigerung von über **30 % gegenüber Januar 1972** –, **Müllabfuhr** über **25 %** – **und Straßenreinigung – ebenfalls über 30 %.**

Kaiserslautern. Bei einer Wahlbeteiligung von 61,5 % hatten sich 91,7 % der Studenten der Fachhochschule Kaiserslautern für einen Warnstreik gegen die Haushaltskürzungen um durchschnittlich 25 % ausgesprochen. Durch diese Sparmaßnahmen würden sich die Studienbedingungen rapide verschlechtern. In einer Resolution fordern die Studenten u.a.: Weg mit der Haushaltsmittelkürzung. An einer anschließenden Demonstration während des Warnstreiks nahmen etwa 200 Studenten teil.



Universität Freiburg: Propagandaveranstaltung der CDU-Studenten

1200 blieben – 100 CDU Studenten schlichen davon

Wie schon in der letzten KVZ berichtet wurde, verhinderten die Freiburger Studenten eine Veranstaltung der CDU-Studenten, auf der diese die Entlassungen im öffentlichen Dienst propagieren wollten. Eine Woche drauf wollte der RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) seine Veranstaltung wiederholen.

Auf der zweiten Veranstaltung ging es den CDU-Studenten nicht mehr um die Berufsverbote, sondern darum, "*. . . ein Zeichen zu setzen, daß man in diesem Lande frei sich versammeln und frei reden darf!*" (aus dem Flugblatt des RCDS). Gerade der RCDS, der am entschiedensten gegen die Forderung nach freier politischer Betätigung auftritt, versuchte sich jetzt als Hüter der Freiheit aufzuspielen.

Die Kommunistische Hochschulgruppe hatte zu einer Aktionsbesprechung eine Stunde vor der Veranstaltung aufgerufen, um über das Vorgehen zu beraten. Von fast 400 Studenten wurde dort folgende Resolution verabschiedet:

"Die am 3.7. vor dem Audimax versammelten Studenten sind der Meinung, daß das Recht auf freie politische Betätigung an dieser Uni durchgesetzt werden muß. Die Veranstaltung des RCDS hat aber zum Ziel, unter dem Deckmantel, die Freiheit zu verteidigen, den Maulkorb für alle fortschrittlichen Studenten aufrechtzuerhalten. Denn dem RCDS geht es um die Freiheit, Berufsverbote an der Uni weiterzupraktizieren, weiter Spitzeldienste für die Staatsanwaltschaft und den Verfassungsschutz zu leisten und mit der Unterstützung von Presse und Fernsehen eine Kundgebung gegen die fortschrittlichen Studenten durchzuführen. Deshalb muß diese Veranstaltung verhindert werden. Die Versammelten sind der Meinung, daß entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Saal ein Diskussionsleiter gewählt werden muß, um aus dieser Veranstaltung für die Berufsverbote ein Tribunal gegen all diejenigen zu machen, die die Meinungs- und Versammlungsfreiheit an dieser Universität mit Hilfe von Gerichten und Strafanzeigen einzuschränken versuchen."

Dieses Vorgehen hatte sich durchgesetzt gegen den Vorschlag der DKP-Studenten, der Studenten vom SHB und der GEW, die dazu aufgerufen hatten, die Veranstaltung zu boykottieren. Seit einer Woche hatten sie, ganz so wie die bürgerliche Presse, gegen die Kommunistische Hochschulgruppe eine üble Hetze entfaltet und die Studenten aufgefordert, den "Chaoten" eine klare Absage zu erteilen. Damit sind sie kläglich abgeschifft. Kaum 40 Studenten hatten für ihre Resolution gestimmt

Das ist kein Wunder, denn für die Mehrheit der Studenten war klar, daß man dem Treiben der CDU-Studenten nicht untätig zuschauen darf, wie das bei einem Boykott der Fall wäre.

Der RCDS war es nämlich, der mit Hilfe des Gerichts den Freiburger AStA (Allgemeiner Studentenausschuß) vor eineinhalb Jahren mit 7 000 DM bestrafen ließ, weil dieser die Studenten aufgerufen hatte, sich in allen Fragen mit der Arbeiterklasse zusammenzuschließen.

Deshalb zogen auch alle Studenten, die auf der Aktionsbesprechung waren, ins Audimax, den größten Saal der Universität, wo nicht mal 150 RCDS-Mitglieder und Burschenschaftler saßen und ihr Mikrofon schützten. Zwei Straßen neben der Universität waren sechs Mannschaftswagen Polizei aufgefahren, denen gerade Bier ausgeschenkt wurde.

Der RCDS kam gar nicht zu Wort: Mehrere hundert Studenten brachten ihren Willen lautstark zur Geltung: Weg mit dem Schieß-Erlaß! Weg mit den Berufsverboten! Denunzianten und Spitzel raus aus der Uni! Wahl eines Diskussionsleiters!

Christian G., ein vom Berufsverbot Betroffener, war als Diskussionsleiter vorgeschlagen worden und die Mehrheit des Saales brachte zum Ausdruck, daß er sprechen sollte; er wurde vom Saalschutz des RCDS immer wieder vom Mikrofon weggedrängt. Inzwischen ist immer mehr Studenten klargeworden, daß es der RCDS ist, der hier die Meinungsfreiheit unterbindet und die Zahl der Studenten, die ihn aufforderte, sofort zu verschwinden, stieg ständig an. Als die Reaktionäre immer mehr in Bedrängnis gerieten, schickten sie ein Mitglied der sozialdemokratischen Gruppen, welches zum Erstaunen der Studenten am Podium des RCDS saß, ans Mikrofon, um die "Menge zu bändigen".

Gelungen ist das nicht, und die Masse der Studenten hat ihrerseits den Sozialdemokraten benutzt, um selbst einen Vertreter ans Mikrofon zu bekommen. So war es dann möglich, eine geregelte Abstimmung über den Diskussionsleiter durchzuführen, der von drei Vierteln der inzwischen 1 300 anwesenden Studenten gewählt wurde. Nur etwa 30 Rechte stimmten dagegen. Die CDU-Studenten brachten nicht mehr auf die Beine, als den Studenten immer wieder zuzurufen: Zeigt den Kommunisten, daß sie eine verschwindende Minderheit sind! Das ging aber stets in schallendem Gelächter unter.

Die CDU-Studenten waren gezwungen, uns über Mikrofon sprechen zu lassen. Das ging ihnen so an den Nerv, daß der anwesende Rektor der Universität befahl, die Veranstaltung abzubrechen. Unter dem Ruf: "Alle Demokraten verlassen nun den Saal und lassen die Feinde der Freiheit hier zurück" schlichen sich dann höchstens hundert RCDS-Studenten samt Rektor aus dem Raum, während die übrigen Studenten dablieben, um die Diskussion fortzuführen.

–S., KHG Freiburg–

sammelten Studenten sind der Meinung, daß das Recht auf freie politische Betätigung an dieser Uni durchgesetzt werden muß. Die Veranstaltung des RCDS hat
man dem Treiben der CDU-Studenten nicht untätig zuschauen darf, wie das bei einem Boykott der Fall wäre.
terbindet und die Zahl der Studenten, die ihn aufforderte, sofort zu verschwinden, stieg ständig an. Als
rigen Studenten dablieben, um die Diskussion fortzuführen.
–S., KHG Freiburg–

Verwaltungsgericht deckt Oberschulamt

Freiburg. In der KVZ Nr. 22 haben wir über die Entlassung der beiden Lehrer B. Klack und B. Kaiser an der Gesamtschule Freiburg-Haslach berichtet. Das Verwaltungsgericht hat inzwischen die Entlassung als Rechtens bestätigt und dem Oberschulamt so freie Hand für die Entlassung politisch mißliebiger Lehrer gegeben.

Aktionstag gegen politische Überprüfung

Tübingen. Am 1. Juli fand an der Universität Tübingen ein Aktionstag gegen einen Erlaß der Landesregierung statt, der vorsieht, daß künftig auch Tutoren und Hilfskräfte auf ihre politische Gesinnung überprüft werden. Über 150 Beschäftigte der Universität Tübingen haben mittlerweile eine Erklärung veröffentlicht, in der sie dem Staat das Recht absprechen, Einstellungen von der Staatstreue des Bewerbers abhängig zu machen. Auf einer Vollversammlung der Hilfskräfte und Tutoren wurde beschlossen, im Wintersemester einen Streik durchzuführen, sollte einer von ihnen wegen seiner politischen Betätigung nicht eingestellt werden. An einer anschließenden Demonstration durch die Innenstadt nahmen rund 700 Leute teil

Studentenparlamentswahlen

Heidelberg. Aus den Wahlen zum Studentenparlament der Pädagogi-

Studentenparlamentswahlen
Heidelberg. Aus den Wahlen zum Studentenparlament der Pädagogi-
schen Hochschule Heidelberg gingen die Jungsozialisten mit 17 Sitzen (bisher 19) als stärkste Fraktion hervor. Die Einheitsliste der Kommunistischen Hochschulgruppe erhielt 5 gegenüber bisher 8 Sitzen. Die DKP-Studenten erhielten einen Sitz (gegenüber 2). Eine erstmals kandidierende rechte Studentengruppe erhielt 6 Sitze. Der neue AStA wird von den Jungsozialisten gestellt.

Westberlin. Bei den Wahlen zum Konvent der Pädagogischen Hochschule erhielt die "Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten" (GEW/SG) 1 328 Stimmen gegenüber rund 1 100 im Vorjahr. Die KHG erhielt 312, der KSV 215 Stimmen.

Für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung

Sandhausen. Am 24.6. rief hier der Arbeitkreis Jugendzentrum zu einer Demonstration für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung auf. Rund 50 Jugendliche nahmen daran teil. Schon seit fast 2 Jahren kämpft die Jugend in Sandhausen für ein Jugendzentrum. Die Jugendlichen forderten: Genügend Räume, finanzielle Unterstützung, kein Eingriff in die Selbstverwaltung

Bad Hersfeld. Am 21.6. fand in Bad Hersfeld eine Demonstration mit Kundgebung statt, um die Forderung der Jugendlichen nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum auf die Straße zu tragen. Ca. 100 Jugendliche nahmen daran teil. Seit Februar 1974 verspricht die Stadtverwaltung ein altes Bürohaus zu kaufen und als Jugendzentrum einzurichten. Nachdem Ende 1974 weit über 1 000 Unterschriften dafür gesammelt wurden, beschloß die Stadtverordnetenversammlung auch, dieses Gebäude zu kaufen. Bisher sind aber noch nicht einmal die Verkaufsverhandlungen im Gange.

Keine Streichung des Fahrtkostenzuschusses

Freiburg. Die Landesregierung hat beschlossen, ab 1. August 1975 den Fahrtkostenzuschuß für die auswärtigen Berufsschüler und Oberschüler ab der 11. Klasse zu streichen und für Schüler bis zur 11. Klasse den Eigenanteil von 8 DM auf 12 DM zu erhöhen. Nicht genug, daß wir die Lernmittel zum größten Teil selbst bezahlen müssen, daß der Unterricht wegen Nichteinstellung von Lehrern häufig ausfällt. Auch bei den Fahrtkosten will das Land jetzt wieder eine beträchtliche Summe auf die Lehrlinge und ihre Eltern abwälzen. Das können wir nicht hinnehmen!

Keine Streichung des Fahrtkostenzuschusses!
Keine Erhöhung des Eigenanteils!
Keine Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Schüler und Eltern!

Unter diese Resolution sammelten Genossen des Kommunistischen Jugendbundes (KJB) Freiburg an den letzten drei Schultagen Unterschriften an der Gewerbeschule II. In diesen drei Tagen unterschrieben insgesamt 305 Schüler und 2 Lehrer, 8 Klassen unterstützten geschlossen die Resolution. Eine Klasse hängte die Resolution ans Schwarze Brett und forderte die anderen Klassen auf, sie ebenfalls zu unterstützen. Weiter forderten sie die SIV auf, die Resolution und die Zahl der Unterschriften zu veröffentlichen und Anträge an die Landesregierung durchzusetzen. So wird an die SIV der Antrag gestellt, sofort nach den Ferien eine Klassensprechervollversammlung einzuberufen und die Gewerkschaften und die Eltern zur Unterstützung der Resolution aufzufordern.

–H., KJB-Freiburg–

Entlassung aus Volkshochschuldienst

... Kollegen und Gewerkschafter wehren sich dagegen

Zum zweiten Mal ist die Essener Lehrerin Flora Veit aus dem öffentlichen Dienst geflogen. Vor einem Jahr war sie auf Grund politischer Verdächtigungen gegen den Willen ihrer Schüler aus dem Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen entlassen worden.

Jetzt wurde ihr nach einer sechsmonatigen Probezeit als Studienleiterin an der Volkshochschule Oberhausen gekündigt. Die Gründe für ihre Entlassung wurden Frau Veit zunächst nicht genannt. Der Oberstadtdirektor war in Urlaub gefahren und hatte seine Beamten zur Verschwiegenheit verpflichtet. Auch dem Personalrat war ein Maulkorb umgehängt worden. Da Frau Veit eine ausgezeichnete Beurteilung von ihrem Vorgesetzten bekommen hatte, war es klar, daß politische Gründe maßgeblich waren.

Auf allen Ebenen der Stadtverwaltung und der Volkshochschule entwickelte sich der Protest gegen die Entlassung. Die Kollegen der Volkshochschule bezeichneten die Entlassung in einem Schreiben an den Oberstadtdirektor als einen "Angriff auf die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im öffentlichen Dienst". Die ÖTV-Vertrauensleute kritisierten aufs schärfste das Verhalten des Personalrats, der die staatliche Diskriminierungspolitik unterstützt habe, statt die Interessen der Kollegen zu vertreten. Die GEW Oberhausen forderte die sofortige Wiedereinstellung von Frau Veit. Auch die SPD-Fraktion im Stadtrat geriet über den Fall in einen heftigen Streit, so daß der Oberbürgermeister zum ersten Mal seit Kriegsende Schluß der Debatte fordern mußte.

Eine Versammlung von Dozenten und Hörern der Volkshochschule beschloß, eine öffentliche Podiumsdiskussion zu veranstalten, auf der die Verantwortlichen der Stadtverwaltung Rede und Antwort stehen sollten.

Trotz Hetze und Drohungen seitens der örtlichen SPD- und ÖTV-Führung und trotz Abwiegelei der Jusos erschienen zu der Podiumsdiskussion 180 Menschen. Die Vertreter der Stadt waren nicht erschienen.

In Briefen an die Veranstalter rechtfertigten sie ihr Verhalten damit, daß es sich um eine reine "Personalangelegenheit" handle. Der Oberbürgermeister, Frau Albertz, vermochte "einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Problematik der Berufsverbote nicht zu erkennen". Und der Oberstadtdirektor erklärte, er fühle sich nur dem Rat der Stadt verantwortlich. "Eine darüberhinausgehende Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit verbietet sich in einer repräsentativen Demokratie."

In der Podiumsdiskussion machte Frau Veit klar, daß alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch das besondere Dienstrecht zu Amtsverschwiegenheit, politischer Mäßigung und unbedingter Treue verpflichtet werden. "Die bürgerliche Klasse braucht eine Schutztruppe", sagte Frau Veit, "um mit ihrer Hilfe ihre Interessen gegen das Volk durchzusetzen. Dienstrecht und Berufsverbote sind die Mittel, um die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gefügig zu halten."

Die Jusos verurteilten zunächst lauthals die Berufsverbote und stellten sie als eine Maßnahme hin, die von faschistischen Kräften ausgeheckt sei und sich letztlich gegen die SPD richtet. Die Berufsverbote stünden im Widerspruch zum Grundgesetz, meinten die Jusos, obwohl doch Artikel 33 des Grundgesetzes alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf die "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" verpflichtet. Dann ließen sie die Katze aus dem Sack. Sie brachten eine Resolution ein, in der sie nicht die Wiedereinstellung von Frau Veit forderten, sondern die Anwendung des öffentlichen Dienstrechts: In einem Gerichtsverfahren solle geklärt werden, ob sie jederzeit für die "freiheitlich demokratische Grundordnung" eintrete. Diese Sorte von "Solidarität" fand unter den Anwesenden keine Sympathien, und so mußten die Jusos ihre Resolution zurückziehen.

Die DKP leugnete einfach das Vorhandensein eines besonderen Dienstrechts und trat lediglich für die Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses ein. Zu dem Verhalten von Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister schwieg sie ebenso wie zu der Forderung mehrerer Versammlungsteilnehmer nach öffentlicher Stellungnahme und Rechenschaftslegung für die Entlassung von Frau Veit. Mitglieder der Kommunistischen Gruppen aus Oberhausen und Essen kritisierten, daß die DKP nicht Rechte für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber dem Dienstherrn und für das Volk gegenüber dem Staat fordert, sondern die Verteidigung des Grundgesetzes, der bürgerlichen Verfassung.

Die Versammlung war ein Erfolg, denn es wurde die sofortige Wiedereinstellung von Flora Veit und das Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung gefordert.

– W., Kommunistische Gruppe Essen–

Verkaufsschau "Starker Schild"

Bundeswehr führt Werberummel für Waffenkapitalisten durch

Die Verkaufsschau "Starker Schild" wird seit langer Zeit von der "Lehrbrigade 9" auf dem Truppenübungsplatz Munster-Süd vorgeführt. In den letzten Wochen haben sich die Vorführungen gehäuft.

So wurde am Freitag, den 4.7.75, ein "Starker Schild" vor dem US-Verteidigungsminister Schlesinger und hohen Offizieren der NATO gefahren. Am Dienstag den 8.7. soll dasselbe für den türkischen Verteidigungsminister ablaufen. Auch veranstaltet die "Bonner Hardhöhe" diese Verkaufvorstellung für Offiziere aus südasiatischen Staaten (wie Südkorea, Thailand) oder Südamerika (wahrscheinlich auch für die chilenische Junta-Armee).

Diese Vorführung dauert etwa eine halbe Stunde, aber damit auch alles hundertprozentig klappt, müssen wir den "Starken Schild" vorüben. Manchmal bis zu acht Mal am Tag.

Wenn man die Verhältnisse auf dem Platz kennt, dann kann man verstehen, daß die Kameraden danach total verdreckt und kaputt sind.

Der Platz hat eine etwa 10 cm dicke Staubschicht über die die Panzer mit hoher Geschwindigkeit hinweg preschen. Dabei wird der Staub bis zu 20 m hoch in die Luft gewirbelt. Dazu kommen die hohen Temperaturen der letzten Tage, so daß das ganze mittlerweile wie ein Wüstenkrieg aussieht.

Als ich nach einer Vorführung mit einigen Kollegen meiner Kompanie über den "Starken Schild" diskutierte, kamen wir zu dem Schluß, daß wir als billige Reklamefiguren für die westdeutschen Waffenkapitalisten den Rummel veranstalten müssen, damit diese ihre Produkte besser an den Mann bringen können. (Als Beispiel: die US-Armee will den neuen Kampfpanzer Leopard A II in großer Stückzahl kaufen.)

M
Lehr Brigade 9–



Werbeanzeige der Firma Rheinstahl

Presseerklärung

Erklärung der Antimilitaristischen Gruppe Mannheim zur Entlassung von vier Soldaten

Am 19.6.1975 hat das Heeresamt Köln die unehrenhafte Entlassung von vier Soldaten aus der Bundeswehr verfügt, sowie drei weitere Strafversetzungen und zusätzlich Geldstrafen zwischen 120 und 200 DM. Unter den unehrenhaft entlassenen Soldaten sämtlich aus der Ludwig-Frank-Kaserne in Mannheim befinden sich gewählte Vertrauensleute der Soldaten: Gefreiter Kolb, Vertrauensmann der 3. Kompanie/970 und Gefreiter Weckenmann, zweiter stellvertretender Vertrauensmann der 2. Kompanie/970. Begründet werden die Maßnahmen der Armeeführung mit der Mitarbeit und Mitgliedschaft der Soldaten in der "Antimilitaristischen Gruppe Mannheim (AGM)". Als solche haben sie unter anderem die Aktivitäten gegen die hohen Kantinenpreise, Organisierung des Kantinenboykotts, unterstützt und organisiert und haben am 1. Mai an der DGB-Kundgebung und an der anschließenden Demonstration in Uniform teilgenommen; das alles ist den bestraften Soldaten vorgeworfen worden und es wurde ihnen unterstellt, durch "Zellenbildung" Politik unter die Soldaten getragen zu haben und mit der Politik der AGM den Zusammenhalt der Soldaten in der Bundeswehr beseitigen zu wollen.

Keineswegs aber ist die AGM irgendein konspirativer Zusammenschluß, vielmehr versammelt sie sich regelmäßig öffentlich und gibt dies auch mit Angabe von Ort und Zeit in ihrem Organ "Mannheimer Soldatenzeitung" bekannt. Anläßlich der Marine-Ausstellung ist die AGM mit Info-Ständen und einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit getreten.

Was den "Zusammenhalt der Soldaten" betrifft, so entwickelt dieser sich unter den Mannschaften unter Nutzung solcher demokratischer Zusammenschlüsse wie der AGM sehr gut. Das liegt daran, daß sich immer weniger Soldaten mit ihrer entrechteten Lage in der Bundeswehr zufriedengeben wollen und immer mehr gegen die Schikanen und die Unterdrückung durch die Offiziere rebellieren und sich zusammenschließen. Mit diesen Offizieren aber gibt es keinen "Zusammenhalt", denn er ist nach den Regeln von Befehl und Gehorsam bestimmt und steht unter dem Kommando der bürgerlichen Klasse.

"Zusammenhalt der Soldaten" als "Korpsgeist" gemeinsam mit den bürgerlichen Offizieren, Unterwerfung unter ihr Kommando, geht immer weniger, wo die Spaltung der Gesellschaft in Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse in jeder Bewegung unter den Massen hervortritt. Keinen Grund hat der junge Arbeiter zusammenzuhalten mit einem, der sich von seiner Offizierslaufbahn mit einigem Grund ein Sprungbrett zum späteren Kapitalistenmanager verspricht.

Die entlassenen Soldaten sind aktiv dafür eingetreten, die bewaffneten Formationen wie Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei nicht in der Hand der bürgerlichen Klasse zu belassen, sondern in den Dienst der großen Mehrheit des Volks zu stellen, durch die allgemeine Volksbewaffnung in Form einer demokratischen Volksmiliz. Deshalb haben sie sich zusammen mit anderen Soldaten und Reservisten in der Antimilitaristischen Gruppe Mannheim zusammengeschlossen.

Zusammenschluß unter den einfachen Soldaten und Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse und dem Volk, wie dies sich in ihrer Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration dokumentiert hat, das hassen die bürgerliche Klasse und ihre Offiziere wie die Pest. Das fürchten sie auch als reale Gefahr, weswegen das Heeresamt zur Begründung der unehrenhaften Entlassung schreibt: "Ein weiteres Verbleiben in der Bundeswehr würde nicht nur ein Beibehalten, sondern eine weitere Erhöhung der bereits bestehenden ernsthaften Gefährdung bedeuten, weil dies ihrem Ziel der Verwirklichung ihrer politischen Forderungen durch Zellenbildung entgegenkäme".

Die Maßnahmen des Heeresamtes richten sich also direkt gegen den demokratischen Zusammenschluß der Soldaten und den politischen Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse und dem Volk; von solchen Bestrebungen soll die Armee gesäubert und freigehalten werden. Dies wird weder durch die entlassenen Soldaten anerkannt werden, noch werden sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diesen Angriff auf Dauer gefallen lassen.

Wir fordern jetzt:

- Rücknahme der Entlassungen
- Rücknahme aller Strafversetzungen und aller Disziplinarstrafen
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr!

AGM-Mannheim

4000 Mark wegen "Verunglimpfung

Bruchsal. Am Dienstag, dem 23.6.1975, fand gegen den presserechtlich Verantwortlichen und drei Verteiler des "Querschlägers", der Zeitung der Bruchsaler Soldatengruppe, ein Prozeß wegen "Wappenverunglimpfung" vor dem Bruchsaler Jugendgericht statt.

Es wurde uns vorgeworfen, den Bundesadler der BRD verunglimpft zu haben, weil dieser auf dem Deckblatt des "Querschlägers" statt mit einem Adlerkopf mit einem Totenkopf und Stahlhelm abgebildet ist.

Oberstleutnant Schade von der Bundeswehr (Bruchsaler Eichelberg-Kaserne) und der Staatsanwalt gingen bei dieser Anklage von der Behauptung aus, daß wir den Bundesadler als Symbol des Todes und Tötens diffamiert und die Bundeswehr als eine Armee, die tötet, denunziert hätten.

In unseren Aussagen zeigten wir an vielen Beispielen den Charakter der Bundeswehr auf. Wir zeigten an Manöverbeispielen, an Äußerungen von Politikern und Analysen der Bundeswehrführung, daß die Bundeswehr in einer bestimmten Situation töten und morden kann. Wir wiesen nach, daß die Bundeswehr das Töten übt und daß sie dabei ganz bestimmten Interessen dient, nämlich den Interessen des Kapitals, indem sie vorbereitet wird, gegen streikende Arbeiter eingesetzt zu werden. Wir zeigten, daß die Bundeswehr ein Herrschaftsinstrument der westdeutschen Bourgeoisie ist, daß die Bundeswehr als Mitglied der NATO zusammen mit den USA sich auf imperialistische Kriege vorbereitet.

Wir hielten dem Gericht entgegen, daß militärische Zusammenstöße stets Zusammenstöße im Kampf um die politische Macht sind und zwar um eine ganz bestimmte. Eine Armee wie die Bundeswehr, die eine vom Volk getrennte Institution des Staates darstellt, muß bekämpft werden zugunsten einer Volksmiliz, in der die Arbeiterklasse und das Volk über die Waffen bestimmen.

Weder der Staatsanwalt noch der Richter in seinem Urteil gingen auf die angeführten Tatsachen und Beispiele ein. Der Richter verkündete in seinem Urteil, wir hätten die Ehre der Bundeswehr verunglimpft und sie mit der Darstellung des Bundesadlers mit Totenkopf und Stahlhelm diffamiert. Indem wir die Existenz der Bundeswehr mit Töten verknüpft hätten, hätten wir den Boden der zulässigen Kritik verlassen. Eine solche Kritik dürften wir erst dann mit einer solchen Darstellung zum Ausdruck bringen, wenn wie in Chile oder bei der Hitlerarmee der Beweis dafür erbracht worden ist.

Obwohl der Prozeß vor dem Jugendgericht stattfand, da drei Angeklagte unter 21 Jahren waren, stellte der Richter fest, daß hier bei der Strafzumessung das Erwachsenenstrafrecht angewendet werden müsse.

Der Richter sagte dazu, "*daß es sich diese Angeklagten wahrscheinlich verbitten würden, als unreife Jugendliche behandelt zu werden*". Wir seien alle Überzeugungstäter und hätten als "reife" Menschen gehandelt, und diese "Reife" würde sich nicht mehr ändern. Der Strafzumessung liege die Auffassung des Gerichts zugrunde, daß der Staat seine freiheitlich demokratische Grundordnung mit allen Mitteln zu verteidigen habe und sich der Staat durch uns nicht aus den Angeln heben ließe. Insgesamt wurde uns eine Geldstrafe in Höhe von über 4 000 DM aufgebrummt.

Das Urteil wird die Bruchsaler Soldatengruppe, die sich inzwischen zu einer Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee weiterentwickelt hat, nicht mundtot machen können.

–U., Bruchsal–

Auch in der Kaserne:

Unterschriften gegen 218

Ich bin Soldat in Sigmaringen. Da ich die Aktion gegen den § 218 für Volksabstimmung voll unterstütze, fand ich es nur richtig, auch in der Kaserne die Unterschriftensammlung durchzuführen.

Da ich in Freiburg wohne, habe ich mir dort eine Unterschriftenliste besorgt. Zuerst habe ich etwas Scheu gehabt meine Kameraden wegen einer Unterschrift anzusprechen. Doch dann haben in kurzer Zeit über 20 Kameraden die Forderungen: Weg mit dem § 218! Volksentscheid! mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Die meisten haben sofort unterschrieben, weil sie empört darüber waren, daß der Staat – in Gestalt des Bundesverfassungsgerichts – die Bevormundung der Bevölkerung für alle Zeiten zementieren will. Darum vertraten sie auch einhellig die Meinung, daß es richtig sei, daß das Volk über diesen Schandparagrafen entscheiden muß, und zwar mit dem Inhalt, daß dieser Paragraf, der jährlich Hunderttausende von Frauen zu Kurpfuschern treibt, die nur allzu oft die Gesundheit der Frauen ruinieren, ersatzlos gestrichen wird.

Einem Argument gegen die ersatzlose Streichung des § 218, dem man öfters begegnet, daß die Freigabe der Abtreibung dazu führen würde, daß viele Frauen diese unverantwortlich ausnutzen würden, und daß dem sittlichen Verfall gerade der Jugend Tür und Tor geöffnet sei, muß man entgegenhalten: Keine Frau treibt leichtfertig ab, sondern es sind die Verhältnisse, die es vielen Familien unmöglich macht, Kinder zu haben und zu erziehen. Und es ist geradezu ein Hohn, Verhütung und Abtreibung gegeneinander auszuspielen. Dem entgegentreten wird auch die Aufgabe der Frauen sein, die die Tortur einer Abtreibung hinter sich bringen mußten.

Im Zentrum der Argumentation müssen immer die Verhältnisse stehen, die zur Abtreibung zwingen, und ein Staat, der diese Verhältnisse aufrechterhält, hat nicht das Recht, die Folgen dieser Verhältnisse unter Strafe zu stellen.

Weg mit dem § 218!
Volksentscheid gegen den § 218!

–Soldat, Sigmaringen
Graf-Staufenberg-Kaserne-

Mit 300 Polizisten das Gebäude gestürmt

Westberlin. Am amerikanischen Unabhängigkeitstag veranstalten die US-Besatzertruppen in Westberlin traditionell eine Feier auf ihrem Gelände, das direkt neben der Freien Universität liegt. Traditionell protestieren die Studenten an jenem Tag gegen die Verbrechen des US-Imperialismus in aller Welt und gegen seine Anwesenheit in Westberlin.

Damit die US-Besatzer ungestört feiern können, schreckt der Polizeiapparat vor nichts zurück: ein Komilitone, der in einem Seminar zur Teilnahme an den Kundgebungen aufforderte, wurde dabei von einem Spitzel in Zivil beobachtet, der sich in den Gängen des Instituts herumtrieb. Als er per Funkspruch die Polizei vor dem Gebäude informieren wollte, wurde er von den Studenten entdeckt und entwaffnet, d. h. Pistole, Funkgerät und Dienstmarke wurden ihm abgenommen. Daraufhin stürmten ca. 300 Polizisten das Gebäude, prügelten die Studenten aus den Seminaren, durchwühlten alle Taschen und kontrollierten die Ausweise. Einige Zeit wurde das Institut besetzt gehalten.

Am Abend desselben Tages wurden willkürlich zwei Studenten und ein Kollege verhaftet, weil der Polizeispitzel sie angeblich auf Fotots als diejenigen erkannt haben wollte, die ihn entwaffnet hätten. Obwohl alle drei mehrere Zeugen haben, daß sie zur fraglichen Zeit gar nicht in der Freien Universität waren, wurde Haftbefehl erlassen wegen schweren Raubs!

Gegen diese Willkürakte der Polizei fanden und finden Protestkundgebungen an der Universität und in der Stadt statt mit der Forderung: Sofortige Freilassung der drei Verhafteten!

–M. Kommunistische
Hochschulgruppe Westberlin–

Ein seltsamer Transport

Nächtlicher Transport von Atomsprengköpfen

Ein Kamerad berichtete mir kürzlich von folgender Übung:

Er gehört der Transportkompanie in Flensburg 611 Sonderwaffen an Am 1.6.1975 fuhren sie auf eine Übung im Raume Niedersachsen, wobei sie als Begleitzug einer Transportbatterie aus Kellinghusen eingesetzt wurden. Es war also ein lose zusammengesetzter Haufen aus verschiedenen Einheiten. Warum dies so war, wurde im Verlauf der Übung klar. In Kellinghusen mußten zuerst alle eine Erklärung unterschreiben, daß sie über die Übung und deren Verlauf keine Auskunft geben würden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden sie im Unklaren gelassen, was für eine Aufgabe sie bei der Übung hatten. Erst als alle unterschrieben hatten, ließ der Kompaniechef die Katze aus dem Sack. Sie hatten die Aufgabe, Transporte mit Atomköpfen für Artillerie-Raketen durchzuführen und dieselben zu begleiten und zu sichern. Diese Transporte wurden nachts durchgeführt. Am Tag wurden die Kernbomben in irgendeiner kleinen Ortschaft gelagert.

Das sah dann so aus: Sie fuhren in den Ort rein, dann wurden mehrere Bauernhöfe und der Dorfplatz besetzt. Auf dem Dorfplatz wurde alles durch Nato-Draht abgesperrt. Hier wurden die nachfolgenden Atomköpfe und Raketenteile gelagert (Attrappen). Dann wurde der ganze Platz zum militärischen Sicherheitsgebiet erklärt und scharf bewacht. Die Bevölkerung wußte natürlich nicht, was da so friedlich in ihrer Mitte gelagert wurde.

Da der BRD offiziell keine Atombomben gehören und sie auch keine besitzen darf, sah man auch ab und zu einen amerikanischen Soldaten durch die Gegend laufen, der die westdeutschen Soldaten überwachen sollte. Aber alleine die Tatsache, daß es bei der Bundeswehr Einheiten wie die Transportkompanie Sonderwaffen gibt, die keine anderen Aufgaben haben, als Transporte mit Kernwaffen sowie deren Bewachung in geheimen Munitionslagern (zum Beispiel Lager Meinz kurz hinter Flensburg) zu übernehmen und die auf dieses Ziel hin ausgebildet werden, zweitens aber die ganze Planung und Durchführung der Übung lassen erkennen, daß der westdeutsche Imperialismus die feste Absicht hat, sich Verfügung über Atomwaffen zu verschaffen und daß er in seinen militärischen Planungen auf den Besitz solcher Waffen baut.

Ein Außenstehender konnte beim Verlauf der Übung nicht erkennen, was sich da abspielte, und so kam es auch zu keinen Protesten wegen der Bomben von der Bevölkerung.

Hier sieht man ganz deutlich, wie die Bundeswehr ihre aggressiven Ziele durchsetzt, indem sie ihren Soldaten und der Bevölkerung Sand in die Augen streut.

Y., Flensburg-Weiche

Außenminister Genscher auf Afrikareise

Nach den Siegen der afrikanischen Völker steht der BRD-Imperialismus vor dem Scherbenhaufen seiner Politik

Bundesaussenminister Genscher hat eine zehntägige Afrikareise abgeschlossen. Vom 29.6. bis zum 7. Juli war er unterwegs. Er besuchte Liberia, Ghana, Sambia und Malawi. Diese Reise sollte "außenpolitisch bewußt über die Grenzen der vier besuchten Länder hinauswirken und Anstöße für die deutsche Afrikapolitik liefern". (Mannheimer Morgen, 30.6.).

Diese hat der BRD-Imperialismus nötig. Zwar geht es für ihn nicht darum, sich erstmals in Afrika festzusetzen. Schon immer hat er zu denen gehört, die an der rücksichtslosen Ausplünderung der natürlichen Reichtümer der afrikanischen Staaten und Kolonien beteiligt waren. Bloß hat er dies im Windschatten und im Gefolge des US-Imperialismus und der Kolonialmacht Portugal getan. Die Kolonialkriege der portugiesischen Kolonialmacht hat er mit Waffen und Geld unterstützt. Portugal ist als Kolonialmacht im Feuer des bewaffneten Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen zusammengebrochen. Der US-Imperialismus ist in Afrika verhaßt. Der westdeutsche Imperialismus ist Mitbetroffener dieses Trümmerhaufens imperialistischer Politik und muß Scherben kitten. Deutlich ist ihm dies geworden, als er zur Unabhängigkeitsfeier Mozambiques erst gar nicht eingeladen wurde. Weshalb Genscher bei seinem Besuch in Sambia Präsident Kaunda hofierte: *"Vermutlich hat der Minister Kaunda ersucht, bei Machel vorzufühlen, wann die FRELIMO diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen will. Denn das entsprechende Angebot Bonns ist nun schon zwölf Tage lang unbeantwortet geblieben.*
(Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.7.75)

Genscher verfolgte mit seiner Reise die Absicht, die selbständigen Beziehungen des BRD-Imperialismus voranzubringen und gut Wetter bei ihnen zu machen. Das Außenministerium hat es vorbereitet. Bereits im Januar 1975 war eine Botschafterkonferenz aller westdeutschen Afrika-Botschafter in Nairobi einberufen worden; im Juni wurden in Bonn alle akkreditierten Botschafter der afrikanischen Staaten vom Auswärtigen Amt eingeladen, offensichtlich um die selbständigen Beziehungen der BRD zu diesen gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten zu pflegen. *"Die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist an einer Offenhaltung der Weltmärkte interessiert. Dem stehen in der Dritten Welt unverkennbar dirigistische Tendenzen gegenüber." (Mannheimer Morgen, 30.6.).* Dem BRD-Imperialismus mißfällt, daß die Staaten Afrikas nicht der für ihn wohlfeilen Ausplünderung offenstehen, sondern sich zusammenschließen und eine Politik der Selbständigkeit und Unabhängigkeit betreiben. Das ist für ihn Dirigismus.

Schließlich hat Genscher die Entwicklung im Süden Afrikas erörtern wollen, die ihm Kopfzerbrechen und Sorge bereitet. Sorge wird ihm bereiten, daß auch das Südliche Afrika sich erhebt im Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus, daß die vorletzte Bastion Zimbabwe wankt, die Unterstützung Namibias in der ganzen Welt zunimmt und Südafrika so das letzte Bollwerk ist. Verständnis wollte er dafür erhalten, daß der BRD-Imperialismus sich bei den Staaten Afrikas als Freund einführen will, gleichzeitig aber wichtigster Garant der Aufrechterhaltung des rassistischen Vorster-Regimes ist: Eine undankbare Aufgabe. Zu offensichtlich ist das Doppelspiel des BRD-Imperialismus: in der Maske des Biedermannes sich einschleichen, gleichzeitig die letzte direkte Bastion des Imperialismus zu unterstützen. Im April hielt sich Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Rohwedder bei einer Ausstellung in Südafrika auf und erklärte: er sei dankbar, an der *"faszinierenden Phase der Entwicklung Südafrikas"* teilzuhaben. Weiter versicherte er, daß *"der deutsche Markt für südafrikanische Firmen offen bleiben wird". "Ich glaube, daß Deutschland und Südafrika auf vielen Gebieten erfolgreich zusammenarbeiten können"* (nach: 3. Welt-Magazin). Das stimmt: *"Der Trend der deutschen Aktivität in der südafrikanischen Wirtschaft hat sich in den letzten zwei Jahren enorm verstärkt. Der lebhafte Ausbau der deutsch-afrikanischen Beziehungen kommt darin zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik den traditionellen Handelspartner Großbritannien überflügelt hat und nunmehr auf der Importseite die Position des größten Lieferanten für Südafrika übernommen hat."* (Süddeutsche Zeitung. 5.Juli 75).

Wer ein solches schmutziges Doppelspiel betreibt, wird nicht gut vorankommen. Genscher und der BRD-Imperialismus betrachten Afrika bloß als Quelle von billigen Rohstoffen und als einen günstigen Absatzmarkt für ihre Industriewaren. Mehr soll es nicht sein. Allerdings, mit dem Taktstock können sie nicht mehr anreisen. Genscher wollte vorbeugen, damit es auf der UNO-Konferenz und auf den internationalen Rohstoffkonferenzen nicht zur Wiederholung *"der geradezu feindseligen Aktionen gegen die Industrieländer kommt"* (Mannheimer Morgen). Wenig Erfolg hat er gehabt, er konnte nicht mehr mit der Geste auftreten, daß der BRD-Imperialismus diese Länder "entwickelt" habe und sie von ihm abhängig seien. Die Staaten der Dritten Welt haben sich die Unabhängigkeit erkämpft. Ausgerechnet Genscher werden sie sie nicht zu Füßen legen. –H.J.H.–

Namibia

Das südafrikanische Kolonistenregime zwingt die Afrikaner in Reservate

"Südafrika ist ein herrliches Land. Das einzige in Afrika übrigens, das heute noch dem privaten Auslandskapital und der weißen Einwanderung einen Anreiz bieten kann." (Süddeutsche Zeitung vom 5. Juli 1975) Mit solchen Lockungen treten gegenwärtig die Ideologen des imperialistischen Kapitalismus in Westdeutschland verstärkt auf. Sie versuchen der wachsenden Isolierung des weißen Kolonialistenstaates durch den Befreiungskampf der afrikanischen Völker entgegenzuwirken. Tatsächlich haben sie in Südafrika ein Paradies zu verlieren: Ein Riesenheer schwarzer Arbeitskräfte wird in völliger Rechtlosigkeit gehalten und bis aufs Blut ausgepreßt. An Nachschub für dieses Arbeitsheer gibt es vorläufig keinen Mangel: Das Kolonialistenregime hält in Namibia gegen Beschluß der UNO ein ganzes weiteres Land besetzt, das es als eine Art Reservat benutzt. Der folgende Artikel beleuchtet die Politik der Südafrikanischen Republik in Namibia gegenüber der schwarzen Arbeiterbevölkerung des Landes.

Seit 1920 hat die Republik Südafrika (RSA) die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika als Mandatsgebiet des Völkerbundes übernommen. Sie hat dort mehr und mehr ihre Apartheidsgesetze und ihr Wirtschaftssystem eingeführt und Namibia immer stärker in die Republik integriert. Die Forderung, für die Entwicklung und den sozialen Fortschritt der Bevölkerung zu sorgen, hat sie nicht erfüllt; sie hat die Reichtümer des Landes für sich ausgebeutet. Seit 1954 ist das Südafrikanische Ministerium für Bantu-Angelegenheiten auch für die Bevölkerung Namibias zuständig, was eine Direktverwaltung durch die südafrikanische Regierung bedeutet.

In Namibia leben etwa 750 000 Menschen, davon sind 12 % Weiße. Diese 12 % verfügen aber über 61 % des Landes, die 39 %, die der afrikanischen Bevölkerung überlassen sind, liegen größtenteils in den regenärmsten Gebieten, in denen auch die Versorgung mit Brunnen sehr gering ist. Das von den Weißen beanspruchte Gebiet ist die sogenannte "Polizeizone", in der die afrikanische Bevölkerung sich nur aufhalten darf, wenn sie dort auch arbeitet: in den Bergwerken, in der Fischereiindustrie oder als Landarbeiter auf den Farmen der Weißen. Wer keine Arbeit hat, wird in sein "Homeland" abgeschoben.

Was sind die Homelands?

Die Homelands sind Reservate für die afrikanische Mehrheit. Sie wurden 1964 von der sogenannten Odendaal Kommission nach dem Muster der Bantustans in der Republik Südafrika festgelegt. Es sind willkürlich festgelegte Gebiete, die oft mit den traditionellen Wohngebieten der Stämme nichts zu tun haben, die aber für die Weißen uninteressant sind. Die Angehörigen anderer Stämme, die in diesem Gebiet leben, werden zwangsumgesiedelt. Wirtschaftlich sind diese Homelands nicht lebensfähig, sie liegen abseits der großen Verkehrswege, haben praktisch keine Industrie, keine Arbeitsplätze. Die Landwirtschaft reicht meist nicht aus zur Ernährung einer Familie, schon gar nicht zum Gelderwerb, da der Boden zu knapp und zu trocken ist – die traditionelle extensive Viehwirtschaft ist hier wegen zu hoher Bevölkerungsdichte nicht möglich. Die arbeitsfähigen Männer in den Homelands sind daher gezwungen, sich durch ein Rekrutierungsbüro für die Arbeit in der Polizeizone anwerben zu lassen.

Welchem Zweck dienen diese Homelands?

1. Sie sollen billige Arbeitskräfte für die Industrie- und Farmbetriebe in den weißen Gebieten bereitstellen. Die Arbeiter können nur zeitlich begrenzte Verträge (meist 18 Monate) abschließen; nach dieser Zeit müssen sie in ihr Homeland zurückkehren. Die Familien müssen in den Homelands zurückbleiben, dadurch werden die Kosten für soziale Einrichtungen wie Schulen, Gesundheitsversorgung, Altersversorgung in der Polizeizone eingespart, für diese Einrichtungen ist das Homeland zuständig. In der Polizeizone ist nur der produktive Teil der afrikanischen Bevölkerung erwünscht – er ist die Grundlage der Wirtschaft – alle anderen Bevölkerungsschichten werden abgeschoben.

2. Die Einrichtung der Homelands soll der Weltöffentlichkeit Selbstbestimmungsrechte der afrikanischen Bevölkerung vortäuschen. Diese lokale "Selbstbestimmung" ist aber eine Farce, da das südafrikanische Regime in Namibia weiterhin über die Reichtümer des Landes, über seine Menschen und die sozialen und politischen Strukturen total und allein bestimmt.

3. Durch die Homelands sind die Afrikaner in allen anderen Gebieten Namibias "Ausländer"; sie benötigen einen Paß, um ihr Homeland verlassen zu können; dadurch können die Arbeitskräfte wirksam kontrolliert werden.

4. Durch die Spaltung in einzelne Stämme soll der Widerstand des namibianischen Volkes geschwächt werden.

Die südafrikanische Regierung setzte in den Homelands traditionelle Stammesführer ein, die ihr genehm sind. Dadurch verhindert sie auch lokale Selbstbestimmung der Bevölkerung. Der Marionettenregierung der Homelands fallen nur lokale Verwaltungsaufgaben zu, und selbst hier hat die südafrikanische Regierung ein Vetorecht; Gerichtsentscheidungen können vom obersten Gerichtshof Südafrikas aufgehoben werden.

Auseinandersetzung um die Wahlen in den Homelands

Wie groß das Interesse der südafrikanischen Regierung an den Selbstverwaltungsgremien der Homelands ist und wie wenig sich die Bevölkerung durch sie repräsentiert sieht, kann man an den Wahlen in Ovamboland sehen. 1973 fanden dort Wahlen statt, zu deren Boykott die SWAPO (Volksorganisation von Namibia) aufgerufen hatte. Obwohl während der Wahl in Ovambo der Ausnahmezustand herrschte, Versammlungsverbot bestand und viele SWAPO-Mitglieder und Sympathisanten verhaftet wurden, wählten nur 2,5 % der Bevölkerung. Bei der Wahl im Januar 1975 – der Ausnahmenzustand bestand immer noch – wurde die Bevölkerung äußerst massiv unter Druck gesetzt, an der Wahl teilzunehmen. Nach einem Baricht der internationalen Juristenkommission wurde die Teilnahme an der Wahl auf der Rückseite des Personalausweises vermerkt. Kontraktarbeitern wurden die Pässe ohne diesen Vermerk verweigert. "Wählt und arbeitet oder verhungert" wurde ihnen gesagt. Beim Staat Beschäftigten wurde mit Entlassung gedroht, Rentnern mit Entzug der Rente; die Polizei der Marionettenregierung schüchterte die Bevölkerung ein. Die Wahlbeteiligung in Ovambo betrug 55 %, was die Republik Südafrika als Mißerfolg der SWAPO hinstellt; dies wird aber schon dadurch widerlegt, daß von den Ovambos, die zu diesem Zeitpunkt in der Polizeizone arbeiteten und dort diesem massiven Druck nicht ausgesetzt waren, nur 4 % an der Wahl teilnahmen.

Die längerfristige Politik der Republik Südafrika in bezug auf die Homelands: Da die UNO Südafrika die Mandatsgewalt über Namibia abgesprochen hat und der Druck der Weltöffentlichkeit auf Südafrika wächst, strebt die Republik Südafrika an, zumindest den sechs nördlichen Homelands, die an der Grenze zu Angola liegen, allmählich formal die Unabhängigkeit zu geben. Die sechs Homelands würden dann als Pufferstaaten gegen die schwarzafrikanischen Staaten im Norden dienen; da sie auf Grund ihrer Größe und Struktur nicht lebensfähig wären, würden sie wirtschaftlich und politisch von Südafrika abhängig bleiben. Die Polizeizone und die übrigen vier kleinen Reservate könnten dann entweder der Republik Südafrika einverleibt oder zumindest von der weißen Minderheit beherrscht bleiben. Durch Einrichtung der verschiedenen Homelands und ihre getrennte Verwaltung soll ein unabhängiges Namibia verhindert werden. Dies entspricht der Gesamtpolitik der Republik Südafrika im südlichen Afrika: Sie versucht, einen Kranz formal selbständiger, von ihr abhängiger Staaten (Swaziland, Lesotho, Botswana, Malawi) zu bilden, der sie vom restlichen Afrika abschirmt.



Diese Grafik stammt aus dem "Volksbuch Unsere Kolonien", Leipzig 1938. Sie zeigt, wie der deutsche Imperialismus sich vor 1914 unter anderem in Namibia, dem ehemaligen "Deutsch Südwestafrika" bereichert hatte. Das Wesen der Sache ist bis heute gleich geblieben. In Namibia unterstützt die BRD das südafrikanische Regime. Die SWAPO erklärte zum Genscher-Besuch, die Bundesrepublik handle wie ein Erbfeind des Volkes von Namibia.

Die SWAPO führt den Befreiungskampf an

Das Volk von Namibia hat sich zur Organisierung seines Kampfes um Unabhägigkeit und Selbstbestimmung 1959 in der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) ein Instrument geschaffen. Die Initiative ging von den Arbeitern in den Lagern und Slums in den Industriegebieten aus. Ihre Aufgabe ist es, den Kampf für die Einheit und Selbstbestimmung des Volkes von Namibia voranzutreiben. Zunächst führte sie diesen Kampf mit friedlichen Mitteln, für den bewaffneten Kampf entschied sie sich, nachdem Südafrika die Herrschaft auch nicht aufgab, als diese durch die UNO für illegal erklärt und die SWAPO von der UNO und der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) als einzige rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia anerkannt wurde. Neben der SWAPO gibt es noch einige andere Parteien, ihre Entstehung ist hauptsächlich das Ergebnis der nach Stämmen getrennten Homeland–Politik der südafrikanischen Regierung. Aber alleine die SWAPO findet breite Unterstützung in der gesamten Bevölkerung. Die Republik Südafrika versucht sie als Partei der Ovamba darzustellen und es ist ihr gelungen, die Nationale Konvention, einen Dachverband von Parteien und Stammesführern, mit dem Argument zu spalten, 'die Ovambos strebten die Vorherrschaft über alle Stämme an! Dadurch sollte das Volk zersplittert werden, um die rassistische Herrschaft der Kolonialisten zu erhalten. Inzwischen hat die SWAPO Anfang 1975 den Zusammenschluß mit SWANU, Rehoboth Volksparty und Damara Executive Council, zur Namibia Einheitsbewegung (NUM) als Antwort auf den Spaltungsversuch erreicht. Die übriggebliebene 'Nationale Konvention' ist keinerlei Vertretung des Volkes von Namibia mehr.

Die SWAPO fordert Freiheit und nationale Unabhängigkeit des gesamten Territoriums von Namibia, Volksdemokratie, Selbstbestimmung durch Mehrheitsregierung, eine gerechte Verteilung der Reichtümer des Landes (Landfläche, Wasser, Bodenschätze) und der Produktionsmittel. Sie fordert die Abschaffung von Rassismus und Stammesdenken. Nur ein einheitliches Namibia unter der Führung der SWAPO kann verhindern, daß nach der Unabhängigkeit Namibia in zehn von der Republik Südafrika abhängige Kleinstaaten aufgespalten wird, die der Vorherrschaft der Republik Südafrika in diesem Gebiet nichts ändern würden.

–U.S./Komitee Südliches Afrika Heidelberg–

Streik portugiesischer Telefonarbeiter

Am Mittwoch vergangener Woche waren vom portugiesischen Revolutionsrat gegen einen Streik der Lissabonner Telefonarbeiter, der die gesamten Verbindungen lahmlegte, Truppen aufgeboten worden. Die Soldaten zogen noch am Nachmittag desselben Tages wieder ab. Die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter übernahmen wieder die Kontrolle. (Nach 'Frankfurter Rundschau' vom 4.7.1975)

Von Arbeitern besetzter portugiesischer Rundfunksender wird verstaatlicht

Streikende Arbeiter, die den katholischen Rundfunksender "Renascenca" in Portugal besetzt halten, hatten sich vergangene Woche geweigert, einem Beschluß des Revolutionsrates zu folgen und den Sender an die Kirche zurückzugeben. Der Revolutionsrat beschloß daraufhin die baldige Verstaatlichung des Rundfunks. Vorläufig soll eine Militärkommission die Rundfunkstation übernehmen.

Kapverde

Das Volk baut ein neues Leben auf

"Das Wesentliche des politischen Kampfes hier auf den Kapverden ist der wirtschaftliche Kampf. Das Archipel ist in einem in jeder Hinsicht katastrophalen Zustand. Es ist unvorstellbar, in welchem Stadium der Verfaulung ein überreifes System ankommen kann." (Aristides Pereira, Generalsekretär der PAIGC, Afrique Asie 5.7.75).

Kapverde, Grünes Kap, nannten die Kolonialisten die Inseln wegen ihrer üppigen Vegetation, als sie sie vor 500 Jahren in Besitz nahmen und zu einem Stützpunkt für den Sklavenhandel machten. Heute gibt es keine Bäume mehr auf der Insel, der Pflanzenwuchs ist fast völlig zerstört.

Die Kolonialisten und Kapitalisten hatten kein Interesse daran, eine selbständige Wirtschaft aufzubauen und dafür die natürlichen Reichtümer einzusetzen und zu erhalten. Die Kolonien sind besonders günstige Profitquellen. Die landwirtschaftlichen Produkte, die in Europa gut zu verkaufen waren, wurden den Bauern abgenommen, Baumwoll- und Zuckerrohranbau eingestellt, weil es anderswo günstiger zu haben war. Krankes Saatgut wurde eingeführt und nichts gegen die verursachten Pflanzenseuchen unternommen. Die Zerstörung der selbstversorgenden Wirtschaft war im Interesse der Kolonialisten und Imperialisten, weil dadurch die Bewohner der Kapverden gezwungen waren, sich als billigste Lohnsklaven in den Plantagen, Bergwerken und Fabriken in Kapverde, Angola, Mozambique, Portugal und Südamerika zu verkaufen. Auf Kapverde verdient ein Arbeiter z. B. Beim Straßenbau DM 1,50 pro Tag, in den 2 Pl antagen (Kaffee und Bananen) DM 2,50 (1 kg Reis kostet 3 DM – Angaben vom Sommer 74).

In Folge dieser 'Politik der Unterentwicklung' leben heute fast dreimal soviele Bewohner der Kapverden im Ausland als auf den Inseln selber. Die durch die Raubwirtschaft verursachte Zerstörung der Vegetation bewirkte, daß der während weniger Wochen im Jahr fallende Regen nicht festgehalten wird, wodurch der Boden austrocknet und die Zerstörung der Vegetation beschleunigt wird.

Für die Kapverden bedeutet das regelmäßig Hungersnöte, in denen bereits mehr Menschen umkamen, als die derzeitige Gesamtbevölkerung ausmacht. In diesem Jahrhundert gab es bereits in 20 Jahren allgemeine Hungersnot. Seit 7 Jahren hat es nicht mehr geregnet, nichts haben die Kolonialisten unternommen, um das vorhandene Grundwasser zu heben. Solange sie billige Arbeiter in ihren Plantagen und Bergwerken haben, war es für sie gut, wenn die übrige Bevölkerung durch die Hungersnöte in ihrer Widerstandskraft geschwächt wurde. Als z. B. Ende der 60 er Jahre die ersten Todesopfer der bis jetzt andauernden Trockenperiode die Bevölkerung der Insel San Vicente veranlaßte, die Kolonialverwaltung um Hilfe zu bitten, war ihre Antwort: Der Friedhof würde erweitert.

Da es nicht im Profitinteresse war, wurde natürlich auch nichts für die Erziehung und Gesundheitsversorgung unternommen. Nur 14 % der Kinder haben eine 4-jährige Volksschulausbildung, eine Krankenversorgung existiert für die afrikanische Bevölkerung nicht.

"Was die armen und unterdrückten Völker einzig und allein brauchen, sind zwei Dinge: souveräne Verfügungsgewalt über ihre eigenen Bodenschätze und sonstigen Ressourcen und Arbeitskraft zu ihrer sinnvollen Verwendung. Das eine hilft ohne das andere nicht. Wo die menschliche Arbeitskraft fehlt, bleiben Ödflächen ungenutzt, werden Bodenschätze nicht abgebaut. Wo über die Bodenschätze die Imperialisten oder die einheimischen Kapitalisten verfügen, muß die 'überflüssige' Arbeitskraft verhungern." (Kommunismus und Klassenkampf, 4/1974).



Mitglieder der Amilkar Cabral-Jugend, einer Massenorganisation der PAIGC

Spenden zur Unterstützung der PAIGC

Zur Unterstützung der PAIGC beim Aufbau eines unabhängigen Kapverde hat das Komitee Südliches Afrika (KSA), 69 Heidelberg, Postfach 103 368 eine Projektgruppe gebildet. In Zusammenarbeit mit dem 'Instituto Caboverdeano de Solidariedade' wird die Beschaffung von Schreibmaterial für Schulen und die Ausstattung von Sanitätsstationen mit Medikamenten und Geräten unterstützt. Außerdem werden auch einige Ärzte über das KSA nach Kapverde gehen, um den Aufbau der Gesundheitsversorgung zu unterstützen.

Wir rufen dazu auf, durch Spenden und aktive Beteiligung an den Projekten das Volk von Guinea Bissau und Kapverde weiter zu unterstützen.

Spendenkonto Postscheckamt Karlsruhe, Bernd Köhn, Kto.Nr.: 95-292-754, Stichwort Kapverde

Unter Führung der PAIGC hat das Volk von Guinea Bissau und Kapverde diesen Zusammenhang erkannt und sein Schicksal in die eigene Hand genommen. Durch die Vertreibung der Kolonialisten und Imperialisten hat es seine natürlichen Reichtümer in die eigene Verfügung zurückgeholt. Die Befreiung des Volkes erschließt eine unerschöpfliche Quelle an Arbeitskraft, Initiative und Wissen für den Aufbau einer nationalen Wirtschaft im Dienste des Volkes. Schon die wenigen Monate, in denen die PAIGC den Aufbau offen organisieren kann, beweisen das. Wichtige Fortschritte im Kampf gegen die augenblickliche Hungersnot wurden gemacht und eine ganze Reihe von Projekten geplant und angepackt, mehr als während der ganzen jahrhundertelangen Kolonialzeit.

In einem Gespräch mit Antonio Pires, dem Verantwortlichen für Landwirtschaftsfragen der PAIGC in Praia, berichtete er uns kürzlich darüber:

"Am wirtschaftlichen Aufbau setzen wir mit kurzfristigen, mittel- und langfristigen Projekten an. Kurzfristig müssen wir Lebensmittel gegen die herrschende Hungersnot beschaffen, Medikamte, Ärzte und Krankenschwestern. Wir müssen sofort landwirtschaftliche Projekte angehen und können nicht warten, bis es in einem oder vielen Jahren wieder regnet. Wir haben bereits 150 Wasserstellen entdeckt. Wenn wir die nötige Ausrüstung hätten, könnten wir bei einer durchschnittlichen Bohrtiefe von etwa 150 m ausreichend Land bewässern, um auf ca. 1 000 ha Fläche, bei entsprechender Fruchtfolge, neuen Sorten und Produktionstechniken und Düngung wenigstens die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Dieses Projekt ist sehr kostspielig, wir brauchen Motoren, Maschinen, Dieseltreibstoff. Aber es hat wegen seiner Bedeutung Priorität.

Ein großes Problem wird sein, daß zu Ende der Trockenheit ungewöhnlich viele Heuschrecken schlüpfen werden, die die Pflanzen wegfressen. Die Kolonialisten haben nie etwas gegen die Insekten und eingeschleppte Pflanzenkrankheiten getan.

Was langfristige Projekte angeht, so haben wir gute Bedingungen für den Bananenanbau. Trotzdem importieren wir derzeit Bananenmehl von Nestle aus Europa. Die Bananen von den Plantagen bei uns wurden bisher nach Europa exportiert, obwohl wir hungerten.

Auch für den Baumwollanbau gibt es sehr gute Bedingungen auf den Inseln Santiago und Sanantau und Fogo. Trotzdem mußten wir bisher Textilien aus Mocambique, Angola und Portugal einführen, damit die Portugiesen daran verdienen konnten. Eine Studie über die Anbaumöglichkeiten von Baumwolle hat die portugiesische Regierung verschwinden lassen, um sich den Markt zu erhalten. Wir organisieren jetzt auf genossenschaftlicher Basis kleine Fabriken für die Baumwollverarbeitung.

Die Gewässer um die Inseln sind sehr fischreich. Trotzdem haben die Kapverden ständig gehungert, während viele fremde Nationen, die Portugiesen bis zu den Japanern die Fischgründe ausplünderten, vor allem Thunfisch, und ihn industriell verarbeiteten und exportierten. Wir haben bereits den Raub in unseren Fischereigebieten verboten. Zusammen mit dem Senegal und Mauretanien werden wir am Aufbau einer Fischfangflotte und von Konservenfabriken arbeiten. Damit können wir unsere Bevölkerung ernähren und zur Industrialisierung bei uns beitragen. Ein anderes Projekt ist die Zementherstellung, sowie die Düngerproduktion. Auf der Insel Sal gibt es Salz. Wir werden Kunstdünger daraus machen. Den Zement mußte wir Sack für Sack aus Europa importieren. Dabei schufteten Kapverden bei der Zementherstellung auf den Kapverden. Aber dieser hochwertige Zement wurde von den Portugiesen nach Mocambique für den Staudammbau abgeschleppt.

Zur Organisierung dieser Projekte hat die PAIGC das 'Instituto Caboverdeano de Solidariedade' in Praia eingerichtet. Es organisiert nicht nur die Lebensmittelverteilung, sondern auch Projekte im Sozialwesen, wie Kindergärten, Alphabetisierungskampagnen, Medikamentenverteilung etc.

Wir sind ein sehr armes Land und angewiesen, sehr angewiesen auf ausländische Hilfe, z. B. schon wegen der akuten Hungersnot durch die langanhaltende Trockenheit. Aber wir werden trotzdem keine Hilfe annehmen, die unsere Prinzipien der Freiheit und Unabhängigkeit antastet. Wir bieten auch den Ländern Kooperation an, wie der Bundesrepublik, die bisher die Portugiesen bei der Ausplünderung unseres Landes unterstützten. Dabei sind wir uns der Gefahr bewußt, daß die reaktionären Kräfte immer wieder versuchen werden, gerade durch die Entwicklungshilfe sich einzuschleichen und eine neue Abhängigkeit zu schmieden. Deshalb halten wir mehr von der Zusammenarbeit des Volkes von Kapverde und des Volkes der BRD. Wir hoffen, daß wir im Kampf gegen Neokolonialismus und Imperialismus beim Aufbau eines unabhängigen Kapverde weiterhin die Unterstützung der internationalen Solidarität haben werden."

–H.L.–

Fords „Kompromisse"

Der Streit zwischen den USA und Israel

Der Streit zwischen dem US-Imperialismus und Israel hat sich in den letzten Tagen verschärft. Präsident Ford höchstpersönlich hatte Israel aufgefordert, an Ägypten ohne Einschränkung die Pässe Mitla und Gidi sowie die Erdölfelder von Abu Rodies zurückzugeben. Ihm müssen binnen zweier Wochen eine Antwort erteilt werden.

Kissinger hat im Fernsehen erklärt, die USA machen von der Reaktion Israels "das weitere Ausmaß amerikanischer Hilfe für Israel abhängig" (Welt vom 7.7.). Ford ließ den Botschafter des Zionistenstaates in den USA, Dinitz, antreten und nach zehn Minuten wieder abtreten. Die Zionisten wiederum wollen "hart bleiben": Israel läßt sich von Kissinger nicht unter Zeitdruck setzen" (Welt vom 7.7.). Die Zeitung 'Le Monde' berichtet, daß die Zionisten den Eindruck hätten, daß die USA die Rolle des "Vermittlers" aufgegeben und sich nun einseitig auf die Seite Ägyptens schlagen würden.

Was ist wirklich der Fall? Sind die USA-Imperialisten ein Stück friedliebender geworden? Vertreten sie plötzlich die gerechten Forderungen der arabischen Völker nach Rückgabe aller besetzten Gebiete? Sind sie gar gewillt, ihren Brückenkopf Israel zugunsten des "Friedens im Nahen Osten" aufzugeben? Keineswegs. Sie werden Israel weiter einsetzen und unterstützen.

Der Zionistenstatt ist ihr direkter Stützpunkt im Nahen Osten. Allerdings in einer veränderten Situation und angeschlagen. Im gerechten Befreiungskampf gegen den israelischen Besatzer und Aggressor im Jahr 1973 sind durch die Kämpfe der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes ihm schwere Schläge versetzt worden. In diesem Krieg ist der Mythos der militärischen Unbesiegbarkeit Israels zerstört worden. Die angeblich unüberwindliche Bar-Lev-Linie ist von der ägyptischen Armee überrannt worden, die vielgerühmte Panzerwaffe hat schwere Verluste hinnehmen müssen. Die Arroganz der zionistischen Aggressoren und Besatzer hat einen schweren Schlag erlitten. Die Kampfmoral der arabischen Völker ist durch den Sieg in diesem gerechten Befreiungskampf beträchtlich erhöht worden. Nur durch das Komplott der beiden Supermächte USA und SU ist nach 17 Tagen dieser Krieg beendet worden und erneut die Situation von weder Krieg noch. Frieden den Völkern im Nahen Osten aufgezwungen worden. International ist seitdem die Isolierung des zionistischen Aggressors gewachsen. Dagegen sind die Rechte des palästinensischen Volkes auf sein Heimatland und seine Vertretung, die PLO, weltweit anerkannt worden. Wurde früher der Zionismus als "Degen der Freiheit" verherrlicht hingestellt und wurde ihre Armee und ihre Raubzüge verherrlicht, so sieht man jetzt immer besser, was er ist: ein Kolonialstaat und ein schmutziges Werkzeug imperialistischer Politik. Die militärische Niederlage von 1973 muß er jetzt politisch quittieren. Die USA meinen, daß man wohl ein Stück nachgeben muß. Die Zionisten wollen nicht, weil es dann nach ihren Befürchtungen kein Halten mehr gibt.

Die bürgerliche Presse äußert Verständnis für die Befürchtungen Israels. Sie will Mitleid mit dem "kleinen tapferen Israel". In Wirklichkeit ist dieser Staat nichts als eine Bulldogge des US-Imperialismus., Gegenwärtig wird sie kujoniert, sie soll ein Stück ihrer Beute abgeben.

Dagegen sträubt sie sich natürlich. Getretene Hunde bellen. Es wird ihr aber nicht viel anderes übrig bleiben, als nachzugeben.

Wenn der US-Imperialismus jetzt für die Rückgabe der Pässe eintritt und die Rückgabe der Erdölfelder, was bezweckt er damit? Er muß den gerechten Forderungen nachgeben. Dabei will Ford den Eindruck erwecken, als ob die Rückgabe von widerrechtlich besetzten Gebieten nicht Ergebnis des Befreiungskampfes der arabischen Völker und der palästinensischen Völker ist, sondern per Geschenk durch ihn möglich sei. Ein "Geschenk" wohlgemerkt, an das er gleich noch Bedingungen knüpfen will: Schonung Israels und Beihilfe zur Unterdrückung der Rechte des palästinensischen Volkes. Ein schönes "Geschenk". Die arabischen Völker und das palästinensische Volk werden diesem schönen Geschenk nicht folgen können. Sie wissen, daß es die Früchte ihres Kampfes sind, wenn es die Imperialisten nicht mehr wagen, ihre Interessen mit Füßen zu treten. Nichts sonst.

–HJH–

Korrespondentenbericht

Ein Scheidungsprozess in Peking

Peking. Wie sieht es aus, wenn im Sozialismus das Volk die Rechtsprechung in der Hand hat? Der Korrespondent der KVZ hatte die ungewöhnliche Gelegenheit, im Pekinger Stadtteil Haidien einer Gerichtsverhandlung beizuwohnen. Der Prozeß fand nicht im Gericht statt, sondern im Haidiener Institut für Eisen und Stahl, der Arbeitsstelle der Klägerin.

"Zivilprozesse werden möglichst am Arbeitsplatz durchgeführt"

Vor Prozeßbeginn antwortete der stellvertretende Präsident des Hohen Gerichts von Peking, Li Yüan, auf die Frage nach dem entscheidenden Unterschied im Justizwesen in China vor der Kulturrevolution und heute: "In der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde der Einfluß von Revisionismus und Kapitalismus im Justizwesen kritisiert. Die Prozesse fanden vor der Kulturrevolution ausnahmslos in den Gerichtsgebäuden statt. Nun gehen die Genossen aus den Gerichten hinaus in die Massen und stützen sich bei den Verhandlungen auf die Massen. Es herrscht das Prinzip, Zivilprozesse möglichst an Ort und Stelle – also besonders am Arbeitsplatz – durchzuführen. So ist die Beteiligung der Massen gesichert. Sie kennen die Fälle und ihre Ursachen am besten. Der Arbeitsstil im Gerichtswesen hat sich völlig verändert. Natürlich gibt es immer noch revisionistische und bürgerliche Justizauffassungen, z.B. daß das juristische Urteil unabhängig sein müsse. Wir müssen jedoch unter der einheitlichen Leitung der Partei stehen, mit den Massen verbunden sein und ihnen dienen. Unsere Arbeit muß dazu dienen, die Diktatur des Proletariats zu festigen. Darauf kommt es an! Das ist die Linie des Vorsitzenden Mao!"

Genosse Li Yüan sagte weiter, daß die Gerichtspräsidenten, Richter und Urkundenaussteller vom Revolutionskomitee der jeweiligen Gerichte ernannt werden; das Revolutionskomitee setzt sich zusammen aus den gewählten Vertretern der Massen und der Partei. Unter den Richtern gibt es alte erfahrene Revolutionäre, Juristen mit abgeschlossenem Hochschulstudium und Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Zur Urteilsfindung ist es die Aufgabe der Richter, eine umfassende Untersuchungsarbeit zu leisten. Bei Zivilfällen müssen sie die Meinungen der Massen über Kläger und Angeklagten einholen. D.h. sie müssen über alle wichtigen Fragen mit den Kollegen, Nachbarn, Familienangehörigen, Freunden usw. der beiden Seiten reden. Gewöhnlich kommt das Richtergremium, das mit einem Fall befaßt ist, aufgrund der bei den Massen durchgeführten Untersuchung zur Einhelligkeit über die Frage von Schuld und Strafmaß. Sollte es unter den Richtern jedoch trotz längerer Diskussion Meinungsverschiedenheiten geben, wird nicht einfach abgestimmt, sondern das Parteikomitee des Gerichts wird zu Rate gezogen. Das Urteil fußt auf verabschiedeten Gesetzen und Regeln. Um die einheitliche Führung durch die Partei zu sichern, werden die Gerichte jeweils von den übergeordneten Parteikomitees kontrolliert, also z.B. ein Bezirksgericht vom Bezirksparteikomitee, der Hohe Gerichtshof der Stadt Peking vom Pekinger Parteikomitee, der Oberste Gerichtshof Chinas vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas.

Die Ausgangslage

Worum drehte es sich in dem Prozeß? Die Klägerin ist Laborarbeiterin. Sie heißt Tschang Tjing und ist 40 Jahre alt. Ihr Mann ist der 48-jährige Wang Hao-gung. Er arbeitet als Abteilungsleiter in einer Fernsehapparatefabrik in Peking. Beide haben die Mittelschule absolviert. Sein Lohn ist beträchtlich höher als der ihre. 1957 hatten sie geheiratet. Sie haben jetzt drei Kinder im Alter von siebzehn, dreizehn und fünf Jahren. Im März dieses Jahres hatte die Frau beim Gericht von Haidien Anklage gegen ihren Mann erhoben und auf Scheidung gedrängt. In den letzten Jahren hatte es oft großen Streit zwischen den beiden gegeben. In langen Aussprachen mit Vertretern der Massen und der Partei von seinem und ihrem Betrieb konnte immer wieder geschlichtet werden, wobei in jedem Fall eindeutig festgestellt wurde, daß die Schuld bei ihm lag.

In den letzten drei Monaten diskutierten seine und ihre Kollegen und die Nachbarn über die Klage der Frau. Ausführlich sprachen sie auch mit den Eheleuten selber. Die Diskussionen fanden oft im Beisein der drei Richter statt, die die spätere Gerichtsverhandlung führen sollten. Dies waren ein Vorsitzender und zwei Laienrichter. Die Laienrichter waren von den Massen vorgeschlagen worden, und einer kam aus dem Betrieb der Frau, einer aus dem Betrieb des Mannes. Die Absicht der Massen und der Richter bei den Diskussionen, die den Prozeß vorbereiten sollten, war, die Umstände des ganzen Falls zu klären, die politischen und gesellschaftlichen Ursachen des Streites aufzudecken, den Eheleuten zu helfen, die eigenen Fehler richtig zu sehen und ihr politisches Bewußtsein zu heben. Bei den Untersuchungen wurde wieder bestätigt, daß der Mann überwiegend die Hauptschuld trug. Die Massen kritisierten ihn aufs schärfste. Er erkannte hierdurch, daß er seine Frau unterdrückte und daß diese Haltung rechts war. Dabei versprach er, sich grundlegend zu ändern, und hoffte, daß es nicht zur Scheidung kommen würde.

Eine Gerichtsverhandlung, in der die Massen die Zeugen und die Richter sind

Prozeßbeginn ist morgens 9 Uhr. Die Verhandlung findet statt in dem betreffenden Institut in einem einfachen Raum, der etwa so groß wie ein Klassenzimmer ist. Die Prozeßbeteiligten sitzen an einem großen T-förmig zusammengesetzten Tisch – am Kopfende die Richter und die Protokollantin. Die Eheleute sitzen sich gegenüber. Neben ihnen sitzen sieben Vertreter der Massen. Auf drei Stuhlreihen befinden sich etwa vierzig Kollegen und Nachbarn von Tschang und Wang.

Nach der Aufforderung durch den vorsitzenden Richter, ihre Klage vorzubringen, sagt Tschang, daß ihr Mann vom Konfuzianismus beeinflußt ist. Häufig prügelt er sie und die Kinder. Die Familie betrachtet er als sein Eigentum. Immer glaubt er, sie, Tschang, sei untreu. "Er ist vom bürgerlichen Recht beeinflußt. Er verdient mehr als ich und mißachtet mich deshalb." Sie hielt all dies nicht mehr aus und hat deshalb Anklage gegen ihn erhoben.

Wang stimmt dieser Kritik insgesamt zu und sagt außerdem: "Ich wollte immer die Entscheidungsmacht in der Familie haben. Wenn meine Autorität nicht galt, schlug ich und schimpfte. Ich bin stark beeinflußt vom Konfuzianismus, nach dem der Vater den Sohn und der Mann die Frau leitet. Das ist mein erster Fehler. Ich betrachtete meinen Lohn als mein Kapital. Sie verdient weniger; deshalb dachte ich, daß ich mehr Macht haben müßte. Wenn sie etwas zu tun hatte, dann glaubte ich, daß sich das gegen mich richtete, und ich schlug sie. Ich habe die Gesetze gebrochen und bin entschlossen, dies zu korrigieren. Meine Fehler sind die Widerspiegelung der bürgerlichen Weltanschauung und der konfuzianischen Ideologie in meinem Kopf. Ich bereue alles. Ich will den Marxismus-Leninismus und die Schriften des Vorsitzenden Mao studieren und meine Weltanschauung umgestalten und wie ein Parteimitglied handeln. Meine Frau und die Kinder werde ich nicht mehr als Privateigentum behandeln. Tschang verlangt die Scheidung. Dieses Verlangen ist begründet und berechtigt. Ich möchte aber noch Gelegenheit zur Besserung haben."

Tschang gibt zu, daß sie auch etwas falsch gemacht hat, nämlich, sie hat ihrem Mann nicht genug geholfen, seine Fehler zu korrigieren. Dies sagt sie auf die Frage des Richters nach ihren Fehlern.

Eine Massenvertreterin meldet sich zu Wort. Sie hatte früher mehrmals mit den beiden gesprochen. Sie führt aus, daß die Frauen seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 politisch und wirtschaftlich und in der Familie mit den Männern gleichgestellt sind. "Die Gesellschaftsordnung ist eine andere, darum sind auch die Beziehungen zwischen Mann und Frau anders. Mann und Frau sollten sich nicht nur wie Eheleute, sondern auch wie Kollegen und Genossen zueinander fühlen. Der Konfuzianismus hat immer noch starken Einfluß. Immer noch gibt es Männer, die Frau und Familie als Privateigentum sehen. So auch der Genosse Wang. Er kommt aus einer armen Familie und wurde Parteimitglied. Beim politischen Studium ist er zurückgeblieben. In der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist er rückständig. Die Familie ist ein kleines Kollektiv. Man muß darin die Probleme durch Besprechung und Beratung lösen." Die Genossin kritisiert, daß Tschang einmal in die Mongolei zu Verwandten fuhr, ohne ihrem Mann vorher davon etwas zu sagen. Wang hat jedoch nicht das Recht, sie dafür zu schlagen, wie er es getan hat.

Eine Arbeiterin aus der von Wang geleiteten Abteilung in der Fernsehapparatefabrik verurteilt insbesondere das eifersüchtige Verhalten von Wang und daß er seine Frau als Privateigentum behandelte: "Wang und Tschang gingen einmal in ein Restaurant, und Tschang warf einen Blick auf einen Mann. Gleich hatte Wang Verdacht. Ein Genosse hatte sich einmal von Tschang etwas geliehen. Später am Abend brachte er es ihr zurück. Wang verdächtigte sie sofort. Die Erklärung für seine falsche Haltung ist, daß er nicht genügend studiert und seine Weltanschauung nicht umgestaltet. Auch half er seiner Frau nicht beim Studium. Vor der Befreiung waren die Frauen durch den Konfuzianismus gefesselt, und Lin Biao versuchte, den Frauen diese Fesseln wieder anzulegen. Und in Wang steckt auch immer noch diese alte Ideologie."

Die Nachbarn merkten besonders viel von dem Streit. Ein Nachbar kritisierte Wangs Verhalten als Ausdruck der feudalen Ideologie und berichtet: "Er war dagegen, daß seine Frau mit anderen Männern Kontakt hat. Sie ist sehr hilfsbereit und hilft manchmal unverheirateten Kollegen, indem sie ihnen mit der Nähmaschine etwas ausbessert. Für Wang bedeutete das, daß sie mit den jungen Männern unnormale Beziehungen unterhält. Er ist oft dienstlich unterwegs. Wenn er zurückkommt, dann verlangt er, daß sie ihm über jede einzelne finanzielle Ausgabe berichtet. So etwas ist schlechthin unmöglich. Die Hauptseite des Widerspruchs liegt bei ihm. Aber sie hat auch Fehler. Sie beteiligt sich nicht sehr am politischen Studium und plaudert dann lieber abends mit anderen. Beide haben Vorteile. Er kommt aus einer armen Familie und mußte für einen Kapitalisten arbeiten. Seine Arbeit leistet er gut. Er will nun seine Fehler berichtigen, darum würde ich es gerne sehen, wenn die Ehe zwischen den beiden gut wird. Ihr Streit hat schlechte Auswirkungen. Manchmal dauert der Streit die ganze Nacht. Wie kann man da gut arbeiten? Die Gesundheit leidet darunter. Tschang wurde dünner. Wang hat zu hohen Blutdruck. Die Kinder bekommen kein regelmäßiges Essen. Wir Nachbarn können auch nicht ruhig dabei leben. Unter uns Werktätigen gibt es keine antagonistischen Widersprüche. Der Widerspruch zwischen Wang und Tschang ist lösbar. Bei fast allen Nachbarn bei uns läuft es gut. Bei den meisten Männern und Frauen herrscht Gleichberechtigung. Wenn in einzelnen Familien Widersprüche auftauchen, dann können sie nach dem Prinzip der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung gelöst werden. Ihr solltet beide Selbstkritik üben."

Wangs falsche Ideologie bezüglich des Geldes hebt ein Massenvertreter aus der Fernsehfabrik in klaren Sätzen hervor: "Wir bekommen vom Staat monatlichen Lohn. Dies bedeutet eine Belohnung durch das Volk. Von dem Geld müssen wir leben und dürfen dabei die Vergangenheit nicht vergessen. Wang, Du warst vom Kapitalismus unterdrückt. Wir dürfen heute nicht handeln wie in der alten Gesellschaft. Die Beziehungen zwischen Mann und Frau müssen sein wie zwischen Genossen und Freunden. Sie müssen sich im politischen und alltäglichen Leben unterstützen. Wang, wenn Du denkst, weil Deine Frau weniger Geld verdient als Du, sei ihre Stellung niedriger, dann bedeutet das, daß Du sie wie eine Ware siehst. Wir diskutieren gerade die Theorie über die Diktatur des Proletariats und bekämpfen das bürgerliche Recht. Du bist Parteimitglied, und Marx und Engels fordern uns im Kommunistischen Manifest auf, mit der alten Ideologie und den alten Eigentumsverhältnissen zu brechen. Warum brichst Du nicht mit den traditionellen Ideen? Weil Du nicht gut studiert hast. Darum wünsche ich, daß Du später fleißig studierst. Du bist zwar organisatorisch in die Partei eingetreten, aber nicht ideologisch!"

"Soweit ich sehe", meint eine Genossin aus der Parteizelle von Tschangs Arbeitsstelle, "hat Wang eine relativ gute Selbstkritik gemacht." Gegenüber Tschang äußert sie den Wunsch, daß "sie nach dem Prinzip handelt: eins teilt sich in zwei. Sie muß die zwei Seiten ihres Mannes sehen, seine Vorteile und seine Entwicklung. Er ist entschlossen, seine Fehler zu berichtigen. Das ist wichtig! Wenn jemand seine Fehler berichtigen will, dann müssen wir ihm helfen. Seine Arbeit ist sonst gut. Wir haben von unserer Seite nicht genug für Euch gemacht."

Ein Mitglied des Revolutionskomitees der Fernsehapparatefabrik bezeichnet Wangs Art, die Familie zu behandeln, als "gesetzwidrig" und sagt: "Besonders als Parteimitglied hat er sich unkorrekt verhalten. Die Emanzipation der Frauen ist immer noch eine wichtige Aufgabe. Wang muß immer noch mit der alten Ideologie brechen. Das darf nicht als Kleinigkeit behandelt werden. Schwerwiegend ist, daß Du, Wang, Deine Fehler während der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius begangen hast. Du bist unserer Meinung nach nicht bescheiden genug, um andere zu führen. Durch Deine Prügelei hast Du dich von den Massen losgelöst und hast den Kommunisten geschadet. Die Massen sind gegen Dich. Die Leitung kritisiert Dich. Deine Frau will sich von Dir scheiden lassen. Deine Kinder wollen Dich nicht sehen. Wie willst Du unter solchen Umständen weiterleben? Die Kritik der Genossen ist aufrichtig. Sie wollen Dir den richtigen Weg zeigen. Genosse Wang hat Jahrzehnte für die Partei gearbeitet und dabei auch Auszeichnungen empfangen. Wir meinen, daß er die ideologische Grundlage hat, seine Fehler zu berichtigen."

Der vorsitzende Richter faßt schließlich die von den Vertretern der Massen vorgetragenen Vorwürfe zusammen. Am Ende sagt er: "Wang hat zwar Fehler gemacht, aber er ist durch den Konfuzianismus geschädigt. Mit Hilfe der Leitung und der Massen wird er sich bessern. Wir hoffen, daß Tschang die Scheidung nicht möchte".

Die Laienrichterin weist darauf hin, daß Tschang das Vertrauen verloren hat, weil Wang in den letzten Jahren seine Fehler trotz der mehrmaligen Kritik von seiten der Massen und trotz Selbstkritik nicht tatsächlich korrigierte. Der andere Laienrichter fordert im Verlauf seiner Ausführungen von Tschang: "Sie muß auch ihre eigenen Mängel sehen. Man muß mehr die Vorteile des anderen und die eigenen Nachteile beachten. Nur so entsteht Einheit in der Familie."

Nach der Pause erhebt sich Tschang und drückt aus, daß sie den Wunsch ihres Mannes begrüßt, noch einmal zu versuchen, seine Fehler zu berichtigen. Unter dem Beifall aller Anwesenden zieht sie ihre Anklage zurück. Wang bedankt sich für die Hilfe und die Kritik der Massen und des Gerichts. Er nimmt die Kritik an und ist entschlossen, seine Weltanschauung umzuformen und sein Verhalten in der Familie in richtiger Weise zu ändern.

In einem anschließenden Beitrag benennt eine Massenvertreterin das Kernproblem zwischen den Eheleuten: "Diese Verhandlung ist eine Kritik am Konfuzianismus. Vom Streit bis heute, wo die Anklage zurückgenommen wird, kam man dadurch, daß die Theorie über die Diktatur des Proletariats studiert wurde. Das Kernproblem ist, daß beide Ehepartner den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen nicht genügend studiert haben. Ich glaube, es wird später noch zu Meinungsverschiedenheiten in dieser Familie kommen, obwohl Tschang und Wang den Wunsch nach guten Verhältnissen in der Ehe und der Familie haben. Dann müssen sie zusammensitzen und die Schrift des Vorsitzenden Mao "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" lesen und darüber diskutieren. Wenn man nach der Maotsetungideen handelt, sind – glaube ich – alle Widersprüche solcher Art zu lösen."

Das Gericht akzeptiert die Zurücknahme der Anklage. Wang gibt jedem Massenvertreter und den Richtern die Hand.

Prozesse wie dieser sind Teil des Kampfes gegen die alten Ideen

Was zeigt dieser Prozeß? Zuerst einmal, daß sich das Volk unter der proletarischen Diktatur in China die Justiz unterworfen hat. Nicht irgendwelche üblen bürgerlichen juristischen Akademiker sprechen allgewaltig "recht", sondern entscheidend sind die Untersuchungen der Massen und in den Massen. Bei der Beurteilung eines solchen Falles genügt es nicht, die Klage und die Situation der Familie allein zu sehen. Es wird von den Massen und den Richtern unbedingt die gesamte gesellschaftliche Lage, in der sich China befindet, mit einbezogen. Es gibt in China noch Klassen und Klassenkampf. Vorrangig kommt es also darauf an, ob in einem gegebenen Prozeß der Streit zwischen Ankläger und Angeklagtem ein Widerspruch innerhalb des Volkes oder ein Widerspruch zwischen dem Volk und dem Feind ist. Wang unterdrückte auf schlimme Weise seine Frau, dennoch gehörte er zum Volk und war kein Bourgeois. Das wurde von den Zeugen hervorgehoben.

Das Gericht und die Massen versuchten, Wang und Tschang zu helfen, daß die Ehe nicht geschieden wird. Hierfür war eine Grundlage vorhanden, denn Wang hatte den Willen, bei seiner Frau zu bleiben. Hätte die Frau jedoch auf der Scheidung bestanden, dann hätten das Gericht und die Massen diese Entscheidung akzeptiert. Denn erstens wäre eine entsprechende Entscheidung verständlich und gerechtfertigt gewesen, und zweitens genießt die Frau in der Justiz der Volksrepublik China besonderen Schutz.

Geduldige Erziehungsarbeit ist bei Wang vonnöten. In seinem Kopf spuken noch sehr viel alte Ideen aus der Ausbeutergesellschaft herum. Diese können nicht mit einem Mal ausgelöscht werden. Die Herrschaft der Ausbeuter in China wurde gerade vor fünfundzwanzig Jahren gestürzt. Der Kampf gegen den jahrtausendelang vorherrschenden reaktionären Einfluß muß immer noch und auf unabsehbare Zeit geführt werden. Auch Gerichtsprozesse wie dieser sind Teil dieses Kampfes, denn sie sind gegen den Rückschritt gerichtet und haben einen großen erzieherischen Wert. Tschang hat durch ihre Anklage revolutionären Mut bewiesen. Ihr Vorgehen stellt für viele andere ein Ansporn dar, beispielsweise Unterdrückung innerhalb der Familie nicht schweigend hinzunehmen. Man mag vielleicht denken, daß Wang nicht bestraft wurde und sich deshalb bei ihm und seinem Verhältnis zur Familie nichts grundsätzliches ändern wird. Aber so ist es nicht. Seine Schuld wurde im Prozeß dokumentiert, und das ist ein Zwang, der erzieherisch wirkt. Sollte Wang wieder seine Frau schlagen, würde das für ihn ernste Konsequenzen haben.

Eine chinesische Genossin sagte dem Korrespondenten, daß das Beispiel klar macht, wie falsch es wäre, zu denken, daß Parteimitglieder im Gegensatz zu Nichtparteimitgliedern etwas ganz besonderes seien. Sie meinte, daß der Einfluß der reaktionären Ideen auf Wang von der Schärfe des Klassenkampfes innerhalb der Partei zeugt. Es gehört zu den härtesten Vorwürfen, wenn Wang gesagt wird, er sei organisatorisch, aber nicht bewußtseinsmäßig der Partei beigetreten. Die Massen beurteilen ein Parteimitglied am Anspruch der Partei, denn die Partei ist ihre Führung. Selbstverständlich hat für Wang sein Verhalten, das einen schlechten Einfluß auf die Massen ausübte, ernste Konsequenzen innerhalb der Partei. Wie diese Konsequenzen aussehen, kann nicht Gegenstand im Prosein. Die Strafbefugnisse der Partei gegenüber ihren Mitgliedern bestehen in Verwarnung, strenger Verwarnung, Entzug der Parteifunktionen, Versetzung in den Bewährungsstand in der Partei oder Ausschluß aus der Partei. In jedem Fall ist die Erziehung des Mitgliedes zur Einsicht seiner Fehler das vorrangige Ziel.

Der geschilderte Fall ist im heutigen China nicht typisch, sondern selten. Aber er macht deutlich, wie tief sich der Einfluß des bürgerlichen Rechts in den gesellschaftlichen Beziehungen noch auszuwirken vermag. Partei, Proletariat und Volk sind auf der Hut und führen die Revolution ununterbrochen fort. Die Bewegung zum Studium des Marxismus-Leninismus und der Theorie über die Diktatur des Proletariats führt zur immer umfassenderen Ausübung der Arbeitermacht in China, zum immer festeren Zusammenschluß des Volkes und bringt den Sozialismus ein kräftiges Stück voran. Immer besser und sicherer nehmen die Massen ihre Geschicke selbst in die Hand.

Uwe Kräuter



Bei der Abschlußveranstaltung der Gymnaestrada am Samstag, dem 5. Juli, im Olypiastadion, hielt der KBW eine Kundgebung auf dem Stadionvorplatz ab. Es gelang mit aktiven Teilnehmern der Gymnaestrada, die in der Regel sehr jung waren (zirka 10 bis 15 Jahre), über die Bedeutung der Beteiligung der rassistischen Delegation zu diskutieren.



Empörte Anti-Rassisten haben eine Fahne der Republik Südafrika auf dem Stadion-Vorplatz zerstört und zerrissen.
Mit starken Polizeikräften und Wasserwerfern, die am Stadioneingang postiert waren, versuchte der Senat jedweden Protest gegen die Beteiligung der Rassisten zu unterdrücken.

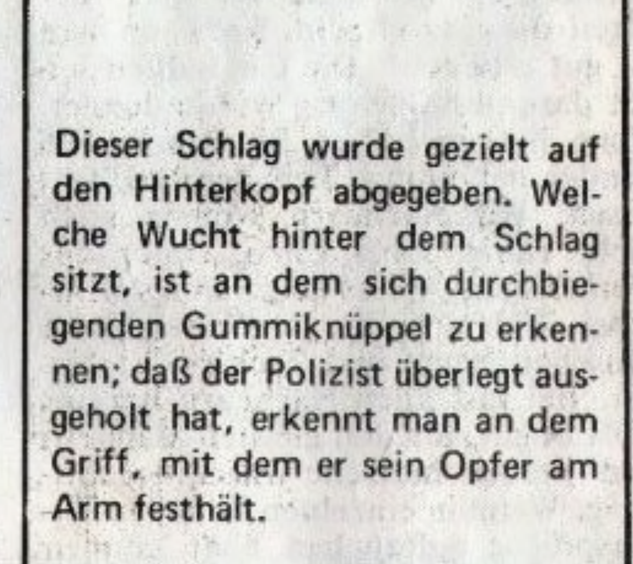
Am Dienstag, dem 1.7., wurde in Westberlin die 6. Gymnaestrada im Olypia-Stadion eröffnet. Die Delegationen aller beteiligten Staaten wurden beim Einmarsch unter Anwesenheit von Bundespräsident Scheel begrüßt. Als die Delegation der Südafrikanischen Republik einmarschierte, entbrannte ein schrilles Pfeifkonzert. Demonstranten entrollten Transparente mit der Aufschrift: "Südafrikanische Rassisten raus aus der Gymnaestrada". Durch einen brutalen Polizeieinsatz wurden die Transparente entrissen.



Auf der Gymnästrada in Berlin Demonstration gegen südafrikanische Rassisten



Ohne Vorwarnung erschien daraufhin eine Einheit der Polizei, die brutal mit dem Gummiknüppel die Demonstranten auseinanderjagte.



Dieser Schlag wurde gezielt auf den Hinterkopf abgegeben. Welche Wucht hinter dem Schlag sitzt, ist an dem sich durchbiegenden Gummiknüppel zu erkennen; daß der Polizist überlegt ausgeholt hat, erkennt man an dem Griff, mit dem er sein Opfer am Arm festhält.



Sofort bricht der Genosse bewußtlos zusammen. Der Einsatzleiter versucht abzuwiegeln, so zu tun, als sei der Schlag ja gar nicht der Rede wert gewesen. Erst auf den entschiedenen Protest der Besucher sieht er sich gezwungen, die Dienstnummer des Polizeibeamten herauszurücken.



Der verletzte Genosse wird sofort ins Krankenhaus gebracht.